


Flugi TKP/ML Bolsevik Partizan, Juni 1993 (Kontaktadresse: PLK 106606 C D-80074 München)

'Menschenrecht' ist Recht der Herrschenden!

Die Unterdrückten müssen ihre Rechte selbst erkämpfen!

Die UNO-Menschenrechtskonferenz schützt die Menschenrechte der Herrschenden!

Die UNO-Menschenrechtskommission bestimmt im Interesse der neuen Weltherrschaft der UNO, welche Menschen Rechte haben und welche nicht!

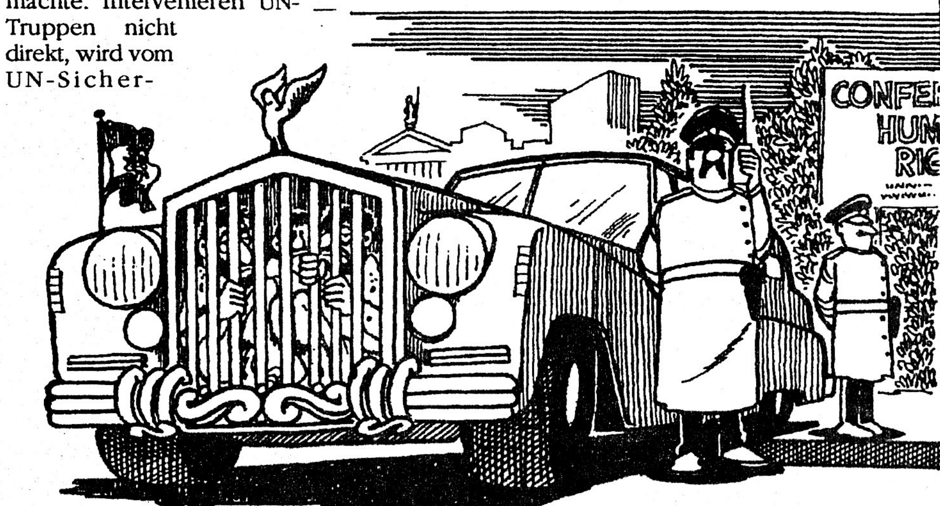
Das erste Recht des Menschen ist das Recht des Kampfes für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung! Recht auf Revolution!

In Wien/Österreich tagt vom 14. - 25. Juni 1993 die zweite Menschenrechtskonferenz der UN. Mit einem riesigen Propagandarummel, mit einem ungeheuren Medienspektakel, mit ca. 5.000 TeilnehmerInnen (alles bewacht vom größten Polizeiaufgebot in der österreichischen Geschichte) werden die UN einmal mehr versuchen, ihre internationale Gendarmenfunktion moralisch zu untermauern.

Mit dem Übergang aller ehemals sozialistischen Staaten auf die Seite der Konterrevolution wurde aus der UNO endgültig ein internationales Kontroll- und Herrschaftsinstrument, das die "Neue Weltordnung" der imperialistischen Großmächte, Frankreichs, Deutschlands, der USA, Japans, Rußlands etc. weltweit sichern und absichern sollte. Das Hauptmittel dieser Herrschaftssicherung sind mittlerweile die bewaffneten Formationen der UNO, die UN-Truppen weltweit geworden. Sei es in Kambodscha, sei es in Somalia, im Libanon oder auf Zypern, die UNO ist ein Legitimationsorgan der imperialistischen militärischen Interventionen, der imperialistischen Großmächte in den abhängigen und unterdrückten Ländern. Die Weltpolizei ist in voller Aktion. Selbstverständlich richten sich die Interventionen, die "Befriedungen" wie in "Ex"-Jugoslawien ganz nach den ökonomischen und politischen Interessen der Großmächte. Intervenieren UN-Truppen nicht direkt, wird vom UN-Sicherheitsrat dieses Mandat einfach auf die "nationalen" Truppen der US-Imperialisten oder anderer Staaten übertragen, so z.B. im Golfkrieg. Es gibt kein besseres Beispiel als das Leiden und den Kampf des palästinensischen Volkes, anhand dessen sich der Zynismus der "fundamentalen" Prinzipien der UN wie des "Rechtes auf Selbstbestimmung" etc. entlarven läßt. Das Recht auf Selbstbestimmung gilt eben für den Staat Kuweit, treuer Lakai der US-amerikanischen, deutschen, englischen Imperialisten, der diese mit Rohöl versorgt, aber nicht für das gequälte palästinensische Volk. UN-Resolutionen, die versuchen, die Rechte des palästinensischen Volkes einzuklagen, die vor allem aufgrund des Kampfes der arabischen Völker angenommen wurden, sind bloße Makulatur.

Die militärischen Interventionen - ideologisch absichern: Eine Aufgabe der Menschenrechtskonferenz

Am Beispiel Ex-Jugoslawiens zeigt sich, daß die Menschenrechtsfrage von der UNO und vielen ihrer Ideologen (nicht zuletzt und vehement von grün-/alternativen "pazifistischen" Chefideolo-



Inhalt

öS 20,-
Abo: Mindestens öS 200,– an:
Infoladen Wien
Margaretengürtel 122-124/1/
Keller
A-1050 Wien

gen und Ideologinnen) nur zum politischen Kalkül der Absteckung und Sicherung ihrer Einflußsphären dient. Zunächst wurde (und wird) jede der kämpfenden nationalistischen Seiten im Krieg in Ex-Jugoslawien militärisch aufgerüstet, dann wird die favorisierte Seite - die kroatischen, muslemisch-bosnischen und slowenischen Nationalisten - unterstützt und gegen die andere, die "böse" Seite, die serbischen Faschisten und Nationalisten aufgehetzt, und natürlich auch umgekehrt. Je nachdem wird dann - das ist ja auch ein Ziel der Konferenz - möglichst ein internationaler Gerichtshof Menschenrechtsverletzungen in Ex-Jugoslawien bestrafen. Beim heutigen Stand werden dann sicherlich vor allem die serbischen Faschisten zur Rechenschaft gezogen, hingegen die kroatischen und bosnischen Reaktionäre werden nicht verfolgt.

Das Beispiel Somalia: Das Ergebnis jahrzehntelanger imperialistischer Ausbeutung, Raubbau an der Natur und an den Naturreichtümern dieses Staates, das Aushalten korrupter Lakaienregime durch die jeweiligen imperialistischen Oberherren ist der Zerfall des neokolonialistischen Staates, das Hungern und Sterben tausender von Menschen, das Untergehen des Landes in Naturkatastrophen und bewaffneten Konflikten. Nach einer solchen Entwicklung, deren Hauptverantwortliche in Washington, Moskau und Bonn sitzen, sind es genau diese Kräfte, die militärisch intervenieren und faktisch direkt kolonialistisch die Staatsmacht in Somalia wieder errichten wollen.

Und auch diese Intervention wird mit der Verteidigung der Menschenrechte ideologisch ausstaffiert.

Die nun aufstrebende moralisch-politische Verankerung solcher "Verteidigung der individuellen und unveräußerlichen Menschenrechte" muß vehement bekämpft werden. Es muß der Lügenschleier dieser Rechtfertigungen zerrissen werden. Es muß klar gemacht werden, es ging im Irak/Kuweit-Krieg um das Öl, ums imperialistische Geschäft; es geht in Somalia um den strategischen Zugang zum Roten Merr, und damit kann die politische Weltherrschaft militärisch abgesichert werden - um nicht mehr und weniger. Die imperialistischen Staaten, die im Namen der "Menschenrechte" militärische Interventionen durchführen, die im Namen der Menschenrechte ihnen unliebsame Regime einfach wegbomben (USA in Panama), die imperialistischen Mächte, die ihre Weltordnung jedem Land, jedem Menschen als das allein Seligmachende aufdrücken wollen, die haben in Fragen der Menschenrechte sowieso gar nichts zu vermelden.

"Menschenrechte" der Imperialisten: Phrasen, hinter denen handfeste imperialistische Interessen versteckt werden!

In Nordkurdistan führt der türkische faschistische Staat einen Vernichtungsfeldzug gegen die kurdische Nation durch. In den türkischen Gefängnissen werden RevolutionärInnen und DemokratInnen täglich, stündlich gefoltert, und das amtlich abgesichert und abgesegnet. Menschen, die in Opposition zur "herrschenden" Politik stehen, werden auf der Straße einfach erschossen. Die Türkei ist NATO-Mitglied, UNO-Mitglied und assoziiertes EG-Mitglied, ein Stützpunkt der freien westlichen Welt im Nahen Osten. Menschenrechtsverletzungen in der Türkei werden zwar von der "liberalen" bürgerlichen Presse immer wieder aufgeführt und dokumentiert, aber ...; das ist eben so. Das ist die Realität imperialistischer Beziehungen. Verfolgt werden hingegen in westlichen Ländern wie Österreich, wie Frankreich diese politischen KämpferInnen gegen diese Unterdrückung und Folter und gegen den Völkermard am kurdischen Volk, als "Terroristen" etc. Das ist die **Praxis** der Verfechter der Menschenrechte der UN!

Diese Realität der Türkei und Nord-Kurdistans ist eine Realität von allen abhängigen und unterdrückten Ländern, sei es in Lateinamerika, in Asien oder in Afrika. Es wird gemordet und gefoltert, der Widerstand gegen imperialistische Unterdrükkung, gegen patriarchale Strukturen, gegen die Vernichtung der verschiedenen Ethnien, gegen die Vernichtung der Lebensgrundlagen der Menschen wird im Blut erstickt. Sind die jeweiligen "Staatsführer" getreue Vasallen der jeweiligen imperialistischen Oberherren, dann ist das der mutige Kampf dieser Staaten gegen "Terroristen". Gibt es aber in dem betreffenden Staat Konflikte zwischen verschiedenen imperialistischen Mächten, die um Einfluß ringen, dann werden die verschiedenen Cliquen gegeneinander ausgespielt, bzw. eine Clique gestürzt, um eine andere an die Macht zu bringen. Da werden dann immer zur Legitimation imperialistischer Intervention die Menschenrechte angeführt und ins Spiel gebracht.

Die imperialistischen Verfechter der Menschenrechte: Wegbereiter des Faschismus

Ganz in Pose der Richter nehmen die imperialistischen Staaten für sich in Anspruch, die "Wächter der Menschenrechte" zu sein. In unglaublicher Ignoranz und mit unvorstellbarem Zynismus bringt diese Mentalität der Beauftragte der BRD, Herr Baum, auf den Punkt. In einem Interview in der Frankfurter Rundschau zur Weltkonferenz über Menschenrechte in Wien stellt er entrüstet fest: "Aber es sind die gleichen Staaten (die gleichen Staaten sind China, Iran, Kuba, Malaysia Anm.d.Verf.), die den Spieß umdrehen wollen und den Westen, die entwickelten Staaten treffen wollen, indem sie das Thema der Fremdenfeindlchkeit nach vorne schieben. Es ist in Genf (dort fand ein Vorbereitungstreffen der Konferenz statt, A.d.V.) spürbar gewesen, daß sie auf diese Weise versuchen, die moralische und faktische Überlegenheit des Westens in Menschenrechtsfragen anzugreifen ... Das ist eine bewußte Fehlinterpretation des Menschenrechtsbegriffes. Die Menschenrechtsverletzungen gehen ja hier in der BRD nicht vom Staat aus. Der wehrt sich dagegen. ..." (FR 15.5.1993)

Ja, sicherlich, weder China noch der Iran etc. - fügen wir hinzu: und die Türkei - können sich in die Pose der Verteidiger von Menschenrechten werfen, weil sie diese selbst mit Füssen treten ... Aber genauso verlogen, genauso betrügerisch-chauvinistisch ist die imperialistische Großmannssucht, den Westen als "moralisch" und "faktisch" "Überlegenen" zu verkaufen. Vergessen wir nicht die Hochsicherheitstrakte von Stammheim, die Isolationsfolter, die Morde in Stammheim, die Sicherheitsknäste und Lager in Belfast, die "Psychiatrie" der ehemals sozialfaschistischen Staaten wie Rußland, die Abschiebeknäste in Österreich, die Staatsmafia in Italien, die Rassenjustiz in den USA, Los Angeles sei nur als Beispiel genannt ... die Liste ist noch lange fortzusetzen.

Und dann die Faschisierung in den imperialistischen Staaten ...

Von Haider über Le Pen bis zu den Republikanern, die braune Pest marschiert! Rassismus, Antisemitismus, faschistische Hetze sind wieder voll "gesellschaftsfähig" geworden. Aber, und das ist das wesentliche, die faschistische Gefahr geht nicht von ihnen in erster Linie aus, sondern von den herrschenden Parteien in den jeweiligen Staaten. Der Staat selbst treibt mit den politischen Parteien als ausführenden Organen die Faschisierung voran. Und genau das ist, was ein Vertreter eines solchen Staates wie Herr Baum so gerne unter den Tisch kehren möchte. Die "Asyldebatte", die von den herrschenden Parteien in der BRD angezettelt wurde, die Ermunterung der Nazi-Banden mit dem Schüren der Pogromstimmung von staats wegen dieser "westlichen" Staaten, die faktische Abschaffung des Asylrechts, die Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts in Frankreich, die zur noch schärferen Benachteiligung der ImmigrantInnen und weiterhin zur "Selbstjustiz" für Le Pen-Anhänger führt, ... das ist die Menschenrechtspolitik der **Praxis**, der **Tat**.

Nichts spricht mehr dafür, wie es um die Einhaltung und Wahrung der Menschenrechte in solchen Ländern wie Österreich bestellt ist, als die makabren Begleitumstände für diese Konferenz. Der österreichische Staat muß - um den "ausländischen Gästen" die Einreise in sein Menschenrechtsparadies zu gewähren - erstmal einige Bestimmungen seines gerade neu weiter verschärften Fremdengesetzes "außer Kraft" setzen. Welcher Hohn und welche Ironie! "Normalerweise" bekommt man/frau nämlich nur unter sehr eingeschränkten Bedingungen ein Einreisevisum nach Österreich - es müssen da Geldmittel, Rückflugticket, Einladung, Versicherungen etc. vorgelegt werden, um den Stempel zu erhalten.

Aber trotz der etwas "erleichterten" Einreise extra für diese Konferenz blieben

Einige AktivistInnen der (IGARA), 12.6.1993

Solange der Imperialismus nicht zerschlagen ist, kann es keine wirklichen Menschenrechte für die werktätigen Volksmassen geben!

Stört die Konferenz der imperialistischen Mörder und ihrer Kumpane!

Dieselben, die seit über 100 Jahren die ganze Welt terrorisieren, die Völker selbst der entferntesten Gebiete unter ihren Einfluß zwingen, treffen sich in Wien, um über die Einhaltung der Menschenrechte in den von ihnen unterdrückten und ausgeplünderten Ländern zu reden.

Die Hauptbeteiligten an dieser sogenannten "Menschenrechtskonferenz" sind dieselben, die sich immer wieder auch zu IWF-Tagungen, Weltbanksitzungen, G-7-Beratungen und "Ökologie-Konferenzen" treffen, um über das Schicksal der von ihnen geknechteten Völker zu verhandeln.

Veranstalter dieser Konferenz ist die UNO, die vorgibt, die Vertretung aller Völker der Welt zu sein. Aber in Wirklichkeit haben nicht einmal die in der Generalversammlung sitzenden Vertreter der herrschenden Klassen der verschiedenen Unterdrückerstaaten irgendeine Entscheidungsbefugnis, sondern allein der Sicherheitsrat, wo die größten imperialistischen Mächte mit Veto-Recht ihre Interessen durchsetzen.

Die UNO war in den letzten Jahren immer wieder ein Instrument zur Durchsetzung und Absicherung imperialistischer Aggressionspolitik, die unter dem dünnen Mäntelchen angeblicher "Menschenrechte" versteckt wurde, sei es in Kurdistan, Somalia, Palästina, Kambodscha oder Jugoslawien.

Tatsächlich beraten jetzt in Wien die Vertreter der größten Ausbeuter und Unterdrücker, Mörder und Terroristen, die Vertreter der imperialistischen Staaten, über die zukünftige Gestaltung der Unterdrückerherrschaft in den von ihnen abhängigen Staaten. Sie beraten über die Verhältnisse, die sie geschaffen haben und die ihre Marionetten verwalten.

Die heute von Menschenrechten schwafeln sind dieselben, die

★ vor 500 Jahren damit begannen, nahezu die gesamte Bevölkerung Amerikas auszurotten,

★ fast die Hälfte der westafrikanischen Bevölkerung umbrachten oder als Sklaven verkauften,

★ in allen Weltgegenden mit Gewalt und Terror die Wirtschaftsordnung zerstörten und den Völkern ihre Lebensgrundlage entzogen (z.B. durch Abschlachtung der Viehherden in Afrika, Verstümmelung der Hände der Weber in Bengalen), um ihnen die Kolonialwirtschaft aufzuzwingen,

★ 150 Jahre lang mörderische Kolonialkriege gegen die Völker führten,

★ in diesem Jahrhundert zwei imperialistische Weltkriege (mit 70 Mill. Toten) anzettelten,

★ den industriellen Massenmord an den Jüdinnen und Juden nach den Nürnberger Rassengesetzen organisierten,

★ unter der Naziherrschaft eine blutige Verfolgung von Sinti und Roma, KommunistInnen, AntifaschistInnen, Homosexuellen, Behinderten, sogenannten "Kriminellen" und "Asozialen" und Massenerschießungen von Geiseln durchführten,

★ faschistische und terroristische Marionettenregimes in den abhängigen Ländern der ganzen Welt durch Putsche und Interventionen an die Macht bringen usw.

Und genau diese Kreaturen wollen angeblich jetzt über Menschenrechte reden.

Dabei ist natürlich typisch, was nach imperialistischer Logik nicht unter Menschenrechte fällt, z.B. das Recht auf Arbeit, Wohnung, Nahrung, Kleidung, Selbstbestimmung, soziale Absicherung, Gesundheitsversorgung, Ausbildung, usw.

Nach der imperialistischen Logik hat es natürlich nichts mit den Menschenrechten zu tun, wenn (nach offiziellen UNO-Angaben!) von den imperialistischen Ländern jährlich knapp 200 Milliarden US-Dollar (= über 2 Billionen ÖS) aus den abhängigen Ländern herausgesaugt werden, ein Betrag der dreimal so hoch ist wie die sogenannte "Entwicklungshilfe".

Ihnen geht es um den Profit, für den sie willkürlich festlegen, was "Menschenrecht" ist, und was nicht. Und höher als jedes "Menschenrecht" steht ihnen immer das Recht auf Privateigentum an Produktionsmittel, das Recht auf Ausbeutung der Arbeiterklasse und Ausplünderung abhängiger Völker.

Am Beispiel Südslawiens ist deutlich erkennbar, wozu das ganze Menschenrechtsgeschwafel dient: Während mit allen Seiten glänzende Waffengeschäfte gemacht werden, die Kriegsflüchtlinge abgewehrt und die Deserteure zurück an die Front gejagt werden, treiben sich imperialistische Truppen unter UNO-Fahnen überall herum, um den Einfluß der jeweiligen imperialistischen Macht abzusichern und auszubauen.

In Somalia terrorisieren Spezialtruppen der USA im Namen der "Menschenrechte" die Bevölkerung.

Auch in Österreich werden die Menschenrechte tagtäglich hundertfach gebrochen, ohne daß es vielen überhaupt ins Bewußtsein kommt.

Obwohl Nazimörder geschützt werden und frei herumlaufen (so wurden seit Mitte der 70er Jahre in Österreich überhaupt keine Kriegsverbrecherprozesse mehr durchgeführt), fordern führende österreichische Politiker vehement Prozesse gegen serbische Kriegsverbrecher. Gleichzeitig werden sowohl den jüdischen als auch den anderen Opfern des Nazifaschismus (bzw. ihren Nachkommen) nach wie vor Entschädigungen vorenthalten, führende Politiker machen wieder antisemitische Aussprüche. Entsprechend der österreichischen imperialistischen Außenpolitik fungieren ehemalige Nazimörder als offizielle Geschäftsträger der österreichischen verstaatlichten Waffenindustrie im Ausland (Barbie), werden Panzer und Kanonen an reaktionäre Regimes verkauft.

Selbst an den eigenen Ansprüchen der bürgerlichen Aufklärung gemessen, kann in Österreich von Durchsetzung der Menschenrechte keine Rede sein. Die rassistischen Sondergesetze degradieren sogenannte "Ausländer" zu Menschen zweiter Klasse, um die ArbeiterInnen und Werktätigen zu spalten. Das Sicherheitspolizeigesetz stattet die bewaffneten Unterdrük-

»

noch genug Schranken des Fremdengesetzes in Kraft.

Da z.B. auch eine Reihe von TeilnehmerInnen der Nicht-Regierungsorganisationen erwartet werden, die keine offizielle Akkreditierung haben, mußte erstmal von einem Institut für 500 Leute eine "Globalversicherung" abgeschlossen werden, sonst hätten sie nicht an der Konferenz in dem ach so moralisch und faktisch überlegenen Österreich teilnehmen können.

Der wirklich Kampf für Menschenrechte: Kampf für die Revolution der "Verdammten dieser Erde" gegen die imperialistische Barbarei!

Alle diese Tatsachen zeigen klar: Da, wo es kapitalistische und imperialistische Klassenherrschaft gibt, da, wo es nationale, patriarchale, rassistische und faschistische Unterdrückung gibt, da gibt es keine "ungeteilten Menschenrechte".

Wir kämpfen für die Würde des Menschen, wir kämpfen für die Menschenrechte aller Menschen. Dies zu verwirklichen ist aber nur und ausschließlich möglich in einer freien kommunistischen Gesellschaft, wo die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen aufgehoben ist. Um dahin zu kommen, müssen wir den Kampf um die revolutionäre Umgestaltung der herrschenden Unterdrückungssysteme führen, müssen wir den Kampf gegen die Weltordnung der Imperialisten richten, müssen wir für die Revolution in jedem Land kämpfen, die die alten maroden Staaten zerschlagen und errichten wird.

Nur in diesem Kampf kämpfen wir wirklich für die Menschenrechte aller unterdrückten Frauen, Männer und Kinder, und nur durch diesen Kampf werden wir Folter, Unterdrückung aller Art ein Ende machen.

kungsorgane mit Sondervollmachten aus, die sogar den internationalen Verträgen widersprechen. Die Diskriminierung der Frauen, insbesondere der werktätigen Frauen, ist nach wie vor ein schreiendes Unrecht. Die strafrechtliche Verfolgung von Homosexuellen ist noch immer nicht beseitigt.

Wir sagen: Die Imperialisten und ihre Marionetten haben kein Recht, von Menschenrechten zu reden. Sie und ihr System selbst sind die Ursache für Elend und Terror im weltweiten Maßstab!

Daran ändert auch nichts, daß nichtstaatliche Organisationen wie amnesty international, SOS-Mitmensch usw. mit kritischen Beiträgen diese Mörder Konferenz etwas "bunter" machen, ein "Fest" in der "Festung" veranstalten wollen. Und wenn sich am SP-gesponserten "alternativen" NGO-Forum auch VertreterInnen verschiedener oppositioneller Organisationen beteiligen, dienen diese lediglich als Aufputz und der Gesamtcharakter des imperialistischen Spektakels bleibt der gleiche.

In den imperialistischen Ländern, darunter auch Österreich, haben rassistische Hetze und Terror des Staates, der bürgerlichen Medien und faschistischen Banden gegen ArbeitsmigrantInnen und Flüchtlinge ungeheuer zugenommen. Auf der Grundlage der offiziellen "Ausländerraus"-Politik nimmt die Zahl der rassistischen Mordanschläge rasant zu (in Österreich 1992 über 10 bekanntgewordene Brandanschläge!).

Sobald sich, wie nach den Morden von Solingen, die berechtigte Wut der Betroffenen in militanten Aktionen äußert, beginnen die Herrschenden zu zetern und setzen ihren ganzen Gewaltapparat dagegen ein. Denn am liebsten sehen sie die "antirassistische Bewegung" auf Menschenketten und Lichtermeere im Rahmen bürgerlicher Politik beschränkt.

Die entscheidende Aufgabe ist der Aufbau einer internationalen Front der antiimperialistischen und proletarischen Solidarität und die Unterstützung der revolutionären bewaffneten Befreiungskämpfe in den verschiedenen Ländern

★ gegen imperialistische Unterdrükkung, Ausbeutung und Vernichtung der Lebensgrundlage!

★ gegen halbfeudale Großgrundbesitzer und proimperialistische Bourgeoisie in den abhängigen Ländern!

★ gegen nationale und patriarchale Unterdrückung!

★ gegen Faschisierung und Militarisierung!

★ gegen Rassismus und Völkermord!

★ für die Beseitigung der imperialistischen Ausbeuterherrschaft!

Nur im scharfen Kampf gegen alle imperialistischen Menschenrechtsheuchler und ihre Helfershelfer kann es dabei wirkliche Fortschritte geben.

"... die Internationale erkämpft das Menschenrecht!"

Info-Verteiler

Von der Störung der UNO-Konferenz konnte keine Rede sein, aber ...

... wider Erwarten war die NGO-Konferenz - symbolträchtig im Keller unter der UNO-Konferenz - frei zugänglich. Nachdem sich das NGO-Zelt neben dem Austria-Center nach einigen Tagen als Flop herausgestellt hatte, übersiedelten die meisten der Gruppen, die dort ihre Informationsstände aufgebaut hatten, in die Gänge des Konferenzzentrums. Neben den NGO-Gruppen, deren Aufgabe es ist, den Imperialisten die Claqueure gegen unliebsame Regimes zu spielen (Amnesty, Caritas, American Watch, ...) schafften es auch einige fortschrittliche Gruppen, bis nach Wien zu kommen und über die politische Lage in ihren Ländern zu berichten. Diese Informationen von fortschrittlichen Menschen und Gruppen aus allen Teilen der Welt - meist behindert durch die Claqueur-NGO's und die Konferenzleitung, die versuchte, alles in unkonstruktivem Chaos versinken zu lassen - war für uns der Schwerpunkt der Konferenz. Den fortschrittlichen Gruppen gelang es, sich einigen Spielraum zu verschaffen. So waren in der ersten Woche Blockaden, Demos und Kundgebungen in und vor dem Konferenzzentrum an der Tagesordnung. Als Protest gegen den Auftritt von Carter und der anschließenden Bestrafung der 'Schuldigen' - die lateinamerikanischen Frauen wurden aus der Frauenkonferenz ausgeschlossen -, wurde ein 'Go-out' am 18.6. organisiert. Die österreische Polizei, die diese Demo verhindern wollte, mußte vor dem entschlossenen Auftreten so vieler Menschen, die meist mit Schlimmeren konfrontiert sind, zurückweichen und die Demo zulassen.

Wir werden uns bemühen, in den nächsten Nummern die Informationen, die wir auf der Konferenz bekommen konnten, auswerten und veröffentlichen.

Veranstaltungen und Aktionen während der Konferenz, die wir mitbekommen haben:

14.6. Radfahren gegen die Heuchelei, ca. 40 Leute,
18.6. Frauen/Lesbendemo, ca. 300 Teilnehmerinnen
Widerstand ist Menschenrecht: Veranstaltung zu politischen Gefangenen
Referate zu Gefangenen aus:
PCE(r)/Grapo - Spanien, RAF - BRD, MLN und Macheteros - Puerto Rico, Politische Gefangene in den USA, Mujeres de la Placa Mayo - Argentinien, Özgur Der - Türkei, Gabriela - Frauenorgansiation - Phillipinen, IEC London zu Abimael Guzman - Peru, ca. 80 Leute
24.6. Demo im Konferenzzentrum und Kundgebung zur Freilassung von Abimael Guzman, ca. 50 Leute
Menschenrechte? Klassenkampf! Über den Volkskrieg in Peru, ca. 70 Leute
Komitee gegen die Verletzung der Menschenrechte im Iran:
Alle reden von Menschenrechten - wir über deren Verletzung
1. Protestaktion: Mo., 14.6., 17 Uhr Oper
2. Galaabend mit Musik: Di., 15.6., 19 Uhr Haus der Begegnung 19., Gatterburgg. 2a
3. Protestmarsch: Sa., 19.6., 14 Uhr Austria Center
4. Veranstaltung mit kurdischer Musik und Tanz, persischer Musik und palastinensischen Liedern und Ausstellung iranischer Bildhauer und Maler: So., 20.6., 14 Uhr Donauinsel, Zelt für internationale Menschenrechte (Amnesty International)
5. Filmabend mit Teilnahme der Regisseure (mit Unterstützung der HTU) : Di., 22.6., 19 Uhr Porrhaus/Treitlstraße 3 (Karlsplatz) Info-Hörsaal



Terra Viva (Independent Daily of the World Conference on Human Rights) Nr. 1, 11.6.93

"You have nothing to lose but your chains" – Karl Marx, the Communist Manifesto.

ATIK - Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa e.V.

Bilanz des vom deutschen Staat unterstützten Nazi-Terrors

Fünf hinterhältig Ermordete in Solingen!



Alles ist offenkundig. Zu einer Zeit, wo der faschistisch-rassistische Nazi-Terror in kurzer Zeit mehr als 40 Menschenleben gefordert hat, ist es nicht akzeptabel, diese Ereignisse als "normal" hinzunehmen.

Die Realität in der BRD zeigt uns, daß die faschistisch-rassistischen Parteien und die etablierten Parteien (CDU/CSU, FDP, SPD) sich in der Ausländerpolitik einig sind. Auch wenn sie verschiedenes sagen, ist der Effekt in der Praxis der selbe. Dieses konnte man in der "Asyldebatte" am 26. Mai erkennen, wo der §16 GG mit den Stimmen der Mehrheit "geändert" wurde.

Mit Aussagen wie "der Wohlstand der Deutschen hat Vorrang" drücken die meisten deutschen Politiker ihre Unterstützung für die faschistischen Angriffe auf Nichtdeutsche aus. Sie tragen so dazu bei, daß die faschistisch-rassistischen Gruppen und Parteien ermutigt werden und ihre feigen Angriffe fortführen.

Das Resultat der deutschen Politik sind hinterlistig ermordete, verbrannte, verletzte Menschen, denen das Grundrecht auf Leben nicht gewährt wird.

Die fünf Menschen, die in Solingen ermordet wurden, sind genauso wie die vorher in anderen Orten Ermordeten Opfer eines faschistisch-rassistischen Angriffs. Egal welcher Nationalität sie auch angehören, alles was anders ist und der "deutschen Norm" nicht gerecht wird, ist Ziel dieser Angriffe.

Jetzt werden viele Politiker und Vertreter verschiedener Organisationen hingehen und diesen Anschlag "verurteilen". Sie werden wie immer ihre "Trauer" ausdrükken und davon reden, die "Schuldigen" zu bestrafen. Wir dürfen uns von ihnen nicht täuschen lassen. Denn wir wissen, daß diese nichts als Lügner sind.

Die Tatsachen sprechen für sich. Das Ziel dieser Angriffe sind alle Nichtdeutschen und "Andersartige". Es sind nicht, wie die meisten Politiker bewußt behaupten, "orientierungslose Jugendliche", sondern von dem Staat unterstützte und beschützte Faschisten. Natürlich "bestraft" der Staat einige Faschisten mit geringen Strafen, um seine "demokratische" Maske nicht zu verlieren. Sehr viele Faschisten, die für mehrere Morde verantwortlich sind und ihre Aktivitäten legal durchführen, werden bewußt gedeckt.

Die einzige Möglichkeit, den faschistischen Ring zu durchbrechen, ist der gemeinsame Widerstand der deutschen und nichtdeutschen Werktätigen.

Werktätige und ArbeiterInnen,

unsere Aufgabe ist es, die ausländerfeindliche Politik des deutschen Staates bloßzustellen, es nicht hinzunehmen, daß die Nichtdeutschen als Grund für die ökonomische Krise gezeigt werden und dem vom deutschen Staat unterstützten faschistischen Terror ein Ende zu setzen. Die momentane Situation zeigt uns, daß es unausweichlich ist, für unsere Rechte selbst zu kämpfen.

Solingen wird nicht die letzte Stadt sein, wo der Nazi-Terror Menschenleben gefordert hat. Wenn wir uns nicht gegen diese hinterhältigen Angriffe organisieren, werden schon sehr bald wieder Menschen sterben müssen. Wir können vom deutschen Staat nicht erhoffen, daß er den Morden ein Ende setzt. Denn er steht hinter diesen Anschlägen. Nur der gemeinsame Kampf der Deutschen und Nichtdeutschen kann diesen Terror stoppen.

Also, auf zum Kampf!

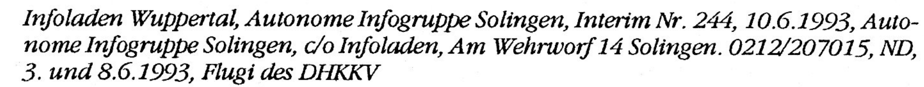
Alle faschistischen Organisationen müssen zersprengt werden!

Nieder mit den rassistisch-faschistischen Neo-Nazi-Angriffen!

Nieder mit dem deutschen Imperialismus!

Es lebe die Einheit und der gemeinsame Kampf der deutschen und nichtdeutschen Werktätigen!

Hoch die internationale Solidarität!



Infoladen Wuppertal, Autonome Infogruppe Solingen, Interim Nr. 244, 10.6.1993, Autonome Infogruppe Solingen, c/o Infoladen, Am Wehrworf 14 Solingen. 0212/207015, ND, 3. und 8.6.1993, Flugi des DHKKV



Zu den Morden in Solingen

Auf eine Anfrage von Bundestagsabgeordneten Conradi (SPD): 1989 verließen 438.082, 1990 verließen 465.470 und 1991 bereits 497.476 Ausländer die BRD. Schnoor (NRW-Justizminister, SPD) kündigte die Ausweisung türkischer Jugendlicher an, die bei den Auseinandersetzungen nach dem Anschlag in Solingen festgenommen worden waren.

Situation vor dem Anschlag

Im Gegensatz zu anderweitigen Berichten gab es im Vorfeld der Morde zahlreiche faschistische Aktivitäten in Solingen, so einen Brandanschlag auf eine türkische Moschee, einen Überfall von Skinheads auf eine Party und auf AntifaschistInnen, massive Propaganda der Deutschen Liga und auch Drohungen gegen die betroffene türkische Familie Genç.

10 Stunden vor dem Anschlag war ein Prozeß gegen einen Antifaschisten, der Staatsschutz und die Bullen observierten den Prozeß und waren in Alarmbereitschaft. Eine Stunde vor den Morden trafen sich ca. 20 Faschos vor einer Nachttankstelle in der Nähe des Tatortes, genau wie eine Nacht zuvor. Die Bullen wollen davon nichts mitgekriegt haben.

Bundespräsident Weizsäcker forderte nach dem Anschlag auf, "alle (müssen) bessere Nachbarn werden", Rau (SPD, NRW-Ministerpräsident) äußerte sich ähnlich. Er müßte wissen, daß die Nachbarn der Familie Genç die Polizei mehrfach auf Bedrohungen durch Skinheads hingewiesen haben, die sich regelmäßig in einer wildwüchsigen Parkanlage unmittelbar hinter dem Haus trafen. Die Polizei unternahm jedoch nichts.

Chronologie der Tage und Nächte nach dem Anschlag

Sa., 29.5.: Im Laufe des Tages kommt es zu mindestens 4 Demos, Beteiligung etwa mit 4000, 2000, 10.000 und 1000 Menschen. Als Brandstifter Seiters aus Bonn per Hubschrauber eintrifft, kommt es zu ersten Rangeleien mit den Bullen, im Laufe der darauffolgenden Demo zu Glasbruch bei der Ausländerbehörde und Bankinstituten. Festnahmen können verhindert werden. Eine zentrale Kreuzung wird besetzt, der Verkehr bricht zusammen. Abends wird die Autobahn Nr.3 von türkischen CB-Funkern ca. 1 Stunde besetzt; nach Erfüllung der Forderungen (Erklärung im TV) wird die Blockade aufgelöst. Die Bullen aus NRW inklusive SEK ziehen sich zusammen. Ca. 1000 Bullen sind rund um Solingen postiert, Wohnungen der Faschos werden bewacht, linke Strukturen, WGs observiert.

So., 30.5.: Erneute Demos mit tausend Menschen durch die Innenstadt. Die Stimmung ist gereizt, als ein Bürger Demon-

strantInnen beleidigt, das Haus wird entglast, Leute versuchen das Haus zu stürmen.

Abends blockieren mehrere hundert Leute, vor allem türkische Menschen eine wichtige Kreuzung, sie verbrennen Reifen und Sofas und was so rumliegt. Die Bullen erkennen sehr schnell, daß sie nicht räumen können. Es ist ein merkwürdiges Gemisch, das sich am Feuer aufheizt, die meisten sind türkische Jugendliche, viele mit türkischen Fahnen, sie skandieren religiöse Sprüche, singen die türkische Nationalhymne, aber rufen auch Antinaziparolen. Faschistische Graue Wölfe sind auch vertreten. Wie groß ihr Einfluß ist, ist schwer einzuschätzen. Die älteren Türken verhandeln mit den Bullen wegen der Aufgabe des Blockadepunktes, aber die Jugendlichen haben keinen Bock zu gehen. Irgendwann nachts gehen 300 türkische Leute, teilweise vermummt, los, und werfen fast die gesamte Schaufensterfront der Solinger Innenstadt ein, vor allem Kaufhäuser, Banken, eine Tankstelle, aber vereinzelt auch kleine Läden. Ein Matratzengeschäft wird geplündert, die Matratzen werden draußen angesteckt. Die Bullen irren umher, es gibt kaum Festnahmen, obwohl aus allen Teilen NRWs Bullen anrücken. Auf der Autobahn formiert sich derweil ein Autokorso türkischer Taxifahrer aus dem Ruhrgebiet, die den Verkehr auf der A 3 stoppen, andere Autokorsos blockieren Montag morgen den Flughafen Köln Wahn.

In der Nacht zu Montag, 1.6. kam es zu den schwersten Ausschreitungen in Solingen:

21.30 Uhr: Auf der Kreuzung vor der Innenstadt/Schlagbaum errichteten etwa 600 Leute eine Blockade. Die Stimmung ist recht aggressiv, es wird Sperrmüll gesammelt und angezündet. Die Bullen versuchen 1 Person festzunehmen, lassen es dann aber bleiben; der erste Autokorso mit TürkInnen aus dem Ruhrgebiet trifft ein, die Lage ist für die Bullen recht unübersichtlich. Ein Bullenwagen wird angegriffen, die Bullen ziehen sich zurück. 3 Züge Bullen belagern den Infoladen am anderen Ende der Stadt, ziehen aber kurz darauf ab.

22.30 Uhr: 500 Leute halten die Blockade am Schlagbaum und vergrößern das Feuer mittels Autoreifen. Etwa 500 ziehen durch die Innenstadt. Erste Pyros fliegen, die Bullen greifen nicht ein. Mehrere Autokorsos mit bis zu 100 Fahrzeugen fahren durchs gesamte Stadtgebiet. Ein Linienbus wird angegriffen, kurz darauf wird der gesamte Nahverkehr eingestellt.

0.00 Uhr: Im Bereich Schlagbaum stellen die Stadtwerke am Schlagbaum den Strom ab, das Feuer auf der Kreuzung droht auf die Oberleitung zu schlagen.

0.30 Uhr: Die Fußgängerunterführung am Schlagbaum brennt

0.45 Uhr: Die Bullen ziehen sich weiter zurück

0.50 Uhr: Etwa 200 Vermummte und bewaffnete Leute ziehen Richtung Stöckerberg. Ein Postamt wird entglast

0.55 Uhr: Die Bullen fordern landesweite Verstärkung an

1.00 Uhr: Eine Tankstelle wird angegriffen

1.10 Uhr: Die Bullen sind nicht mehr in der Lage, ihre eigene Sicherheit zu gewährleisten, Meldungen über Einbrüche etc. wird nicht mehr nachgegangen

1.17 Uhr: 200 Leute ziehen zum Rathaus, danach durch die Stadt, Kaufhäuser, Banken, McDonalds, Tageblatt etc. werden entglast. Vor der Deutschen Bank werden Brände gelegt.

1.30 Uhr: Am Graf-Wilhelm-Platz treffen Leute auf anscheinend stärkere Bullenkräfte und verteilen sich in Kleingruppen. In Leverkusen/Leichlingen wird ein Autokorso von einer Hundertschaft aufgehalten. Aus Ohliga kommt ein Korso durch. Die Blockade am Schlagbaum hält weiterhin, in der ganzen Innenstadt brennen Feuer.

1.35 Uhr: Die A 3 wird blockiert

2.17 Uhr: Das Innenministerium wird eingeschaltet

2.37 Uhr: Erste Plünderungen. Ein Bulle wird verletzt.

2.45 Uhr: Meldungen über ein brennendes Wohnhaus, die Bullen haben keinen Durchblick mehr.

3.10 Uhr: Der Wohnhausbrand stellt sich als eine Falschmeldung heraus. In dem betreffenden Haus ist ein Matratzenlager geplündert worden. Die Matratzen werden auf der Straße verbrannt, da die Flammen 8 m hoch schlagen, kam die Falschmeldung.

3.40 Uhr: 300 Leute stehen 60 Bullen am Schlagbaum gegenüber, es bleibt aber ruhig.

4.05 Uhr: Türkische Autofahrer mit zugeklebten Nummernschildern rasen auf eine Bullensperre zu, machen aber kurz vorher Vollbremsungen und drehen ab.

4.15 Uhr: Osnabrücker Autonome treffen ein und werden direkt festgenommen.

4.40 Uhr: Meldungen über weitere Festnahmen

5.00 Uhr: Die A 3 bleibt weiterhin besetzt

5.12 Uhr: Die riots flauen ab, die Feuerwehr sichert geplünderte Geschäfte

Mo., 1.6.: Auseinandersetzungen vor dem abgebrannten Haus, die Bullen räumen die Straße. Prügeleien zwischen Kurden, Deutschen und Grauen Wölfen.

Von einem Benefizkonzert gehen immer wieder einzelne Demos in die Innenstadt. Alles sieht nach weiteren Auseinandersetzungen in der Nacht aus.

BAW nach dem Anschlag: unpolitischer Einzeltäter - falscher Fahndungsaufruf

Die Bundesanwaltschaft (BAW) stellte - wie immer nach faschistischen Überfällen - die Brandstiftung in Solingen zuerst als "unpolitische" Aktion eines "Einzeltäters" hin. Generalbundesanwalt von Stahl ließ der Öffentlichkeit mitteilen, der mutmaßliche Täter von Solingen, der 16jährige Christian Riha, wohnhaft in der Unteren Wernerstraße unweit vom Tatort, sei "bisher in der rechtsextremen Szene nicht aufgefallen". Zynisch könnte man diese Aussage kommentieren: Wieso sollte er auch auffallen, er steckte doch mittendrin.

Wenig später erließ Generalbundesanwalt Stahl einen Fahndungsaufruf nach vier weiteren Skinheads, dieser Aufruf, der auch in Radio und Fernsehen veröffentlicht wurde, wurde kurz darauf zurückgezogen. Einige Tage später wurden drei andere Faschisten als Mittäter verhaftet, von denen zumindest einer die Tat gestand.

Umfeld von Riha - Verbindungen zwischen den Faschisten

Christian Riha trainierte in der Kampfsportschule von Bernd Schmitt, dem "Deutschen Hochleistungs Kampfkunstverband (DHKKV)". Schmitt ist ein alter Bekannter innerhalb der "Bewegung" von NRW: Er war aktiv am Aufbau der FAP Rhein-Westfalen und der lokalen Organisation der GdNF beteiligt, stand Saalschutz beim Bonner Auftritt des kanadischen Auschwitz-Leugners Ernst Zündel, pflegte Kontakte zur NF, zur Wiking-Jugend, zum Deutschen Jugend-Bildungswerk und zur Deutschen Liga. Am 8.8.1992 beschloß der außerordentliche Parteitag der NF in Kremmen bei Oranienburg, daß der DHKKV deren Kampfaufgaben als selbständige Organisation übernehmen solle. Die Ausgliederung der militanten Aktivitäten stand im Zusammenhang mit dem drohenden Parteiverbot der NF, nachdem ihr ehemaliger Generalsekretär Meinolf Schönborn zur Gründung von "Nationalen Einsatzkommandos" aufgerufen hatte.

Der DHKKV hatte die Räumlichkeiten des Kampfsportvereins "Hak Pao" für zwei Tage in der Woche angemietet. Laut Antifa Info NRW Nr.1 ist Hak Pao unpolitisch, es trainieren dort auch viele Ausländer mit. Allerdings sind in diesem Verein fünf zum Teil führende Nazis (Koch, Schlösser, ...). An den Tagen, an denen der DHKKV Hak Pao benützte, waren ausländische Menschen vom Training ausgeschlossen, an einem Tag in der Woche wurde überhaupt "geheim" gearbeitet. Laut Eigendefinition arbeitet der DHKKV "mit allen anerkannten Fachverbänden zusammen".

"Nicht jeder Asiate, der in Deutschland eine Kampfsportschule betreibt, ist ein wirklicher Meister. Ganz im Gegenteil. die meisten sind als Studenten nach Deutschland gekommen und haben schnell erkannt, daß im Kampfsportbereich wir Deutschen kaum Möglichkeit haben, die Qualifikationen dieser angeblichen Meister zu überprüfen." (Flugi des DHKKV) Überprüft wurde inzwischen allerdings die Qualifikation des "Meisters" Bernd Schmitt, der sich selbst "Dipl.-Sportlehrer" nennt und behauptet, "als Ausbilder bzw. Dozenten fungieren nur hochqualifizierte Dipl.-Sportlehrer bzw. Fachsportlehrer, die mindestens alle den 5. Meistergrad (Dan-Grad) besitzen." Er selbst ist weder diplomierter noch sonst eine Art von "Fachsportlehrer". Schmitt begann zwar mit einer "Kampfsportlehre", brach diese allerdings inzwischen wieder ab und darf

sich offiziell auch nicht als "Dipl.-Sportlehrer" ausgeben.

Die Mutter von Christian Riha, ihr Lebensgefährte Thomas Leck und Bernd Schmitt haben auch liebe Freunde in der Landeshauptstadt: Christian Eitel ist der Leibwächter von Torsten Lemmer, Manager der Faschoband "Störkraft" und Geschäftsführer der "Freien Wählergemeinschaft (FWG)" im Stadtparlament von Düsseldorf. Die FWG ist eine Abspaltung von den REPs. Außerdem war er zeitweise für die leibliche Unversehrtheit des Ex-Mitglieds der REPs Harald Neubauer, Chef der Deutschen Liga und Europa-Parlamentarier, verantwortlich. Lemmer und Eitel sind auch Mitherausgeber der Zeitschrift "Europa vorn", die der Deutschen Liga nahesteht und Gesellschafter der rechten Plattenfirma "Dorfmusik". Lemmer wurde kürzlich bei einer Schlägerei auf einer Kirmes in einem Solinger Vorort gesichtet. Die Düsseldorfer ihrerseits sind u.a. mit der Solinger ÖDP in Gestalt ihres Landesvorsitzenden Heinz-Willi Müller verbandelt.

Da es inzwischen gesichert scheint, daß die Faschisten, die sich eine Stunde vor dem Solinger Mord an einer Tankstelle getroffen haben, nur zum Teil aus Solingen stammen, ist anzunehmen, daß es sich um das in Solingen häufig gesehene "Störkraft"-Umfeld aus Düsseldorf oder Langenfeld handelte.

Bei einem anderen Mittäter, dem 23jährige Markus G., wurde im Zuge einer Hausdurchsuchung ein am 22.4.1992 ausgestellter Mitgliedsausweis der DVU gefunden.



Rote Fahne, 9.6.1993, als Redebeitrag verlesen auf der antifaschistischen-antirassistischen Demo in Wien am 9.6.1993 vor der BRD-Botschaft

Solidarität mit den antirassistischen Kämpfen überall!

Wien, Kapfenberg, Gutenstein, Traunkirchen, Hohenems ...

Die Brandstifter in Österreich sitzen am Ballhausplatz!

Nach der extremen Verschärfung der Asylgesetze wird in Deutschland der rassistische Terror Tag für Tag weiter vorangetrieben: Faschistische Mörder stecken Frauen und Kinder bei lebendigem Leib in Brand.

Es ist keineswegs so, daß die Politiker und die Exekutive dem Morden bloß tatenlos zusehen würden oder angeblich machtlos wären, sondern dieser faschistisch-rassistische Terror geht vom Staat des deutschen Imperialismus selbst aus! Dahinter steckt System.

Die Brandstifter sitzen in Bonn: Hinter der vielen empörten Menschen heute noch unverständlich erscheinenden "Duldung" und "Schlappheit" der Staatsorgane gegenüber den Brandlegern steht in Wirklichkeit die Berechnung der Bonner Machthaber, mit mörderischer Konsequenz die staatliche Faschisierung voranzutreiben, die breiten Massen der werktätigen Bevölkerung mit der rassistisch-chauvinistischen deutschen Herrenmenschen-Ideologie zu vergiften. Dies geschieht heute vor allem auch unter dem Aspekt der verschärften Kriegsvorbereitungen, des zunehmend aggressiven Vorpreschens des deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus international (Bundeswehr in Somalia, Ex-Jugoslawien ...).

Allerdings wäre es falsch, nur Deutschland zu sehen. So hat es in Frankreich kürzlich demonstrative rassistische Hinrichtungen in Polizeigewahrsam gegeben, in Miami/USA erschießen Polizisten straflos Schwarze, in Italien wird Tag für Tag ebenfalls Jagd auf Flüchtlinge gemacht.

"Österreich ist anders"???

Die Sachwalter des österreichischen Imperialismus verbreiten in der Öffentlichkeit die Lüge, daß es in Österreich keinen rassistisch-fsachistischen Terror gebe. Scholten und Vranitzky haben lauthals verkündet, "daß **bei uns keine Ausländerwohnungen angezündet werden**" (profil 7.12.1992). Verzetnitsch lügt im Chor mit, es sei in Österreich zu "**keinen** Ausschreitungen gekommen" (Solidarität März 1993), und der Leiter des Wiener Integrationsfonds Max Koch versucht gar weiszumachen: "**Österreich ist anders**" (Standard 8.6.1993). Der Generaldirektor für öffentliche Sicherheit Sika "hält es für unwahrscheinlich, daß sich Solingen bei uns wiederholt" (Täglich alles 2.6.1992).

In Wirklichkeit haben faschistische Anschläge auch in Österreich bereits mehrfach stattgefunden, gehören zur Tagesordnung der alltäglichen kapitalisticshen Realität in diesem Land!

Am 9.10.1992 war in der "Wiener Zeitung" die kleine Notiz zu lesen: "Auch in Vorarlberg dürfte, wie schon so oft in den vergangenen Monaten, Mittwoch ein Brandleger am Werk gewesen sein. **Wieder einmal** (!!) brannte ein Gastarbeiterwohnhaus, diesmal in Hohenems: Vier türkische Familien mit zusammen 22 Personen wurden obdachlos und mußten in Notunterkünfte von Firmen und der Stadt Hohenems ziehen."

In der Nacht zum 1.12.1992 haben Faschisten in Vorarlberg erneut die Wohnungen zweier Familien aus der Türkei angezündet, das Holzhaus brannte vollständig aus. Die acht Bewohnerinnen und Bewohner konnten sich gerade nocht retten. Das Feuer machte eine Flucht durchs Stiegenhaus unmöglich. Um das nackte Leben zu retten, mußten sie aus dem ersten Stock springen, wobei es zu Verletzungen kam.

Das sind nur wenige Beispiele aus einer ganzen Fülle von faschistischen Anschlägen gegen Flüchtlinge und Werktätige aus anderen Herkunftsländern. Der Jahresbericht 1992 des Innenministeriums mußte mindestens 429 rassistische und antisemitische Gewalttaten und Anschläge zugeben!

Entgegen allen lügnerischen Behauptungen gibt es auch in Österreich rassisti-

sche Morde. So wurde Anfang März 1993 in Wien aus Haß der aus Indien stammende Zeitungs-Kolporteur Amrik Singh erschossen. Um den rassistischen Hintergrund zu vertuschen, haben die Behörden diesen Mord eilig zur Tat eines "Irren" erklärt, so wie sie die faschistischen Brandanschläge faktisch zu Streichen dummer Jungen verniedlichen. Zum Beispiel wurden die Angehörigen der faschistischen VAPO, die in Traunkirchen nachts Brandsätze gegen ein Flüchtlingsheim warfen, von der österreichischen Klassenjustiz lediglich wegen "Sachbeschädigung" (!) zu lächerlich niedrigen Strafen verurteilt!

Diese Vertuschungs- und Verniedlichungstaktik ist für die kapitalistischen Machthaber Österreichs sehr wichtig, um zu verhindern, daß sich Widerstand und Kampf dagegen formiert. Wie wichtig ihnen der faschistisch-rassistische Terror "im verborgenen" ist, zeigt das Beispiel eines von den Faschisten sogar angekündigten Brandanschlags gegen eine Flüchtlingspension in Kapfenberg. Dort nahm die Polizi danach **einen Flüchtling** (!!) fest, weil dieser an die Öffentlichkeit gegangen war. Die Polizei behauptete gar, er habe den Brand selbst gelegt, um den österreichischen Staat schlecht zu machen!!

Der rassistische Terror geht auch in Österreich vom bürgerlichen Staat aus! Die staatliche Asylpolitik beispielsweise bedeutet Folter und Mord. So ist dokumentiert, daß Flüchtlinge aus Sri Lanka, die von Schwechat dorthin abgeschoben wurden, vom faschistischen Folterregime dieses Landes ermordet wurden - in Sri Lanka kann bereits der Besitz eines Buches von Karl Marx das Todesurteil bedeuten. Hunderte, ja tausende anderer Fälle mörderischer Abschiebungen und Zurückweisungen aus Österreich sind nur nicht bekannt! Bekannt wurde aber die Ermordung von 5 Flüchtlingen aus Sri Lanka in Österreich, die in der Nähe von Wien an den Autobahnrand geworfen wurden. Für dieses Verbrechen ist hauptsächlich die österreichische Regierungspolitik verantwortlich. Denn diese hat diese Flüchtlinge gezwungen, "illegal" einzureisen, da sie als vom Imperialismus und Faschismus Verfolgte praktisch keine Chance hatten, in Österreich Asyl zu bekommen oder das Land legal überhaupt nur zu betreten!

Gleichzeitig stellen die Politiker und Medien auch hier in Österreich die Weichen zur noch weiter zunehmenden Terrorisierung und Vertreibungspolitik von Flüchtlingen und Werktätigen aus anderen Ländern. Mit der extremen Verschärfung der rassistischen Sondergesetze in jüngster Zeit werden "die Ausländer" mehr denn je entrechtet. In den Medien wird gleichzeitig gehetzt, daß 150.000 Türkinnen und Türken gefährlich seien. Antifaschistinnen und Antifaschisten aus der Türkei/Nordkurdistan werden als "wildgewordene Türkenhorden" (Krone 24.11.1992) verunglimpft.

In der Tat, wenn Österreich "anders" ist, dann höchstens in der Hinsicht, daß es gegen diese ganze rassistische und chauvinistische Politik allzuwenig Widerstand und kaum wirkungsvollen Kampf dagegen gibt! Sorgen wir dafür, daß sich das gründlich und radikal ändert:

★ Um den antirassistischen, antichauvinistischen und antifaschistischen Kampf zu entwickeln, zu verbreitern und zu vertiefen, muß mit allen Illusionen in diesen Staat, in diese "Demokratie" und darüber, was sich hierzulande **bereits heute** tagtäglich abspielt, radikal aufgeräumt werden!

Gleichzeitig müssen alle Illusionen darüber bekämpft und zerschlagen werden, bis zu welchen mörderischen, ja völkermörderischen Konsequenzen die hier Herrschenden die Ideologie und Praxis des Rassismus vorantreiben, um ihre imperialistischen Ziele der Profitmaximierung gegen jeglichen Widerstand der Völker, aber auch gegenüber imperialistischen Rivalen durchzusetzen.

★ Die braune Pest geht vom bürgerlichen Staat aus. Dessen entscheidende Komponenten, Polizei und Armee, stellen auch im antirassistischen und antichauvinistischen Kampf die größte Gefahr dar, weil sie die entscheidenden Machtfaktoren sind, um die rassistische Asylpolitik, Abschiebungen usw. durchzuführen, so z.B. wenn das Bundesheer an den Grenzen Jagd auf Flüchtlinge macht. Die staatliche Repressionsmaschine ist auch da Hauptproblem im unbedingt erforderlichen Kampf gegen die "privaten" faschistischen Banden. So schützte die Polizei am 9.11.1992, dem Jahrestag des Novemberpogroms der Nazis 1938 ("Kristallnacht") eine Zusammenrottung der AFP-Faschisten im "Trenckheim" im 16. Wiener Bezirk gegen die Proteste der Antifaschistinnen und Antifaschisten.

★ Der unmittelbare Kampf gegen die faschistischen Banden, VAPO usw., ist unbedingt erforderlich. Denn wer nicht bereit ist, diesen faschistischen Banden mit aller Härte entgegenzutreten, braucht von dem viel größeren Kampf gegen die Macht der Bourgeoisie nicht einmal reden.

★ Militanter Kampf, antifaschistische und revolutionäre Gewalt gegen faschistische, reaktionäre Gewalt ist nicht nur gerechtfertigt, sondern unbedingt notwendig.

Der Kölner Journalist und Schriftsteller Ralph Giordano erklärte im November 1992 in einem Brief an Helmut Kohl, daß die jüdische Bevölkerung in Deutschland nach den tödlichen Gewalttaten durch Nazis ihre Verteidigung nunmehr in die eigenen Hände nimmt, *"und zwar bis in den **bewaffneten** Selbstschutz hinein."* Diesen Aufruf, auf den in Giordano Ende November 1992 eine Morddrohung von Nazis erhielt, hat er nach der jetzigen organisierten Mordwelle nochmals ausdrücklich auf den Selbstschutz aller vom Rassismus bedrohten Menschen erweitert!

Auch hier in Österreich ist ein solcher Selbstschutz gegen Rassismus und Antisemitismus erforderlich. Für alle fortschrittlichen und revolutionären Kräfte besteht die unbedingte Notwendigkeit der entschiedensten und tatkräftigsten Solidarität mit Flüchtlingen, Kriegsdeserteuren aus Ex-Jugoslawien, Werktätigen aus anderen Herkunftsländern, Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma sowie allen anderen von Imperialismus und Reaktion Bedrohten und Verfolgten. Diese aktive Solidarität darf durch keinerlei "Rücksichtnahme" auf legalistische Schranken abgeschwächt werden. Wer bei rassistischen und faschistischen Verbrechen wegsieht und untätig bleibt, macht sich mitschuldig!

★ Der umfassende und bis an die Wurzel gehende Kampf gegen die faschistische und rassistische Ideologie als zugespitzteste Form der bürgerlichen Ideologie vom angeblichen "Recht des Stärkeren", von der angeblichen "Durchsetzung des Tüchtigsten" usw. ist lebenswichtig, um auf lange Sicht gegen den reaktionären ideologischen Drubk bestehen und entscheidende Siege bei der Gewinnung und Formierung antirassistischer Kräfte erringen zu können. Die Unversöhnlichkeit gegenüber allen Erscheinungsformen der rassistischen Ideologie, das europäischen Chauvinismus und des Antisemitismus unter den fortschrittlichen bzw. sich als links verstehenden Kräften ist dabei eine unverzichtbare Bedingung für den Erfolg dieses Kampfes.

★ Radikal zu verstehen, daß Rassismus und Chauvinismus ein Produkt der bestehenden kapitalistischen Verhältnisse ist und vom bürgerlichen Staat getragen wird, heißt vor allem, zielstrebig den Kampf für die gewaltsame Zerschlagung dieses Staates in der proletarischen Revolution, für den Sturz des Kapitalismus, für die revolutionäre Macht der Arbeiterklasse, für den Sozialismus und Kommunismus zu führen.

Nieder mit dem österreichischen Imperialismus!
Es lebe der proletarische Internationalismus!

Aus: Anschlagserklärung der Aktion WUTSCHREI, Info-Verteiler Nr. 31/Oktober 1992, Dokumentationsarchiv des österr. Widerstands, Standard, Wiener Antifas

Dichterstein Offenhausen

'' Wir haben in der Nacht vom 15. auf den 16. April 1993 das faschistische Denkmal, den Dichterstein in Offenhausen (OÖ) mit Farbe und Parolen verziert.

Außerdem haben wir das Gasthaus, in dem sich die FaschistInnen jedes Jahr treffen und ihre rassistischen '' deutschen Kulturtage'' abhalten, mit Farbeiern und antifaschistischen Parolen verschönert.

Wir wollen mit dieser Aktion ein sofortiges Verbot des Verein Dichterstein bewirken.

Kein fußbreit den FaschistInnen!

Aktion WUTSCHREI''

Die sogenannte "Gedenkstätte" auf einem Hügel über Offenhausen westlich von Lambach in Oberösterreich wurde zwischen 1963 und 1968 errichtet. Sie wird umgrenzt von einer steinernen Brüstung, in die Ziegelsteine mit Namen von 441 (Stand 1992) faschistischen Dichtern und solchen, die gern welche wären, eingebaut sind. In der 1978 vom *Verein Dichterstein Offenhausen* erschienenen "Offenhausener Literaturgeschichte" sind die Namen der hier verewigten Dichter aufgelistet. Es handelt sich im Prinzip um eine verkürzte Ausgabe der Mitgliederliste der *NS-Reichsschrifttumkammer* sowie deren geistiger Nachfolger. Links und rechts vom Aufgang zum Denkmal stehen zwei Schilde mit den Namen von Goethe und Schiller. Durch ein Tor geht es über zehn Stufen zur eigentlichen "Gedenkstätte" mit Parolen wie "Deutsches-Volkstum-Friede", "Ahnenehrung-Gesittung", "Soldatentum-Trotz", "Sippenreinheit", "Muttertum" etc.

Seit 1963 treffen einander jedes Jahr im April/Mai "Volkstreue" - alte und neue Nazis - in Offenhausen. Im Wirtshaus werden erstmal die neuen "Dichtersteinnamensträger" verkündet, dann ernennt der Vorstand des Vereins Dichterstein Offenhausen neue "Ehrenmitglieder" und verleiht "Dichterstein-Schilder". Danach gehen die Faschisten zum Denkmal. Zuerst wird am "Joseph-Hieß-Gedenkstein" ein Kranz niedergelegt, anschließend werden die neuen "Gedenksteine" enthüllt. Danach wird im Wirtshaus weitergesoffen und volksgetümelt.

Wer war Joseph Hieß?

Laut der Nazi-Zeitung *Eckart-Bote* saß Hieß nach dem 2. Weltkrieg im Kriegsgefangenenlager Glasenbach ein. Nach seiner Entlassung übersiedelte er nach Offenhausen, wo er einen Turnverein gründete. In Offenhausen wurde er auch in den Gemeinderat gewählt. Von Hieß stammt die Idee, einen "Dicherstein mit den Namen verstorbener und gefallener Turnerdichter" zu errichten. Am 16.6.1963 wurde das Ding eröffnet, die Festrede hielt Dr. *Fritz Stüber*. Aus dem "Turnerdichterstein" wurde bald ein Denkmal für alle "volkstreuen Dichter".

Faschistische "Lyriker"

Der Eröffnungsredner des Fascho-Denkmals von 1963, **Fritz Stüber**, wurde 1903 geboren und starb 1978. Der Finanzbeamte und verkannte "Lyriker" wechselte 1938 nach dem "Anschluß" Österreichs an Deutschland zum *Neuen Wiener Tagblatt*, wo er Schriftleiter wurde. Daneben arbeitete er für den Reichssender Wien und schrieb - laut VdU-Mitgründer *Viktor Reimann* "gegen Ende des Krieges noch Durchhalteartikel". Von 1949 bis 1956 war Stüber Abgeordneter des VdU (der Vorgängerorganisation der FPÖ) im Parlament. 1959 gründete er den *Eckart-Boten* und wurde dessen Schriftleiter. Der Name bezieht sich übrigens auf den Nazi-Literaten *Dietrich Eckart*. Eckart erfand 1918 die Parole "Deutschland erwache" und war 1920 bei der Gründung des *Völkischen Beobachters* dabei. Hitler widmete seinem "Vater und Lehrer" Dietrich Eckart 1923 "Mein Kampf". Der *Eckart-Bote* steht ganz in dieser Tradition: In der Ausgabe 6/92 wurde des "Politikers Reinhard Heydrich" gedacht, des ehemaligen Chefs des SS-Sicherheitsdienstes und Organisators des Holocaust.

Herausgeber des *Eckart-Boten* ist die *Österreichische Landsmannschaft*, an deren Veranstaltungen FPÖler wie z.B. der alte Wiener Landesparteichef **Erwin Hirnschall** oder der neue, **Rainer Pawkowicz**, teilnehmen. In der Zeitung publizierten u.a. der Ex-NDP-Chef und Südtirolterrorist *Norbert Burger* und der antisemitsche Hetzer und Hochschulprofessor *Taras Borodajkewicz*. Das alles hinderte das Bundeskanzleramt Anfang der 80er Jahre nicht, dem *Eckart-Boten* staatliche Presseförderung zukommen zu lassen.

Andere Besucher der Feiern in Offenhausen sind z.B.

Bela Ewald Althans, Yuppie-Fascho aus München. Er betreibt in München einen Versandladen für Nazi-Abzeichen, Zeitschriften etc., das Lokal wurde unlängst von Antifas angegriffen und ziemlich demoliert. Althans wurde auch beim Pogrom in Rostock gesehen. Außerdem ist er ein guter Bekannter des Revisionisten Ernst Zündel, einem in Toronto/Kanada wohnenden Faschisten. Althans bot im Mai 1992 in einer Aussendung Fotos von "freiwillige(n) Neonazikämpfer(n) in Jugoslawien auf Seiten der kroatischen Kräfte genauso wie Neonaziengagement im Irak" an, Preis US-$ 5.000,-.

Gerd Honsik, Herausgeber der Nazi-Zeitung *Halt*, er hat sich wegen seiner unbedingten Verurteilung nach Spanien abgesetzt, von wo das Faschistenblatt weiter verschickt wird. Bereits vor Honsik hatte sich der Herausgeber der Nazi-Postille *Sieg*, **Walter Ochensberger**, trotz vielfacher Warnungen an die Justiz und das Innenministerium, unbehindert der Verbüßung seiner unbedingten Strafe entziehen und nach Spanien absetzen können. Dort kamen beide bei der *CEDADE*, einer vom NS-Kriegsverbrecher *Otto Skorzeny* gegründeten Hilfsorganisation für Faschisten unter. Ochensberger, der zwischendurch auch wieder in Wien gesichtet wurde, sitzt derzeit in Auslieferungshaft in der BRD.

Andreas Mölzer, FP-"Grundsatzreferent", braucht wohl nicht extra vorgestellt zu werden. Er erhielt 1990 den Dichterstein-Gedenkpreis. Über Mölzer zieht sich der Bogen zur *Aktionsgemeinschaft für Politik* AFP, in deren Trenck-Heim im 16. Bezirk vor über einem Jahr die bewaffnete *Wehrsportgruppe Trenck* ausgehoben wurde.

Promis 1993

Referenten beim diesjährigen Treffen - es findet vom 28.4. bis 3.5. statt - sind u.a.:

Lothar Höbelt. Er ist Assistent am Institut für Zeitgeschichte in Salzburg (dessen Chef Prof. Gerhard Botz allgemein als fortschrittlich gilt) und Revisionist, außerdem ist Höbelt - neben dem Grundsatzreferenten Mölzer - Parteihistoriker der FPÖ.

Franz Stourac, der die Existenz der Gaskammern leugnet. Er wird über den österreichischen Nazi *Hans Steinacher* referieren (Titel:"Der getreue Ekkehart für Kärnten"). Steinacher war bereits vor dem Anschluß Österreichs als Nationalsozialist tätig, in einem Polizeiakt von 1936 heißt es: "Die nat.soz. Politik in Österreich wird seit etwa zwei Monaten nach den Weisungen des Bundesführers des VDA., Dr. Hans Steinacher, durchgeführt".

Widerstand gegen den Faschisten-Treffpunkt

Nachdem es in den vergangenen Jahren immer wieder zu Protesten gegen die "Dichtersteintreffen" gekommen war, gab es 1992 erstmals eine Demonstration gegen diese Veranstaltung. Am 1. Mai 1992 versuchten ca. 60 AntifaschistInnen aus Österreich und der BRD, das Treffen zu verhindern. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen mit der Gendarmerie und ein Antifaschist wurde verhaftet. Wie so oft schützten auch damals die Polizisten die Faschisten.

Infoladen Wien, Quellen: verschiedene Beiträge in der INTERIM Nr. 239/6.5.93, 240/13.5.93, 241/20.5.93, siehe Klammern: Nr./Seite

Autonomer Abschied von der Politik - der 1. Mai in Berlin

Zur Diskussion um und Auseinandersetzung mit der RIM in der INTERIM und auf der Straße

Wie wohl auch in Wien inzwischen bekannt sein dürfte, gibt es seit Jahren anläßlich der 1. Mai-Demos in Berlin (*"revolutionäre 1. Mai-Demo"*) Auseinandersetzungen zwischen Autonomen und der RIM (Revolutionary International Movement).

Der platte Antikommunismus, der aus nahezu allen Beiträgen in der INTERIM dazu gepredigt wird und der unglaubliche Haß auf alles, was unter der Bezeichnung *"MLer"* und *"Stalinisten"* subsumiert wird, erklärt zwar in keiner Weise die Politikvorstellungen dieser Gruppen, dafür umso besser das Selbstverständnis der Verfasser dieser Beiträge. Offensichtlich geht es Teilen der Berliner autonomen Szene nicht (mehr?) darum, die gesellschaftlichen Verhältnisse von Grund auf zu verändern (*"Hinter den Faschisten/dem Faschismus steht das Kapital ..:"* etc.), sprich politisch zu handeln, sondern um eine Form von *"Selbstbefreiung"*, deren Irr- oder besser ganz zielgerichtete Wege - die dann irgendwann im trauten bürgerlichen Heim, im Bewußtsein um den eigenen *"Schutz"* seitens Papa Staat und seiner Organe, enden - wir bereits bei den *"Alternativen"*, *"Grünen"* etc. beobachten konnten:

"Einige Autonome" schreiben unter dem Titel *"Um wen handelt es sich* [bei der RIM] *eigentlich"* u.a.: *"Die RIM ist eine straff autoritär organisierte kleine Kadergruppe, bestehend aus einer Handvoll Leute in mehreren norddeutschen Städten, ..."* Angeblich tritt diese Handvoll Leute unter verschiedenen Namen auf, wie z.B. *"revolutionäre Kommunisten (RK)"*, *"Sympathisanten der revolutionären Kommunisten"* oder *"TKP/ML (maoistische Parteizentrale)"* (239/6).

Was an vielen Beiträgen in der INTERIM zu diesem Thema am meisten erschreckt, ist die offensichtliche theoretische Unkenntnis der Schreiber und Schreiberinnen. Im selben Beitrag erwähnen die *"einigen Autonomen"* nämlich, daß RIM ein *"Zusammenschluß von rund fünfzehn maoistischen ML-Parteien verschiedener Kontinente"* sei, deren wichtigste die Kommunistische Partei Perus (PCP) ist. Draufzukommen, daß *"TKP/ML"* für die Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten steht, wäre wohl auch von Berliner Autonomen nicht zu viel verlangt.

Die Geschichtslosigkeit der autonomen Linken

Daß über die PCP in den bürgerlichen Medien jede Menge Dreck geschüttet wird, verwundert schon deshalb nicht, weil diese Partei es geschafft hat, in mehr als einem Drittel der Fläche Perus die Armee und die Organe des bürgerlichen Staates rauszudrängen und eine neue Ordnung zu etablieren und auch amerikanische Militärs vor kurzem die Einschätzung teilten, daß sich die Herrschenden in diesem Land nicht mehr lange gegen die PCP behaupten werden können. Im Gegensatz z.B. zu Vietnam in den 70er Jahren aber fällt der *"undogmatischen und antiautoritären"* (240/5) Linken in Berlin zu diesem Befreiungskampf und denen, die sich damit auseinandersetzen und solidarisieren, nichts ein außer Denunziationen (*"Gonzalo-Truppe"*, *"Pappschild-Präsident..."* 240/8). Damit stellen sich diese Leute objektiv hinter die Seite der Reaktion.

In einer *"1. Mai-Nachlese"* (239/10) unternimmt ein *"Autonomer ausm Norden Berlins"* den Versuch, einen *"kurzen Exkurs über Maoismus"* hinzukriegen. Dazu fällt ihm hauptsächlich ein, daß die *"maoistische Logik sehr binsenweisheitsmäßig ("Freund-Feind"-Schema)"* ist: *"Die Welt besteht aus der Bourgeoisie, der revolutionären Intelligenz (maoistische Kader) und dem Proletariat (einschließlich der BauerInnen)"*. Für Mao bestimmt *"das Sein das Bewußtsein"*, der Feind sei militärisch zu bekämpfen. Feinde seien alle, die nicht in *"der maoistischen Roten Armee organisiert* [sind] *bzw. sich derer* [nicht] *unterordnen"* usw. Zum Schluß seiner Abhandlung bemerkt der Schreiber noch, daß ihm *"bei der Auseinandersetzung mit Maoismus* [...] *aufgefallen* [ist], *daß* [er] *vieles davon auch bei Lenin, Stalin und Trotzki wiedergefunden"* hat. Was ihm dabei entgangen sein dürfte ist, daß es wohl umgekehrt sein muß: daß Mao und seine Genossen und Genossinnen - im Gegensatz zu den INTERIM-Autonomen - sich selbstverständlich auf frühere Erfahrungen von Kommunisten gestützt haben. Dieser Versuch einer Kurzerklärung von Maoismus ist gründlich daneben gegangen. Er zielt offensichtlich nicht darauf ab, den INTERIM-LeserInnen Mao näher zu bringen, sondern den ehemaligen Vorsitzenden der KPCh zu dämonisieren, genauso wie es in den meisten anderen Beiträgen mit der RIM, *"Stalinismus"* und Gonzalo gemacht wird.

Keine ernstzunehmende (linke) Kritik an der KPCh bzw. an Mao befaßt sich mit der angeblichen Kompromißlosigkeit der-/desselben, sondern vielmehr wird kritisiert, daß Mao viel zu lange und zu oft Bündnisse mit der chinesischen Bourgeoisie (Kuomintang) eingegangen ist, die wiederum ständig um gute Beziehungen zu den japanischen Invasoren bemüht war. Ein Vorwurf z.B. ist, daß aufgrund des Einverständnisses der KPCh, die Rote Armee unter die Führung der chinesischen Armee, d.h. unter die Führung der Kuomintang zu stellen - was bedeutete, sie als selbständige Einheit aufzulösen -, die Kommunisten derartig geschwächt wurden, daß z.B. in Schanghai nahezu alle Kommunisten einem Massaker der Kuomintang zum Opfer fielen. Keine Rede also von der unversöhnlichen Haltung gegenüber allen, die sich nicht der Partei unterordnen.

Bürgerlicher Antistalinismus

Derselbe Autor behandelt dann noch allgemein die *"K-Gruppen und die Abwesenheit vieler "Ostautonomer""* (240/11), wobei er unausgesprochen die These aufstellt, daß sich Autonome von MLern fernzuhalten hätten, weil sie ansonsten die Sympathien der *"Ostautonomen"* verlieren würden. Diese seien nämlich *"aufgrund der DDR-Vergangenheit abgeschreckt"*. Damit unterstellt der Schreiber, daß die DDR eine *"stalinistische"* Gesellschaft gewesen sei, eine Behauptung, die bis 1989 hauptsächlich von den Kalten Kriegern verbreitet wurde, einerseits, um die DDR - s.o. - zu dämonisieren, andererseits den Kommunismus zu denunzieren. Die diversen K-Gruppen haben sich aber bekanntlich mehr von den realsozialistischen Regimen abgegrenzt, als es vor dem Zusammenbruch derselben Autonome taten, und wenn der Schreiber sich auch nur - was er gleich darauf behauptet - ein wenig mit MLern auseinandergesetzt hätte, wüßte er natürlich Bescheid über deren Einschätzung der RGW-Länder nach 1956 (*"Revisionisten ..."*). Das Argument, man dürfe keine Sympathien für irgendwen haben, weil man damit andere abschreckt, zeugt von unpolitischer bzw. opportunistischer Herangehensweise, die nur daneben gehen kann. Wovon müssen wir uns noch distanzieren, damit uns wer gern hat? Aber so gehts einem halt, wenn man nicht mehr versucht, die Welt zu begreifen, um sie verändern zu können.

Zur Demo selbst bzw. zur Vorbereitung

Nach dem, was wir den INTERIMs entnehmen, war es eher so, daß die Leute, die sich bereits seit Monaten den Kopf darüber zerbrochen haben, wie mensch die 1. Mai-Demo organisiert und Plena dazu gemacht haben, aus welchen Gründen auch immer gern mit der RIM ins Gespräch gekommen wären, genauso wie mit den Autonomen. *"Es gab im Vorfeld* [der Demo] *kein abgesprochenes und organisiertes Umgehen mit der RIM. Ein Versuch dazu scheiterte an der mangelnden Beteiligung der Scene"* (239/9). *"Das erste Vorbereitungstreffen wurde von einer Gruppe organisiert, von denen einige schon seit Jahren den 1. Mai in Kreuzberg mit vorbereiten"* (240/6). *"Die Scene"* scheint sich allerdings sehr spät in die Vorbereitung eingeklinkt zu haben, und wie sie das gemacht hat, das erinnert frappant an die Vorwürfe, die dieselbe Scene immer wieder gegen die RIM vorbringt: *"Vier Wochen vor dem 1. Mai bekommen Teile der Autonomen Angst um "ihren" Tag.* [...] *Zwei Wochen vor dem 1. Mai erscheinen Teile des* [autonomen] *Plenums auf dem Treffen des ersten Plenums mit der Forderung nach den ersten beiden Blöcken samt Lautis und dem Leittranspi."* (240/6) Die *"Teile des revolutionären 1. Mai-Plenums"*

bezeichnen diese Vorgangsweise dann auch ganz klar als *"Putsch"*: *"Spätestens seit dem "Putschversuch" zwei Wochen vor der Demo hatten die Vorbereitungen nichts mehr mit dem Versuch zu tun, gemeinsam revolutionäre Politik in dieser Stadt zu machen. Die gesamte Demo wurde zum Machtspiel"* (240/6) - und genau so beschreiben denn auch alle Kritiker und Kritikerinnen speziell der RIM und im allgemeinen der *"Stalinisten"* den Demoablauf.

Leider kommen aber auch diese *"Teile des revolutionären 1. Mai-Plenums"* nicht über opportunistische Überlegungen hinaus. Ihre Begründung, warum mensch nicht einfach alle Kommunisten und Kommunistinnen unter den Tisch fallen lassen (hier: den Bullen präsentieren) dürfe, beschränkt sich mehr oder weniger auf darauf, sich damit *"national"* zu isolieren. *"Bei der ganzen Diskussion wird nie in Betracht gezogen, daß es vor allem ausländische Parteien und Organisationen sind, die sich Stalin auf ihre Fahnen schreiben bzw. malen. Alle "Stalinisten" auszugrenzen hieße, einen Großteil der hier lebenden ausländischen Linken auszuschließen."* (Das klingt nach Angst vor dem *"Rassismus"*-Vorwurf.) Dann versuchen sie noch kurz zu erläutern, warum gerade deutsche Linke den *"Stalinismus"* ablehnen: *"Auslieferung deutscher Revolutionäre an das Nazi-Regime, die K-Gruppen in den Siebzigern, Stalinismus in der Ex-DDR"*. Aber: *"Es geht hier an dieser Stelle nicht darum, Stalin zu verteidigen oder zu kritisieren. Es geht darum zu klären, wie trotz allem eine Zusammenarbeit möglich ist."* (240/7)

Also es gibt anscheinend einen ganz großen Unterschied zwischen deutschen (autonomen) RevolutionärInnen und allen anderen, wobei wohl die Deutschen mal wieder alles viel besser kapiert haben als der Rest der Welt. Wie es zu einem besseren Verständnis zwischen *"Stalinisten"* und *"antiautoritären"* Autonomen kommen soll, wenn nicht aufgrund von Diskussion, Kritik und Selbstkritik (u.a. auch bei Mao ein wichtiger Punkt), bleiben uns die Schreiber schuldig, und damit ist klar, daß es sich um rein taktisches, opportunistisches Verhalten handelt.

Treffpunkt O-Platz

"Erinnern wir uns" (240/8), nicht gleich an die böse RIM, sondern vorerst an die Kritik des ersten Vorbereitungsplenums gegen die *"Putschisten"* vom autonomen Plenum. Alle KritikerInnen und VerleumderInnen der RIM finden es selbstverständlich selbstverständlich, daß die Autonomen gehen, wann und wo sie wollen, auch wenn andere die Demo anders geplant haben. Es ist ja *"ihr Tag"*.

So eine undogmatische Herangehensweise darf aber für die RIM nicht gelten. Der wird zwar bescheinigt, daß sie die ersten beiden Lautsprecherwagen (in Berliner autonom *"Lautis"*) passieren ließ: *"Zur Überraschung aller drängte sich die RIM nicht gleich an der internationalistischen Demospitze rein, sondern ließ die Demo erstmal in geplanter Abfolge an sich vorbeiziehen"*, aber dann ... oder bereits vorher?

Als besonders bösartig gilt für manche Autonome, daß die RIMler ihren Lautsprecherwagen geschützt haben, nämlich einerseits technisch (Gitter vor den Fenstern) und andererseits dadurch, daß sie sich - auch als die Bullen sie abkassieren wollten - nicht davon entfernt haben (Verhaltensweisen, die m.E. nach mal auch *"gute autonome"* waren). Offensichtlich wollen einige Autonome die RIM in die Nähe der Staatsgewalt rücken. *"Was mich abseits davon noch beschäftigt, ist das Verhältnis der Bullen zur RIM. Im Interim-Text S.7 war zu lesen, daß der RIM-Lauti die Vorkontrollen, ohne gefilzt zu werden, passieren konnte."* (240/9) Wie günstig, wenn mensch sein Zentralorgan hat und sonst nichts. Aber selbst in diesem schreiben *"einige, die es wissen wollen"*, wie *"wir und andere mit eigenen Augen gesehen haben, wurde der Rim-Wagen Adalbert-Ecke-O-Str., von den dort aufgezogenen BGS-lern angehalten und samt Besatzung total auseinandergenommen. In dem Wagen waren zwei Personen - 1 Türke und 1 Deutscher - sie wurden beide an die Wand gestellt und abgetatscht; währenddessen wurde der Wagen total gefilzt."* (240/16)

Zur Auseinandersetzung selbst gehen die Darstellungen ebenfalls weit auseinander. Die meisten Schreiber und Schreiberinnen echauffieren sich über die *"mit Knüppeln bewaffnet[en]"* (239/10), *"hochgerüstet[en]"*, *"mit Lauti in Kampfwagenmontur"* (240/3) RIMler, die massenhaft den *"autonomen Kinderblock"* vermöbelten. Aus dem Schlußsatz des autonomen Redebeitrages bei Demobeginn *"Die RIM muß politisch (!) isoliert werden! Keine Macht für Niemand!"* wird Praxis: Gleich darauf sind die RIMler auch schon (physisch) isoliert, die Bullen ziehen auf und *"erledigen dies* [die RIM rauszuschmeissen] *auf ihre Weise"*. Die Autonomen helfen auf ihre Weise mit: *"Im Verlauf dieser Szene stellte sich ein fahnenschwingender RIMler auf deren Lauti. Dieser Typ wurde mit Flaschen beworfen* [doch wohl nicht von den Bullen]*"* (239/9), der autonome Lautsprecherwagen *"rief wiederholt dazu auf, das zu unterlassen, da es auch die falschen treffe"*, z.B. Autonome, z.B. Bullen? *"Ein RIMler klettert auf ihren Wagen und schwenkt seine Mao-Fahne, ein Bulle klettert hinterher und prügelt ihn runter, viele der Umstehenden johlen und klatschen."* Dazu brüllt der autonome Mob: *"Haut ab! Haut ab!"* - an die Adresse der RIMler, nicht der Bullen. *"Die Bullen kesselten [...] die RIM ein und schlugen sie zusammen."* (239/7) Womit der autonome *"Haudraufundschluß"* seine These bestätigt sehen dürfte, daß *"von den abgeführten RIMlern keine/r mit allzugroßen Anklagen zu rechnen hat."* (240/9)

Perspektiven

Abgesehen von der nicht weit hergeholten Überlegung, daß vor allem die ausländischen Genossen und Genossinnen unter den *"RIM"*lern gefährdet sind, abgeschoben zu werden - worüber die autonomen RevolutionärInnen sich in der INTERIM überhaupt keine Gedanken machen, oder wäre das auch noch in ihrem Sinn? -, schlagen *"Häberle & Pflasterer"* u.a. für den 1. Mai 1994 vor, einen *"Minimalkonsens"* zu entwickeln: *"wir sind undogmatisch und antiautoritär (d.h. antistalinistisch) und die Theorien der "triple oppression" im weitesten Sinne sind Konsens (d.h. der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit kann nicht der Hauptwiderspruch der Welt sein)."* Womit sie die Katze aus dem Sack lassen: die Autonomen entscheiden dogmatisch, wer wie undogmatisch zu sein hat. Und weiter die *"Putschisten"*: *"Wer damit nicht einverstanden ist, soll doch seine eigene Demo am Herrmannplatz oder sonstwo machen"* - kapiert? Das alte *"Geht doch rüber!"*. Abgesegnet sehen sie das durch die *"Abstimmung mit den Füssen innerhalb der Demo [...],* [die] *doch eindeutig mit 300 zu 10.000 zugunsten des autonomen Blocks ausgegangen"* (240/5) sei. Womit sich die Antiautoritären auch noch eine *"demokratische"* Legitimation verpassen.

Und damit auch klar gemacht haben, daß es sich auch *"Linke"*, nämlich die Berliner Autonomen, nicht nehmen lassen, die Welt an ihrem deutschen Wesen genesen zu lassen.



Teile der Info-Verteiler-MacherInnen

Zum Artikel "Autonomer Abschied ..." gibt es Kritik innerhalb der Info-Verteiler-MacherInnen, und zwar zu:

"Keine ernstzunehmende (linke) Kritik an der KPCh bzw. an Mao befaßt sich mit der angeblichen Kompromißlosigkeit der-/desselben, sondern vielmehr wird kritisiert, daß Mao viel zu lange und zu oft Bündnisse mit der chinesischen Bourgeoisie (Kuomintang) eingegangen ist, die wiederum ständig um gute Beziehungen zu den japanischen Invasoren bemüht war. Ein Vorwurf z.B. ist, daß aufgrund des Einverständnisses der KPCh, die Rote Armee unter die Führung der chinesischen Armee, d.h. unter die Führung der Kuomintang zu stellen - was bedeutete, sie als selbständige Einheit aufzulösen -, die Kommunisten derartig geschwächt wurden, daß z.B. in Schanghai nahezu alle Kommunisten einem Massaker der Kuomintang zum Opfer fielen. Keine Rede also von der unversöhnlichen Haltung gegenüber allen, die sich nicht der Partei unterordnen."

Es gab zweimal Einheitsfronten zwischen der KPCh und der Kuomintang:

Einheitsfront von 1923 - 1927

1923 ist Mao Parteisekretär in Hunan. Die nationale Einheitsfront wird von der KPdSU (unter Lenin) gefördert, die KPdSU unterstützt sowohl den Aufbau der KPCh als auch den der Kuomintang. Aufgrund dieses Abkommens können Kommunisten Mitglieder in der Kuomintang werden und leitende Funktionen übernehmen. 1924 übernimmt die Kuomintang die drei Grundprinzipien von Sun Yat-Sen: Einheit des Volkes - Nationalismus; Rechte des Volkes - Demokratie; Wolfahrt des Volkes - Sozialismus. Sun Yat-Sen stirbt 1926. **1927 putscht Chiang Kai-shek gegen die Einheitsfrontregierung. Die KPCh ist darauf unvorbereitet und vier Fünftel ihrer Kader werden liquidiert**, die sowjetischen Berater kehren in die SU zurück. (s.a. Roter Stern über China, S. 355 ff.).

Zwischen 1927 bis 1937 herrscht Bürgerkrieg zwischen der KPCh und der Kuomintang. In dieser Zeit arbeitet Mao in der Provinz Juichin, einem von der KPCh befreiten Gebiet, in dem diese eine Sowjetregierung proklamiert. Das Politbüro in Shanghai wird von Li-Li-san beherrscht, der sich mit Mao in einem tiefen idologischem Wiederspruch über die Strategie (Stadt - Land, Industrieproletariat - Bauern) befindet. Die KPdSU unterstützt Li Li-san. 1930 beendet die KPdSU ihre Unterstützung für Li-Li-san. 1931 wird Wang Ming zum Vorsitzenden und Sekrätär gewählt, Mao wird Vorsitzender der allchinesischen Räteregierung. Noch im selben Jahr geht Wang Ming nach Moskau, Po Ku tritt an seine Stelle. **1932 leitet Chiang Kai-shek eine Vernichtungskampagne - mit Unterstützung der in Shanghai stationierten internationalen Polizei - gegen die KPCh ein. Einige Politbüromitglieder, u.a. Po Ku, schließen sich der Räteregierung Maos an.** 1934 wird Mao als Vorsitzender der Räteregierung bestätigt, das Politbüro geht an seine Gegner (u.a. Chang Kuo-t'ao, Mitbegründer der KPCh) über. Die Rote Armee ändert ihre Taktik und muß schwere Verluste hinnehmen. 1935: Differenzen auf einer erweiterten Politbürositzung; die Streitkräfte der Roten Armee trennen sich. 1935 besetzt Japan die Innere Mongolei. **Chiang Kai-shek** bereitet einen 'Vernichtungsfeldzug' gegen die Rote Armee vor, wird jedoch von seinem Stellvertreter Chang Hsueh-liang festgenommen, um ihn zu einer Einheitsfront zu zwingen. Er willigt in Verhandlungen mit der Räteregierung ein. Langer Marsch.

Einheitsfront von 1937 - 1945 gegen die japanische Invasion

Ab Juli 1937 beginnt eine massive japanische Invasion in China. Die KPCh und die Kuomintang unterzeichnen eine Vereinbarung über den Kampf gegen Japan. Die Räteregierung wird formell aufgelöst, aber als autonome Regionalregierung anerkannt. **Die Rote Armee wird in 8. Route-Armee umbenannt und 'nominell' (lt. Quelle) Chiang Kai-shek unterstellt, ebenso die 1939 aus Guerillaeinheiten neu gebildete Neue 4. Armee, beide bleiben aber als Einheiten erhalten.** 1938 wird Chang Kuo-t'ao aus der KPCh ausgeschlossen und geht in den von der Kuomintang beherrschten Teil Chinas. Mao wird Führer der Partei. Chiang Kai-shek zieht sich in den Westen Chinas zurück. 1939 blockieren Kuomintang-Truppen Yenan (ein Stützpunktgebiet der KPCh). 1940: Angriff Chiangs auf die Neue 4. Armee. Ende der praktischen Zusammenarbeit von KPCh und Kuomintang. Die von den Guerillas der KPCh kontrollierten Gebiete werden ständig ausgeweitet. 1945 greift die SU in den Krieg gegen Japan ein und schließt ein Bündnis mit der Kuomintang. Die SU besetzt die Mandschurei. Mao verfasst einen Bericht "Über die Koalitionsregierung", worin ein Sturz der Kuomintang-Diktatur gefordert wird. Verhandlungen zwischen Mao und **Chiang Kai-shek** unter amerikanischem Schutz in Chungking, dem Sitz der Kuomintang-Regierung.

1946-1949 zweiter Bürgerkrieg

In dieser Phase wird die Kuomintang, die von den USA unterstützt wird, bis auf Taiwan aus ganz China verjagt. Am 1.10.1949 wird die Volksrepublik China proklamiert.

Zu den in dem Artikel aufgestellten Behauptungen:

Welche Massaker in Shanghai sind gemeint?

1927, 1932 oder ein in den Quellen nicht erwähntes? Weder 1927 noch 1932 hatte Mao wesentlichen Einfluß in Shanghai. Shanghai war Hochburg der 'Moskauer' Linie in der KPCh. In den von Mao kontrollierten Gebieten gabs keine praktische Zusammenarbeit mit der Kuomintang, sehr wohl aber in Shanghai, vor allem auf den Rat der Komintern. Inwieweit Mao mit dieser Politik einverstanden war, geht weder aus den Quellen noch von Mao selbst hervor.

Die Rote Armee unter der Führung der Kuomintang

Die Kuomintang hatte 'ihre' Armeen, über die sie Befehlsgewalt hatte, nie im Griff, auch nicht jene, deren Kommandeure von der Kuomintang waren (ausgenommen die Armee Chiang Kai-sheks). Die Kuomintang-Zentralregierung war immer auf den guten Willen der jeweiligen Kommandeure angewiesen, es gab nicht wenige rechte lokale Mititärherrscher (=Armeekommandeure), die die Zentralregierung nur dann anerkannten, wenn es ihnen in den Kram paßte. Es gab durchaus auch Kriege zwischen Kuomintang-Armeen (z.B. 19. Route-Armee). Umsoweniger ließen die beiden Roten Armeen (8. Route- und Neue 4. Armee) allzugroßen Einfluß der Kuomintang zu. Überall dort, wo diese Armeen die Kontrolle erhielten, wurden die politischen Programme durchgeführt - Enteignungen, Landverteilung etc. Es wurde lediglich auf die Proklamation von neuen lokalen Räteregierungen verzichtet, die Strukturen dafür aber aufgebaut. Chiang Kai-sheks Armee war meist weit ab von den Orten der Auseinandersetzung mit den Japanern, die Hauptarbeit leistete die Rote Armee, die immer an vorderster Front stand, teilweise im Bündnis mit lokalen Armeeführern. Während der Zeit der Einheitsfront gegen Japan verlor die Kuomintang immer mehr Einflußgebiete, weshalb ihre Hauptaktivität hauptsächlich darin bestand, den Verbündeten in den Rücken zu fallen. Diese Kämpfe waren jedoch immer militärische Auseinandersetzungen zwischen feindlichen Armeen, die sich als geschlossene Einheiten gegenüberstanden - was unmöglich gewesen wäre, wenn, wie behauptet, die Rote Armee "als selbstständige Einheit aufgelöst" gewesen wäre.

Sollte es jedoch genaue Quellen für diese Behauptungen (außer mündlicher Überlieferung) geben, so wäre es äußerst wichtig, diese vorzulegen!

Zu "Keine Rede von unversöhnlicher Haltung gegenüber allen, die sich nicht der Partei unterordnen"

Diese Feststellung ist richtig und falsch. Unversöhnlich war die Haltung gegenüber bürgerlichen Anschauungen. Sobald die maoistischen Kräfte auf dem jeweiligen

Gebiet die Macht übernehmen konnten, wurden die Feinde keineswegs ungeschoren gelassen. Der Prozeß der Machtergreifung ist jedoch ein langwieriger, verbunden mit Erfolgen und Rückschlägen. Dies gilt auch für die Zeit nach der Proklamierung der Volksrepublik. China ist ein Staat sowohl mit riesiger territorialer Ausdehung als auch komplexer Klassenschichtung. 1945 hatte die KPCh 1,2 Mio Mitglieder und 900.000 Kämpfer der Roten Armee bei einer Bevölkerungszahl von ca. 600 - 800 Millionen, wobei die Partei unter permanenten Kriegsbedingungen aufgebaut wurde. China war ökonomisch am Boden, Millionen verhungerten. Zunächst mußten also die Grundbedürfnisse der Menschen befriedigt werden, was hieß, dem ökonomischem Aufbau mußte alle Kraft gewidmet werden. Ähnlich wie in der SU (NEP) hieß das aber auch, großen Teilen der kleinen und mittleren Bourgeoisie weiterhin die Kontrolle (aber nicht die Profite!) über die Produktion zu überlassen, da das Proletariat aufgrund von mangelnder Ausbildung (wie es in feudalen, kolonialisierten Ländern die Regel ist: Analphabetismus, keine Fachkenntnisse, ...) noch nicht in der Lage war, die Kontrolle selbst zu übernehmen. Sobald es jedoch auch nur irgendwie möglich schien, der Bourgeoisie die Kontrolle zu entreißen, wurde dies auch durchgeführt - einige Male führten solche Umstrukturierungen auch zu schweren ökonomischen Krisen, da die proletarische Macht noch nicht genügend Kenntnisse hatte, um die Prokuktion aufrechterhalten zu können. Zu beachten ist auch, daß die Bourgeoisie ja ihre Macht - auch unter der Diktatur des Proletariats - durchaus einsetzt, und zwar umso verstärkter, da sie ja ihr Ende nahen sieht. Die Maoisten sahen aber keineswegs untätig zu. Mehrmals wurden große - und durchaus erfolgreiche - Kampagnen gegen rechte und bürgerliche Tendenzen sowohl in der Gesellschaft als auch in der Partei durchgeführt.

Was den Maoismus allerdings auszeichnet, ist der Umgang mit den Widersprüchen im Volk. So wird nicht mit den Methoden der gewaltsamen Durchsetzung in Form von Säuberungen vorgegangen, sondern die Massen werden zu Kritik und Diskussion aufgefordert. Die Partei ist nicht der allwissende Braintrust, der die Wahrheit von oben nach unten durchsetzt, sondern es soll ein dialektischer Prozeß des gegenseitigen Lernens zwischen Kadern und Massen stattfinden. Hochmut und Arroganz von Kadern gegenüber den Massen gelten als schwere Verstöße gegen die revolutionäre Entwicklung, Absonderung der Kader in elitäre Zirkel wird bekämpft.

Daß die chinesische Revolution letztendlich gescheitert ist, liegt nicht an der maoistischen Ideologie, sondern an dem Widerstand dagegen in der Partei. Der Maoismus war in der KPCh nie eindeutig als Linie durchgesetzt, mehrmals gelang es den Revisionisten, die Partei lahmzulegen, radikalen Programmen durch die Methode von stillem Boykott bzw. mehr oder weniger offenem Dagegenarbeiten die Spitze zu brechen. Während der Kulturrevolution kam es sogar einige Male zu militärischem Eingreifen **gegen** die maoistischen Roten Garden von Seiten der Armee. Eine Kritik an Mao müßte hier ansetzen, inwieweit seine These, daß der Klassenkampf in der Phase des Sozialismus allein mit friedlichen Mitteln, allein durch ideologische Diskussion und unbewaffnete Aktionen geführt werden kann, richtig ist. Es gibt Dokumente von Roten Garden, die die Bewaffnung der Roten Garden fordern, da Teile der Armee Mao's Befehl "Die Armee hat die Linken zu unterstützen" nicht befolgten, sondern sich auf die Seite der Parteirechten stellten. Offensichtlich hatte sich Mao hier zu sehr auf die Loyalität einiger seiner Kampfgefährten verlassen, zuwenig die Eigendynamik des militärischen Komplexes auch in einer sozialistischen Phase der Entwicklung analysiert.

Auf gar keinen Fall kann jedoch der im Artikel unterschwellig mitschwingenden Vorwurf von zu großer Nachgiebigkeit gegenüber der Bourgeoisie aufrechterhalten werden. Die Erfahrungen der chinesischen Revolution und hier insbesondere die maoistischen Grundlagen sowohl über den ideologischen als auch ökonomischen Kampf gegen die Bourgeoisie (d.h. der kleinen und mittleren, wohlgemerkt), gegen ihren Einfluß in der Partei und gegen ihre konterrevolutionären Interessen sind von äußerster Bedeutung gerade für die Entwicklung der Revolution in den industrialisierten Ländern, mit ihrer Klassencharakteristik einer breiten Klein- und Mittelbourgeoisie und des tief verwurzelten bürgerlichen Bewußtseins auch im Proletariat.



Bild: Tschiang Tsching und Mao in einer Höhlenwohnung vertieft in Unterlagen. Aufgenommen im Frühjahr 1949 auf einer der letzten Stationen des Langen Marsches.

Info-Verteiler, 27.6.1993

Liebe Leute vom Ruhrgebietsinfo bzw. von Interim!

Wir finden es ja sehr nett, daß ihr aus dem Info-Verteiler Nr.34 den Artikel zu Somalia abgedruckt habt. Allerdings haben wir daran zwei Kritiken:

1) Wie ihr bemerkt habt, machen wir uns sehr viel Mühe, sämtliche Quellen, aus denen wir zitieren, anzugeben. Das finden wir auch wichtig, damit Beiträge einerseits belegt sind und andererseits Interessierte die Möglichkeit haben, in den Originaldokumenten nachzulesen bzw. Zeitschriften und Publikationen, in denen des öfteren interessante Beiträge erscheinen zu abonnieren. Daß ihr keine Quellenangabe gegeben habt, finden wir nicht gut, und zwar deswegen, weil natürlich auch wir daran interessiert sind, unsere Zeitung einem größeren LeserInnenkreis bekannt zu machen. (Abo für den Info-Verteiler: mindestens öS 200,– in einem Kuvert an Infoladen Wien, A-1050 Margaretengürtel 122-124/1/Keller, Name und Adresse fürs Abo nicht vergessen.)

2) Ihr habt zwar den Artikel im großen und ganzen so übernommen, wie wir ihn geschrieben haben (daß ihr bessere Fotos aufgetrieben habt, ist ja wunderbar), aber dafür habt ihr wesentliche Teile des Artikels rausgestrichen, womit ihr, weil es sich offensichtlich um eine inhaltliche Kürzung gehandelt hat, den Artikel in seiner Tendenz verändert, weshalb wir das fast als Zensur begreifen. Dabei handelt es sich um die Teile, die nicht direkt Somalia betreffen, sondern die strategischen Interessen, die hinter der Invasion stehen, also die Interessen in der Region, wozu wir konkret einige Länder angeführt haben. Der zweite Teil, der eurer Schere zum Opfer gefallen ist, betrifft die weitergehende Erklärung über die Eigentumsverhältnisse bei den Ölmultis. Wo der Imperialismus: Esso, Mobil ... in seiner Entwicklung und Kontinuität greifbar wird.

Ohne euch jetzt unterstellen zu wollen, daß ihr Länder wie Sudan oder Iran deswegen rausstreicht, weil "igitt, Fundamentalisten" (dürfen ruhig bombardiert werden?) ...

Auch ohne euch unterstellen zu wollen, daß ihr welche von denen seid, die sich weigern, die "Klassiker" der marxistischen (sprich: historisch-dialektisch-materialistischen) Analyse zu zitieren (hier: Lenin), finden wir es ja trotzdem interessant und wichtig zu wissen, was die Geschichte der Standard Oil als einem der seit Jahrzehnten weltgrößten multinationalen Konzerne ist. Und die der Eigentümer an solchen Multis und damit der Besitzverhältnisse.

Liebe InfoverteilerInnen

18. Mai 1993

Wir haben uns sehr darüber gefreut, daß ihr im Infoverteiler April 1993 den Artikel und die Interviews anläßlich der Oktoberfeier 1992 in Moskau aus Yeni Dünya Için übersetzt und abgedruckt habt. Ihr schreibt in Eurem kurzen Vorspann zur Übersetzung, daß ihr mit einigen Sachen des Artikels nicht klar kommt, bzw. nicht damit einverstanden seid. Leider schreibt ihr nicht, welche Punkte dies waren, und insbesondere womit ihr nicht einverstanden seid. Wir würden uns sehr darüber freuen, wenn ihr uns eure Kritiken mitteilen könntet. Wir würden sehr gerne mit euch darüber in eine Diskussion kommen. Also, laßt was von Euch hören.

Mit freundlichen Grüßen

für "Yeni Dünya Için", M. Demir, Solingerstraße 1, 4100 Duisburg 11

Liebe Freundinnen und Freunde von Yeni Dünya Için

zuerst wollen wir euch sagen, daß wir uns über euren Brief gefreut haben. Für uns war es das erste Mal, daß wir aus eurer Zeitung einen Beitrag übersetzt haben und wir wollen gerne weiter mit euch in Kontakt bleiben. Unlängst haben wir eure Nr. 1 der deutschen Ausgabe bekommen. Einerseits haben wir uns gefreut, daß es diese Zeitschrift nun auch auf deutsch gibt, andererseits war es uns inhaltlich, da wir auch die türkischen Ausgaben kennen, zu wenig.

Zur Übersetzung

Am Anfang möchten wir feststellen, daß uns leider der Fehler, statt - wie auch richtig in Yeni Dünya Için stand - z.B. "... Bolschewiken aus der Türkei/Nordkurdistan ..." "... die türkisch/nordkurdischen Bolschewiken ..." zu schreiben, zu spät aufgefallen ist.

Uns würde auch interessieren, ob ihr bei der Übersetzung Fehler seht oder Probleme damit habt.

Wir denken auch, daß es ein Fehler von uns war, nicht zu präzisieren, was wir an der Übersetzung nicht verstanden haben bzw. was uns nicht gepaßt hat. Wir holen das hiermit nach:

★ Frauenfrage: Zuerst möchten wir festhalten, daß es uns logisch vorkommt, daß die Herrschaftsstruktur in der SU trotz der früheren Errungenschaften in Frauenfrage = Gleichberechtigung spätestens seit den 60er Jahren (bürokatischer Monopolkapitalismus, der eine nationalistische und rassistische Politik betrieben hat) zweifellos Auswirkungen auf die Köpfe der Menschen gehabt hat, nämlich in Frauenangelegenheit ein neuerliches Gedeihen und Erstarken einer männerchauvinistischen Linie.

In der Gesellschaft, wo es bereits in den Köpfen Männerchauvinismus gibt, müssen sich die klassenbewußten Leute in ihrem Klassenkampf die Bekämpfung des Männerchauvinismus als eine ihrer Hauptaufgaben vornehmen.

Aber wir sehen am Beispiel der Antworten des Verantwortlichen für internationale Beziehungen, der diese Frage nicht einmal als Problem in seiner Partei sieht. Z.B. haben sie keine eigene kommunistische Frauenorganisation, sie sagen auch nicht, daß es erste Aufgabe einer Partei in dieser Frage, um die patriarchale Herrschaftsform als Partei überhaupt bekämpfen zu können, ist, den Männerchauvinismus in den eigenen Reihen ideologisch zu bekämpfen. Das sieht man auch an den Antworten des Sekretärs des Moskauer Komitees: Wir finden seine Aussage "... Wir machen in der Frauenangelegenheit keine spezielle Arbeit. ... 25% der Mitglieder des Moskauer Komitees, in dem ich arbeite, sind Frauen. Wenn sie es wollen, können noch mehr Frauen beitreten." zynisch.

Beim Interview mit den Mitgliedern der "Zentrale der linken Information" denken wir, daß die Antwort an die Aussagen zweier männlicher Mitglieder in dieser Frage bereits die Frau mit ihrer Darstellung am Ende des Interviews gibt.

★ Revisionismus: Die Antwort des Verantwortlichen für internationale Beziehung auf die Frage "In welchen Gebieten ist eure Partei am stärksten": "... Da wir besonders den Kampf gegen Revisionismus führen, sind wir fortgeschrittener als die anderen Organisationen" ist uns zu kurz, um einschätzen zu können, wer warum wie fortgeschrittener ist.

Obwohl er feststellt, daß die Frage Sozialimperialismus eine ernsthafte Problematik ist, meint er, daß die SU bis Anfang der 80er Jahre eine fortschrittliche Rolle gespielt hat (sie hat Kuba und Vietnam geholfen). Vorher hat er aber bereits festgestellt, daß die SU unter Führung Chruschtschows und Breschnews eine revisionistische und antistalinistische Linie hatte. Wie kann eine Partei, die eine revisionistische Linie, die in Richtung Kapitalismus geht, verfolgt, gleichzeitig in Angelegenheit Kuba und Vietnam eine fortschrittliche Rolle spielen?

Der Sekretär des Moskauer Komitees widerspricht sich in einer Antwort selbst, wenn er zuerst die SU "bis zum August-Umsturz" (1991) als sozialistisch bezeichnet, und anschließend feststellt, daß die Restauration durch die revisionistische Führung ab dem 20. Parteitag begann.

★ Klassiker: Auf die Frage "Was denkt ihr in Angelegenheit zur Schaffung der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung?" antwortet der Verantwortliche für internationale Beziehungen "... Die internationale kommunistische Bewegung sollte von Chruschtschow- und Breschnew-Revisionismus und von Antistalinismus gereinigt werden. Als Klassiker des Marxismus-Leninismus müßten Marx, Engels, Lenin und Stalin akzeptiert werden. Um die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung zu schaffen, ...".

Auch wir sind der Meinung, daß es notwendig ist, eine internationalistische kommunistische Bewegung zu schaffen, aber es reicht uns nicht zu sagen, Marx, Engels, Lenin und Stalin müssen als Klassiker akzeptiert werden. Das kommt uns zwangsmäßig vor. Wir stellen uns vor, daß man sich auseinandersetzt über die Kriterien, die eine Partei aufstellt, und sich dadurch näher kommt. Dabei muß es unserer Meinung nach auch möglich sein, z.B. Stalin zu kritisieren.

Es gibt auf der Welt viele revolutionäre Gruppen mit unterschiedlichen ideologischen Tendenzen und Linien. Für den Aufbau einer internationalen kommunistischen Bewegung sollte man unserer Meinung nach zuerst an diese Gruppen herantreten und versuchen, durch ideologischen Kampf (Diskussionsprozeß) zu einer gemeinsamen Linie zu kommen, die die Möglichkeit gibt, zu einer ikB zu kommen; was nicht heißt, daß man erst praktisch zusammenarbeiten kann, wenn man ideologisch hundertprozentig auf gleicher Linie ist.

Uns ist schon klar, daß diese Frage eine umfangreichere Antwort bräuchte, die den Rahmen dieses Interviews gesprengt hätte, aber trotzdem hätte er in wenigen Worten erklären können, was ihre Grundprinzipien für die Schaffung einer ikB sind und daß die AEKP/B sich darüber mit anderen Gruppen auseinandersetzen möchte, anstatt eine Vorgabe zu liefern, an die sich alle anderen anhängen müssen.

Außerdem finden wir falsch, daß der Sekretär die von den Imperialisten abhängigen Länder als "rückständig" bezeichnet und weiters meint, "... der Kampf zwischen den Imperialisten heute findet statt zwischen europäischen Imperialisten und dem US-Imperialismus". Wir vermissen dabei den japanischen Imperialismus.

★ Rassismus: Auf die Frage "Was denkt ihr über die aktuelle Lage in Rußland?" antwortet der Sekretär "... Die Kompradoren-Bourgeoisie verliert ständig an Macht. Stattdessen kommt nationale, rassistische, russische Bourgeoisie." Heißt das, daß die Kompradoren-Bourgeoisie nicht nationalistisch und rassistisch war/ist? Was wir auch nicht verstanden haben ist, daß die AEKP/B Gorbatschow und seine Anhänger aus der Partei rausgeschmissen haben. Dazu hätten wir gerne ausführlichere Informationen.

(Nachtrag: Wir wollen noch anmerken, daß in der betreffenden Ausgabe von Yeni Dünay Icin sehr wohl was von den HerausgeberInnen zu den beiden Interviews gestanden ist, das wir aber nicht übersetzt haben. Tschuldigung.)

Interim Nr. 244, 10.6.1993, Aus Schreiben Bundesverband Neues Forum an Helmut Kohl, 31.5.1993, info heidelberg 11/93 10.6.1993

Besetzung von Kriegsschiffen in Peenemünde

In der Nacht vom 28. auf den 29. Mai 1993 wurden die Kriegsschiffe im Peenemündener Hafen besetzt. Es handelt sich hier um 39 Kriegsschiffe der ehemaligen NVA-Marine. Die Schiffe sollen an Indonesien verschachert werden. Dies ist beim letzten Besuch von Bundeskanzler Kohl in Indonesien vertraglich vereinbart worden. Wenn es nach dem Willen der Bundesregierung gegangen wäre, hätten sie es stillschweigend, wie so oft bei ihren Schweinereien, erledigt. Alle Versuche, von der Bundesregierung eine Stellungnahme zu erhalten, waren für die BesetzerInnen unbeantwortet geblieben. Sie schreiben dazu: "Die Schiffe im Peenemündener Hafen sind nur ein Teil des Bestandes. Weitere Schiffe liegen im Nordhafen. Diese Schiffe werden in den Werften von Wolgast und Rostock einer technischen Instandsetzung unterzogen. Die Behauptung, daß das Kriegsgerät abgebaut werden soll, kann nicht bestätigt werden. Nach privaten Informationen laufen die Schiffe aus, um sie in einem anderen Hafen mit Kriegsgerät auszustatten. Der größte Teil der Schiffe sind U-Bootjäger, Raketenschnellboote, Landungsschiffe und Minensuchboote. Letztere sind in ihrer Funktion natürlich auch in der Lage, Minen zu legen. ..."

Das Geschäft mit den NVA-Schiffen ist nicht das einzige von deutscher Regierung und Firmen mit dem Regime Suharto: Heckler & Koch liefert seit Jahren G3-Schnellfeuergewehre nach Indonesien, die Lürssen-Werft baute Patrouillenboote und MBB läßt in Lizenz BO 105-Hubschrauber in Indonesien fertigen.

Die Aktion wurde von verschiedenen Gruppen durchgeführt, und dementsprechend fallen auch deren Beschreibungen aus:

Pringsten in Peenemünde

2.6.1993

Peenemünde auf Usedom ist immer eine Reise wert. Abgesehen von der schönen Landschaft, weiten Stränden und einem ruhigen Meer sowie trampelnden Faschos hält es für linksradikale Reisende noch andere Attraktionen bereit: als da wären das Propaganda-Museum der deutschen Raumfahrt-/Rüstungsindustrie, in dem der Abschuß der V2 am 3.10.1943 als Geburtsstunde der Raumfahrt glorifiziert wird; und 39 Kriegsschiffe der NVA, die die Bundesregierung nach Indonesien verscherbeln will.

Und so machten sich denn ein buntes Häuflein (-nix bis Autonome) aus überwiegend Ost auf, um gegen diesen Rüstungsexport zu protestieren. Waffenexport ist nichts Außergewöhnliches, wie es die Peacenix-OrganisatorInnen der Öffentlichkeit darstellten, sondern ist vielmehr Alltag in der imperialistischen BRD-Außenpolitik (genannt seien U-Boot-Affäre, Waffen in die Türkei sowie militärische und logistische Unterstützung von Marionetten-Regimen in der sogenannten Neuen Weltordnung).

Zur Aktion:

Von den OrganisatorInnen war geplant, daß eine kleine Gruppe von Auserwählten in Greenpeace-Manier öffentlichkeitswirksam eines der Boote besetzt, während der Rest den Zufahrtsweg blockieren sollte. Es kam ein wenig anders: Etwa 70 Leute enterten 5 Boote, da ihnen niemand großartig den Weg versperrte, und einige verschwanden im Inneren und demolierten die Inneneinrichtung, Maschinen und E-Räume (eine wahre Volxsport-Olympiade). Die Presse sprach von einer halben Million DM Sachschaden.

Während die OrganisatorInnen ihre Aktion durch Sabotage gefährdet sahen und sich davon distanzierten, versuchten Autonome verständlich zu machen, daß sich die Aktionsformen nicht grundsätzlich widersprechen würden. Die Sabotageaktion dauerte ca. 20 Minuten, wobei anzumerken wäre, daß es die Trennung zwischen gewaltfrei und militant so explizit nicht gab - offensichtlich war es für die meisten ein befriedigendes Gefühl, die geforderte Verschrottung der Schiffe ansatzweise selbst in die Hand zu nehmen.

Sehr ungewohnt war, daß mensch sich relativ ungestört auf dem Gelände bewegen konnte. Die Polizei brauchte ca. eine halbe bis eine Stunde, bis sie Verstärkung bekam, und selbst dann gaben sie noch ein lächerliches Bild ab. Lediglich von zwei Bürgerbewegten wurden die Personalien aufgenommen, was aber bei etwas mehr Entschlossenheit auch hätte verhindert werden können.

Während der große Teil der an der Aktion Beteiligten den Rest des Tages zwischen Zeltplatz (auf dem Parkplatz des V2-Museums) und den Schiffen hin- und herpendelte, blieb eine kleine Gruppe noch auf einem der Schiffe mit der Forderung, eine Stellungsnahme der Bundesregierung zur Sache zu bekommen. Dieser Zustand blieb unverändert.

Zum Schluß noch einige Anmerkungen:

★ die Vokü war sehr lecker

★ was doof war ist, daß, als das Gerücht aufkam, daß sich 50 Faschos im Nachbardorf sammeln, die OrganisatorInnen viel Panik verbreiteten und daß eigentlich erfahrene Antifas sich in der Situation kein Gehör verschaffen konnten, so daß sich das Lager kurzzeitig selbst auflöste (das Gerücht blieb Gerücht).

Trotzdem scheint Peenemünde ein Ausflugsort von Faschisten zu sein, wie wir im Laufe der Tage feststellen konnten. Wie auch immer, abgesehen von der Nachricht aus Solingen, war es lohnenswerter Ausflug an die Ostsee.

Do the right thing!

P.S.: Sieben zum Schluß auf den Schiffen Festgenommene kamen am Dienstag wieder frei.

Erklärung der BesetzerInnen des Kriegsschiffes im Hafen von Peenemünde

Peenemünde 1.6.93, Gruppe "Timor und kein Trupp"

Der letzte "Abrüstungsminister" der DDR, Reiner Eppelmann (CDU), versprach 1990 die Verschrottung aller im Hafen von Peenemünde liegenden Kriegsschiffe.

Im August 1992 entschied allerdings der Bundessicherheitsrat, einem Verkauf von 39 dieser Kriegsschiffe nach Indonesien zuzustimmen. Diese Entscheidung wurde im Februar 1993 anläßlich des Indonesienbesuchs Kohls öffentlich bekannt.

In Indonesien werden die Menschenrechte systematisch verletzt. Die Opposition wird grausam unterdrückt, Autonomiebestrebungen ethnischer Minderheiten werden niedergeschlagen, Amnesty International berichtet regelmäßig von extralegalen Hinrichtungen, Folterungen und Vertreibungen. Allein in den 60er Jahren wurden in Indonesien mindestens 500.000 Menschen ermordet. Präsident Suharto sichert seit 1967 durch militärdiktatorische Mittel seine Macht.

Nach der Invasion indonesischer Truppen in Ost-Timor am 7.12.1975 sind dort über 200.000 Menschen (fast ein Drittel der Bevölkerung) ums Leben gekommen.

Diese Tatsachen erklären Indonesien eindeutig als Spannungsgebiet.

Auch wenn die Bundesregierung weiter an den guten Beziehungen zum Suharto-Regime festhält und Indonesien nie zum Spannungsgebiet erklärt hat, bleibt für uns der Verkaufsbeschluß eindeutig eine Verletzung des Kriegswaffenkontrollgesetzes, welches Waffenlieferungen in Krisenregionen entschieden verbietet. Unsere Auffassung wird durch einen Beschluß der UNO-Menschenrechtskommission bestätigt, dem übrigens auch Deutschland zugestimmt hat, und der Indonesien zum Aggressor stempelt.

Diese Praxis der Bundesregierung können wir nicht länger ertragen. *Wir beschuldigen die Mitglieder des Bundessicherheitsrats der Beihilfe zum Völkermord.*

Mit unserer Pfingstaktion "Kriegswaffen sind keine Handelsware" wollten wir die Menschenrechtsverletzungen in Indonesien und Ost-Timor bekannt machen und den Verkauf der Kriegsschiffe an die indonesische Diktatur verhindern. Wir wollten mit gewaltlosen Mitteln unsere Stimme erheben, um die Bundesregierung zu zwingen, ihren Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz aufzuheben. Der Protest von Menschenrechtsorganisationen und die Kritik der EG und der Medien an diesem Export wurde von der politischen Elite in Bonn kalt ignoriet.

Die Kontinuität solcher Geschäfte nehmen wir schon lange wahr: erinnern wir uns nur an die deutsche Verantwortung in

beiden Golfkriegen und für die Kurdenunterdrückung in der Türkei.

Desshalb mußten wir eine Aktionsform finden, die unseren Widerstand konsequent ausdrückt und die Öffentlichkeit zur Teilnahme einlädt. Wegen der Skrupellosigkeit dieses Waffendeals nahmen wir bewußt in Kauf, für Haus- oder gar Landfriedensbruch verurteilt zu werden. Wir halten in diesem Zusammenhang die bewußte Übertretung von Gesetzen für eine legitime Form zivilen Ungehorsams und empfinden dies als notwendiges, aber viel kleineres Übel FÜR UNS, als das der Bundesregierung gegenüber den durch diese Waffen BEDROHTEN MENSCHEN.

Unserer Einladung zur Demonstration in Peenemünde folgten ca. 250 Menschen vornehmlich aus Ostdeutschland. Am 29.5. richteten 4 Personen aus dem Vorbereitungskreis ein Schiff für eine Besetzung her und verschlossen es von innen. Ca. 150 TeilnehmerInnen unserer Demonstration bestiegen gegen Mittag einige Schiffe und feierten ein Friedensfest, bemalten die Wände und spannten Transparente. Nachdem die Schiffe am Abend wieder verlassen wurden, verbarrikadierten sich sieben Personen auf dem vorbereiteten Schiff. Die BesetzerInnen forderten die Verschrottung der ehemaligen NVA-Kriegsschiffe und kündigten an, die Besetzung nach dieser Zusicherung zu beenden.

Um den gewaltlosen Charakter unserer Besetzung und der sie begleitenden Demonstration von Anfang an kundzutun, stellten wir sofort Kontakt zu der Polizei und den betroffenen Grundstückseigentümern her, teilten unsere Ziele und Forderungen mit und bemühten uns, ihren Bedenken Abhilfe zu schaffen, ohne jedoch die Besetzung zu gefährden. Die Empfänger unserer Botschaft sitzen in Bonn und nicht in Peenemünde. Es gelang uns ein Vertrauensverhältnis aufzubauen, so daß die Gewaltfreiheit und Zielrichtung unserer Aktion allseits akzeptiert wurde und die Polizei sich bemühte, die Verhältnismäßigkeit ihres Auftretens zu wahren. Die Einsatzleitung bewegte den Innenminister Mecklenburg-Vorpommerns, Herrn Geil (CDU), dazu, am Montag, 31.5., nach Peenemünde zu reisen und mit uns zu sprechen. Er bekundete uns sein Verständnis für die Ziele unseres Engagements. Unserer Aufforderung, sich für die Verwirklichung dieser Ziele einzusetzen, wollte er aber nicht nachkommen. Er forderte uns lediglich auf, die Besetzung zu beenden.

Nach seiner Abreise war die Gesprächsbereitsschaft der Polizei sichtlich gestört. Aus Bonn verlautete, daß man zu keinen Gesprächen mit den BesetzerInnen bereit sei und am Abend begann die "bewährte" und wohl einzige Antwort deutscher Politik auf beunruhigende Fragen:

Der Innenminister ordnete die Räumung an. Die DemonstrantInnen folgten der Aufforderung, das Hafengelände freiwillig zu verlassen, um eine gewaltsame Räumung zu vermeiden. Die Polizei begann, das verschlossene Schiff aufzubrechen. Die BesetzerInnen öffneten die letzte Tür selber und stellten sich der Polizei.

Die Ergebnisse unserer Aktion sind für uns ermutigend und bestürzend zugleich:

Es zeigte sich wieder einmal, daß die Bonner Clique unter keinen Umständen bereit ist, ihre Verantwortung zur Umsetzung der Menschenrechte auf der Welt wahrzunehmen, vielmehr unterstützt sie weiterhin Diktaturen mit Waffenlieferungen und scheut sich nicht, ihre eigenen Gesetze zu brechen. Andererseits ist uns gelungen, hörbar aufzuschreien und diese Schande deutscher Politik anzuprangern. Es gelang uns, mit gewaltlosen Mitteln (die Polizei brauchte zu keinem Zeitpunkt Schutzkleidung) wirkungsvollen Widerstand zu entwickeln, der die arrogante Selbstgerechtigkeit der politischen Macht in Deutschland anprangert und stört. Unser Friedensfest in Peenemünde war ein Angebot zur Einmischung. wir werden weitermachen.

Wir erwarten, daß die Aktion in den verschiedenen Regionen ihre Selbständige Fortsetzung findet. Wir halten nach wie vor an unserem Ziel fest: Keine Kriegsschiffe nach Indonesien, die Schiffe müssen verschrottet werden. Kriegswaffen sind keine Handelsware.

KOMMANDO KATHARINA HAMMERSCHMIDT - ROTE ARMEE FRAKTION 30.3.1993

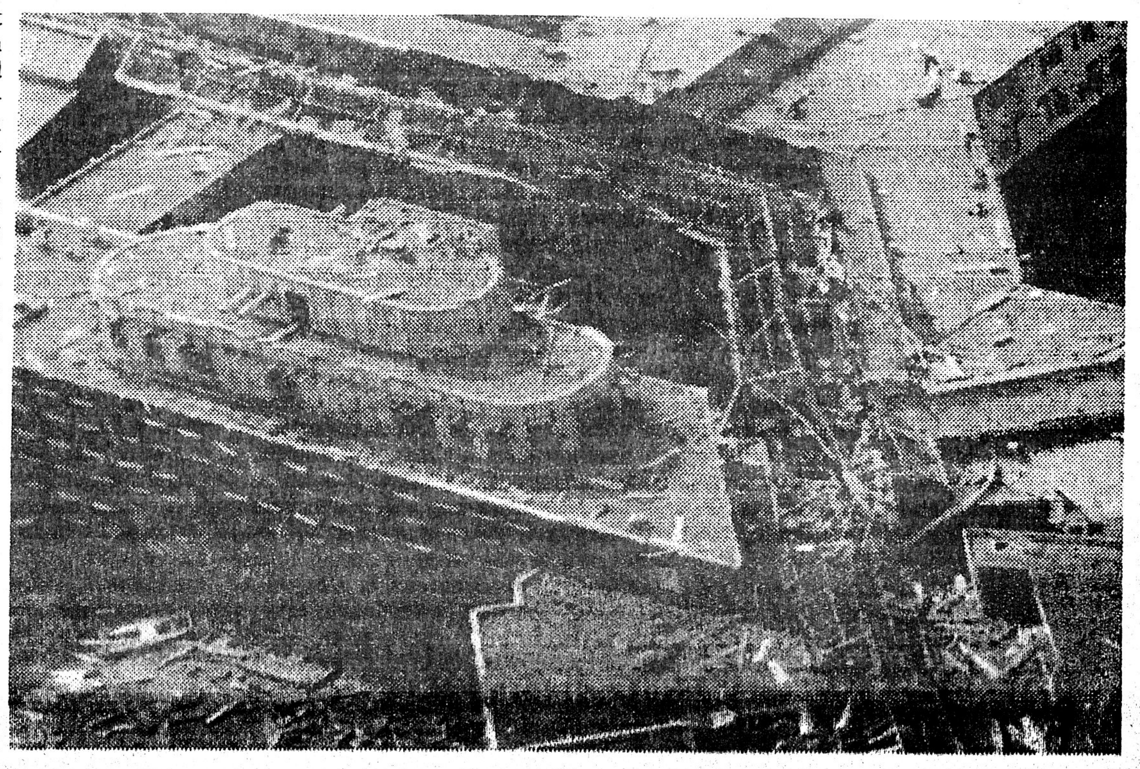
Dokumentation: WEITERSTADT

es hat sich nichts daran geändert, daß wir den einschnitt in unsere geschichte, den wir gemacht haben, brauchen und wollen. denn wir sind auf einen prozeß aus, in dem soziale gegenmacht von unten und daraus eine neue vorstellung für den revolutionären umwälzungsprozeß entwickelt werden kann. das erfordert eine diskussion, in der sich die unterschiedlichsten menschen finden und neue grundlagen und gemeinsame kriterien für diesen prozeß schaffen. es geht um den aufbau einer sozialen gegenmacht, die sich als relevante kraft in einem neuen internationalen kampf für die umwälzung der zerstörerischen kapitalistischen verhältnisse einbringen kann. es wird darum gehen, die sowohl international wie auch innergesellschaftlich veränderte wirklichkeit umfassend zu begreifen und in diesem prozeß auch "den ganzen alten begriffsschrott (der linken) abzuklopfen ...", denn nur in einer tiefgreifenden auseinandersetzung wird es möglich werden, eine vorstellung zu gewinnen, wie die verhältnisse revolutionär aufzuheben sind. und nur aus diesem prozeß können die fragen nach den mitteln des kampfes und den konkreten formen der organisierung neu beantwortet werden. dieser prozeß hat für uns nach wie vor die größte priorität. die notwendigkeit dazu ist jeden moment spürbar, wenn wir uns die rasante destruktive entwicklung des kapitalistischen systems vor augen halten. dieses system hat schon lange die ausgrenzung, das materielle und soziale elend und den tod von millionen menschen im trikont hervorgebracht. heute ist die entwicklung der fortschreitenden grundsätzlichen krise dieses systems an einem punkt angelangt, an dem die zerstörung der lebensgrundlagen selbst in den metropolen nicht mehr zu verdrängen ist und soziales und materielles elend auch hier zur realität von immer mehr menschen geworden ist und viele spüren, daß die perspektive in diesem system für sie selbst nur hoffnungslosigkeit bedeutet. in dieser situation hat das fehlen einer sozial sinnvollen alternative als gesellschaftliche kraft katastrophale auswirkungen. während der staat die ausbreitung und eskalation faschistischer und rassistischer mobilisierung in der Gesellschaft schürt und fördert und es z.b. mit seiner gezielten hetze gegen flüchtlinge geschafft hat, einen großteil der aufbrechenden widersprüche in eine reaktionäre richtung zu kanalisieren, ist die situation auf unserer seite nach wie vor von vereinzelung und desorganisation geprägt. im august letzten jahres haben wir einen text geschrieben, in dem es uns um die reflexion unserer geschichte geht und wir gleichzeitig kriterien und überlegungen für die zukunft angerissen haben; gedanken, die sich aus unserer auseinandersetzung in den letzten jahren entwickelt haben. diese gedanken sind für uns ausgangspunkt in der diskussion, die wir führen wollen. natürlich sind neue fragen und überlegungen dazugekommen. auch wenn wir nicht viel resonanz auf unser papier bekommen haben, ist es unser bedürfnis, die diskussion weiter und genauer zu entwickeln. aus teilen der frauenbewegung gab es die kritik an uns, daß wir nur wenig auf ihre diskussionen eingegangen sind, die für teile von ihnen in den letzten jahren sehr wichtig gewesen sind, wie die diskussion um rassismus. und auch durch die sich überschlagenden ereignisse wie z.b. in rostock ist es für uns dringend geworden, diese auseinandersetzung genauer zu führen. wenn wir auch nach wie vor die verschärfung der lebensbedingungen hier und die um sich greifende perspektivlosigkeit vieler menschen sowie das fehlen der linken als kraft als einen grund für den zulauf bei den faschisten sehen, ist es auf der anderen seite aber auch klar, daß die wurzeln dafür, warum sich hier in der metropole, im neuen großdeutschland, die unzufriedenheit in einem solchen ausmaß gegen fremde entlädt, tiefer liegen. damit müssen sich alle sehr bewußt auseinandersetzen. wie ein mosambikaner sinngemäß gesagt hat: bei uns sind die menschen auch arm und trotzdem schlagen sie deshalb nicht auf die nächsten unter ihnen ein. die auseinandersetzung über rassismus wird also sicher ein wichtiger teil beim aufbau einer gegenmacht von unten sein - die nicht im ghetto bleiben oder als abgrenzung zu anderen geführt werden kann, sondern als frage ans eigene be-

wußtsein, wie jede/r sein will und welche gesellschaftliche entwicklung man/frau will.

daß da in der vergangenheit fehler gelaufen sind, kritisiert die autonome l.u.p.u.s. - gruppe in ihrem buch "geschichte rassismus und das boot" so: "so selbstverständlich und geübt es scheint, heute über rassismen, über das 'spezifisch deutsche' oder über deutsche einzigartigkeiten zu streiten, so selbstverständlich sah die revolutionäre linke in den letzten 20 jahren darüber hinweg. ... was in der linken auseinandersetzung um patriarchales verhalten unmöglich geworden ist, schien in der frage des deutsch-seins auffällig leicht zu fallen: "wir haben damit nichts zu tun. die chancen heute vieles anders zu machen und neues herauszufinden sind groß: die frage nach dem aufbau einer gegenmacht von unten ist nicht ausschließlich eine frage an weiße, deutsche linke, sondern eine frage danach, wie menschen, die hier leben, sich gemeinsam organisieren können. und die bevölkerung setzt sich hier aus menschen der unterschiedlichsten nationalitäten und hautfarben zusammen. der dialog mit schwarzen frauen muß nicht in fernen ländern stattfinden, sondern ist/wäre viel einfacher und intensiver mit den frauen möglich, die in der brd leben. die geschichte von migrantinnen und ihr wissen aus den herkunftsländern ist dabei für das begreifen internationaler zusammenhänge so wichtig wie ihre politischen meinungen und erfahrungen mit rassismus und dem anderen sexismus, der sie hier trifft, für das verständnis der brd-gesellschaft..."(aus: "basta" - frauen gegen kolonialismus) "... es war die 68er bewegung, die das, was der faschismus nach dem judentum innerstaatlich am grausamsten verfolgt und ausgemerzt hatte, die linke, ihre werte, kultur und kontinuität, wieder lebendig und berechtigt hat werden lassen in deutschland west. und wenn heute eine re-faschisierung läuft, dann breitet sie sich aus in jenem politisch-kulturellen vakuum, das diese linke in ihrem rückzug aus einer gesamtgesellschaftlichen verantwortung und neusetzung von werten und einstellungen hinterlassen hat." (lutz taufer, gefangener aus der raf) es ist eine aufgabe der linken in ihrer praxis neue werte zu setzen und zu leben, ansonsten wird in der gesellschaft immer nur das hervorbrechen, was 500 jahre kolonialismus im bewußtsein der metropolenbevölkerung angerichtet haben: rassistische ideologie, das weiße herrenmenschenbewußtsein ist seit 500 jahren voraussetzung für kolonialistische und imperialistische ausbeutung der völker im trikont. es ist im bewußtsein der weißen metropolenbevölkerungen aus dieser geschichte vorhanden und wird in krisenzeiten von staat und kapital offen mobilisiert. rassismus heißt, menschen in "andersartige" und "mehr-" und "minderwertige" zu kategorisieren. so werden imer die kategorisiert, die im kapitalistischen produktionsprozeß entweder nicht mehr gebraucht werden oder härter ausgebeutet werden sollen. die zerstörung des sozialen unter den menschen ist die voraussetzung für rassismus. diese zerstörung bedeutet, daß auf der basis des kapitalistischen systems, dem 24-stunden-alltag von leistung und konkurrenz, den menschen eigene kriterien geraubt und durch für den kapitalismus funktionale werte ersetzt wurden - am effektivsten in den metropolen. das zeigt sich z.b. am verhältnis zu arbeit und leistung als wertdefinition des menschen: ohne arbeit bist du nichts .... es ist das verhältnis zur zeit, wo es für die meisten menschen zur normalität geworden ist, in einem vollkommen vorbestimmten rythmus und stress das ganze leben zu verbringen, in dem es keinen platz für kreativität und lebenslust gibt. es zeigt sich daran, daß in diesem system alles zur ware wird, auch das verhältnis zur körperlichkeit, wobei natürlich die frauen am meisten dazu gezwungen werden, ihren körper als ware zur schau zu tragen, die von männern konsumiert oder eben abgelehnt wird ... es war und ist immer die voraussetzung für die herrschaft des kapitalistischen systems über die menschen gewesen, mit solchen kriterien auch tausend trennungen zwischen sie zu setzen: die trennungen in mehr- und minderwertige; in leistungsfähige und "arbeitsscheue", in schwarze und weiße; in männer und frauen; alte und junge; kranke, schwache, behinderte und starke, gesunde; in gescheite und "dumme".

dieser prozeß der zerstörung hat heute eine dimension erreicht, in der die gesellschaft in ein inneres um-sich-schlagen übergeht. rassistisches bewußtsein wie überhaupt der destruktive prozeß in der gesellschaft kann nur in kämpfen, in denen soziale beziehungen und werte hervorgebracht und umgesetzt werden, aufgehoben bzw. umgekehrt werden. eine perspektive revolutionärer entwicklungen wird nur in solchen prozessen wieder vorstellbar werden. entweder schafft die linke - und damit meinen wir alle, die auf der suche nach wegen sind, wie menschenwürdiges leben hier und weltweit durchgesetzt werden kann - einen neuen aufbruch, der seine wirkung in die gesellschaft hat, oder der "Aufbruch" bleibt auf der rechten, faschistischen seite. entweder wird von unserer seite aus eine basisbewegung von unten entwickelt, die von solidarität und gerechtigkeit, vom kampf gegen soziale kälte, perspektivlosigkeit und armut bestimmt ist, oder die explodierenden widersprüche werden weiterhin destruktiv bleiben und die gewalt jede/r gegen jede/n eskalieren. es gibt linke, die sich mit diesen fragen nach der gesellschaftlichen entwicklung, wie wir und auch andere sie gestellt haben, nicht auseinandersetzen wollen, weil dies reformistisch sei. solche scheindiskussionen um revolutionär/reformistisch sind ohne jeden gebrauchswert für die neubestimmung revolutionärer politik; und auch im festhalten und beharren auf zeitlos alten klarheiten wird niemand antworten auf die sich heute stellenden fragen finden. die gegenseitigen bestätigungen, daß die revolution international sein muß, sind banal - sie nutzen niemandem, auch nicht den völ-



kern im süden oder osten. die wirklichen fragen fangen danach erst an, nämlich wie hier eine soziale gegenmacht aufgebaut werden kann, die aus den gemachten erfahrungen und eigenen fortschritten sich tatsächlich als relevante kraft in die internationalen diskussionen und kämpfe einbringen kann. in diesem sinne ist der vorwurf an uns, wir würden eine neubestimmung nicht mehr im internationalen zusammenhang suchen, inhaltlich genauso oberflächlich wie er absurd ist. das draufstürzen auf das bemühen anderer, um zu sehen, wie man es zerreißen kann, (oder ob es besser ist, sich dranzuhängen) ist eine alte rangehensweise der deutschen linken. das positive daran, daß in den diskussionen seit dem 10.4. letzten jahres innerhalb der radikalen linken zentnerweise alter mist - wie konkurrenz und abgrenzungsdenken oder verkrampftes festhalten an alten rangehensweisen - hochkonjunktur erlebt hat, ist, daß er, so offen wie er nun dasteht, auch endlich überwunden werden kann. die voraussetzung für die neubestimmung revolutionärer politik ist, daß jetzt die leute zusammenkommen, sich organisieren und handeln, die voneinander wirklich was wissen wollen und neue gedanken zulassen und entwickeln wollen. seitdem wir vor einem jahr die eskalation von unserer seite aus zurückgenommen haben, hat der staat die verfolgung fortschrittlicher menschen, die politische gegnerInnen dieses systems sind, teilweise noch verschärft: versuche, aus der vereinzelung heraus räume für eine andere entwicklung zu erkämpfen, werden nach wie vor niedergemacht. herausragendes beispiel war der versuch, den gegenkongress gegen den weltwirtschaftsgipfel in münchen von vorneherein zu verhindern, eine internationale diskussion unmöglich zu machen sowie die einkesselung der demonstration. die antifaschistische organisierung wird kriminalisiert und antifaschistische demonstrationen wie in mannheim im sommer letztes jahr niedergeprügelt. natürlich besteht ein zusammenhang zwischen dem niedermachen von selbstbestimmten ansätzen, der verfolgung und einknastung von antifas und der stärker werdenden faschistischen mobilisierung. die herrschenden wissen, daß alle maßnahmen, zu denen sie aus der krise gezwungen sind, die widersprüche im inneren verschärfen werden - sozialabbau, steigende wohnungsnot, steigende arbeitslosigkeit, stahlkrise, krise in der autoindustrie ... - reuter, chef von daimler benz, geht laut spiegel von 30 bis 50 jahren krise aus - das alles soll auf die bevölkerung abgewälzt werden. gleichzeitig muß der staat eine irgendwie geartete mobilisierung für großdeutschland hinkriegen. wenn z.b. militärische einsätze der bundeswehr zwar unter der hand immer wieder gelaufen sind - wie im krieg gegen den irak und gegen das kurdische volk - so geht es dem großdeutschen staat perspektivisch doch um eine andere dimension und um eine größere akzeptanz auch hier im innern für deutschland als militärmacht - da bleibt nicht viel anderes, als eine rassistische, weiße mobilisierung der "deutschen staatsbürger" in dem einen boot, was diese Gesellschaft im herrschenden kapitalistischen interesse noch zusamenhalten könnte. während sie auf der einen seite also rassistische ausländer- und asylgesetze verabschieden und flüchtlinge hier zu "dem problem der deutschen" ganz gezielt in die köpfe der leute gepuscht haben, und damit die faschistische mobilisierung überhaupt in diesem ausmaß auf den plan gerufen haben, übernehmen sie auf der anderen seite gleichzeitig die schirmherrschaft von demonstrationen gegen fremdenhaß wie in berlin ende letzten jahres. so soll auch noch die empörung vieler menschen gegen die faschistischen schläger und mörder für diesen staat kanalisiert und funktionalisiert werden. um zu verhindern, daß sich aus dieser empörung eine bewegung von internationaler solidarität der unterdrückten gegen die herrschenden und ihre faschistischen schläger entwickelt, wurde wochenlang durch die medien gepeitscht: es ginge um gewalt, gewalt von links wie Gewalt von rechts. während hier täglich ausländische, behinderte und obdachlose menschen angegriffen werden und es allein '92 dabei 17 tote gegeben hat, stellte kohl sich hin und redete von extremismus von links und von rechts, der bekämpft werden muß. der jubel der herrschenden über den zusamenbruch des sozialistischen staatensystems und über den "großen sieg" des kapitalistischen systems ist schon seit einiger zeit verstummt - diese entwicklung hat das kapitalistische system in seine größte krise gestürzt. die herrschenden haben keine antworten auf diese krise - was nicht heißt, daß sie nicht trotzdem mit menschenverachtenden planungen und maßnahmen versuchen, die situation da, wo sie noch können, zu regulieren. es scheint, daß die einzige linie, die sie klarhaben, die bekämpfung der linken ist. da sollen alle niedergemacht werden, die auf eine antifaschistische und antirassistische mobilisierung von unten und gegen die herrschenden interessen aus sind. verhindern wollen sie ansätze, wo menschen sich für ein von unten bestimmtes solidarisches lösen der probleme organisieren. darüberhinaus führt der staat einen rachefeldzug gegen die alten kommunisten und antifaschisten, was sich exemplarisch an dem prozeß und der einknastung von gerhard bögelein gezeigt hat, bis sie ihn kurz vor seinem tod rauslassen mußten. alles, was an widerstandserfahrungen in diesem jahrhundert entwickelt worden ist, soll ausgemerzt werden. und genau diese haltung zeigt sich auch in dem umgehen des staates mit unseren gefangenen genossinnen. wir sind oft kritisiert worden, daß wir in der erklärung vom april letzten jahres unsere entscheidung zur zäsur mit der situation der gefangenen bzw. überhaupt mit dem staatlichen vernichtungswillen verknüpft hätten. wir haben jedoch den einschnitt in unsere geschichte immer mit der notwendigkeit begründet, neue grundlagen zu entwickeln, und gesagt, daß diese notwendigkeit unabhängig vom staatlichen handeln existiert. aber uns war auch von anfang an dabei bewußt, daß unklar ist, wie der staat reagiert, wenn wir den druck von unserer seite aus wegnehmen, und deshalb haben wir uns mit der drohung die möglichkeit offengehalten, da zu intervenieren, wo es notwendig ist, dem staatlichen ausmerzverhältnis grenzen zu setzen. im august '92 haben wir geschrieben: "wir werden die bewaffnete intervention dann als ein moment des zurückdrängens bestimmen und nicht als weitere strategie. wir werden also nicht einfach zum alten zurückkehren. diese eskalation ist nicht unser interesse. aber der staat muß wissen, wenn er keine andere möglichkeit zuläßt, daß es auf unserer seite die mittel, die erfahrung und die entschlossenheit gibt, sie dafür zur verantwortung zu ziehen." es ist quatsch zu sagen, wir hätten damit uns bzw. die frage der weiterentwicklung revolutionärer politik von der situation der gefangenen abhängig gemacht. aber tatsache ist auch, daß unser schritt z.b. auswirkung darauf hat, wie der staat mit der frage nach der freiheit der politischen gefangenen umgeht. das ganze ist eine widersprüchliche situation; damit müssen wir umgehen und uns darin bewegen können. wir leben schließlich nicht im luftleeren raum.

nachdem wir den druck von unserer seite aus wegenomen hatten, hat sich der staat in bezug auf die gefangenen ein weiteres mal für die eskalation entschieden - das urteil gegen christian klar und die neue prozeßwelle überhaupt sollen bei vielen das lebenslänglich zementieren; die entscheidung, bernd rössner nicht endgültig freizulassen; mit den letzten ablehnungsbegründungen auf die anträge von gefangenen auf freilassung ist die staatsschutzjustiz da angekommen, sie zur psychiatrischen untersuchung zwingen zu wollen, womit sie eingestehen sollen, ihr kampf, ihr aufbruch sowie ihre gegnerschaft zum system sei irrsinn. die gefangenen sollen nicht zusamengelegt werden, denn sonst könnten sie in diskussionsprozesse und gesellschaftliche prozesse eingreifen - und noch viel weniger sollen sie draußen sein. sie sollen nach wie vor vernichtet werden und ihre erfahrungen aus kämpfen von anderen ferngehalten werden. es ist vollkommen klar, daß es eine politische entscheidung des staates erfordert, um vom ausmerzverhältnis gegen die gefangenen zu einem politischen umgang mit der gefangenenfrage zu komen - die politische ebene hat diese frage aber an die staatsschutzjustiz abgegeben, die natürlich erst recht nicht die entscheidung trifft, zu der die politik nicht willens ist. sicher liegen nach wie vor tausend fragen auf dem tisch und eine solidarische diskussion, in der aus den gemachten erfahrungen der kämpfe in den letzten 25 jahren gemeinsam gelernt, schlüsse für die zukunft und gemeinsame kriterien für eine neue vorstellung für den umwälzungsprozeß entwickelt werden können, hat noch kaum angefangen. aber es gibt grundsätze und selbstverständlichkeiten, die nicht in frage gestellt werden müssen, von de-

nen wir einfach ausgehen: z.b. das verhältnis zu unseren gefangenen genossinnen und der tatsache, daß der staat seit 22 jahren politische gefangene in isolationshaft foltert - wir kämpfen für die freiheit dieser gefangenen. wir werden nicht sagen: wir sind jetzt auf der suche nach einer neuen strategie und was mit ihnen derweil passiert, passt jetzt nicht in unser konzept. wir können einen neuen anfang, die entwicklung neuer vorstellungen gar nicht losgelöst von der frage sehen, wie die freiheit unserer genossinnen, die aus diesen 22 jahren kampf gefangengenomen wurden, erkämpft werden kann. sie sind seit 22, 18 ... jahren in isolation/kleingruppenisolation, es ist keine frage: ALLE MÜSSEN JETZT RAUS! die frage, ob die freiheit aller politischen gefangenen in einer gemeinsamen anstrengung aller linken und fortschrittlichen menschen durchgekämpft werden kann, hat aus unserer sicht auch bedeutung dafür, ob wir es schaffen, in dieser phase der neubestimmung tatsächlich eine starke und selbstbewußte kraft, die gegenmacht gegen die herrschenden verhältnisse ist, aufzubauen. wer heute schulterzuckend oder ohnmächtig akzeptiert, daß die gefangenen weiter dieser tortur unterworfen wer den, weil er/sie denkt, daß unsere seite dagegen zu schwach ist, wie soll er/sie darauf hoffen können, daß wir in der lage sind, eine kraft aufzubauen, die die gesamten verhältnisse umwälzen kann? wir haben mit dem kommando katharina hammerschmidt den knast in weiterstadt gesprengt und damit auf jahre verhindert, daß dort menschen eingesperrt werden. wir wollen mit dieser aktion zu dem politischen druck beitragen, der die harte haltung gegen unsere gefangenen genossinnen aufbrechen und den staat an dieser frage zurückdrängen kann. doch dafür, daß ihre freiheit durchgesetzt werden kann, braucht es die unterschiedlichsten und vielfältigsten initiativen von vielen. im letzten jahr hatten wir versucht, trotz der zäsur politischen druck von unserer seite aus an dieser frage über die drohung zu halten. das, was es dafür an wirkung und grenze hätte sein können, ist leider gerade von genossinnen aus dem linksradikalen spektrum systematisch demontiert worden. mit unserer aktion haben wir diesen druck jetzt neu gesetzt und die drohung aktualisiert. wir denken, daß das genutzt werden kann. "wir fordern die schließung des knastes weiterstadt! weiterstadt ist als abschiebeknast konzipiert und auf verseuchtem Gelände gebaut ... " (aus einem diskussionspapier von gefangenen aus stuttgart-stammheim, sept.'91) der weiterstädter knast steht exemplarisch dafür, wie der staat mit den aufbrechenden und sich zuspitzenden widersprüchen umgeht: gegen immer mehr menschen knast, knast, knast - und er steht als abschiebeknast für die rassistische staatliche flüchtlingspolitik. in seiner technologischen perfektion von isolation und differenzierung von gefangenen menschen ist er modell für europa. weiterstadt war neben berlin-plötzensee der zweite völlig neu konzipierte hochsicherheitsknast in der brd. mit begriffen wie "wohngruppenvollzug" wird er, mit seinem hochsicherheitstrakt für frauen, als das "humanste gefängnis" in der brd dargestellt. hinter diesem begriff verbirgt sich jedoch ein wissenschaftlich weiterentwickeltes konzept zur isolierung, differenzierung und totaler kontrolle der gefangenen. es ist das prinzip von belohnung und bestrafung in hightech-form, das die gefangenen zur disziplinierung und unterwerfung zwingen und letztlich ihre "mitarbeit", sich selber zu brechen, erreichen soll. das elektronische überwachungssystem war wohl das teuerste und perfekteste in ganz europa, mit dem jede äußerung und bewegung der gefangenen kontrolliert werden und zur auswertung für die psychologischen programme benutzt werden sollte, um jede regung von solidarität, freundschaft und selbstbestimmte organisierung zerstören zu können. "bevor die gefangenen auf die einzelnen wohngruppen verteilt werden, durchlaufen sie die einweisungsabteilung. dort wird ein psychiaterstab die einzelnen gefangenen auf anpassungsbereitschaft bzw. widerstandswillen durchleuchten. anhand der ergebnisse wird die aufteilung der gefangenen auf die einzelnen wohngruppen bestimmt. die wohngruppen sind hierarchisch gestaffelt. angefangen von unbeugsamen und unkooperativen bis hin zu anpassungswilligen. das ziel: eine "karriere" des gefangenen durch aufsteigen von der untersten (= unangepasstesten) in die höchste (= konformste) wohngruppe." (aus: infoblatt der 'bunten hilfe' darmstadt) dazu schrieb eine der frauen aus der plötze, die mit einem hungerstreik für die abschaffung des wohngruppenvollzugs gekämpft haben: "die situation ist gekennzeichnet durch ein ausmaß an kontrolle und repression, wie es in seiner totalität kaum vorstellbar ist. die plötze ist sowohl architektonisch wie auch personell so konzipiert, daß ein kontakt zwischen den frauen gar nicht zustande kommt oder aber bis ins letzte detail registriert wird. die frauen werden in voneinander abgeschirmte zwangsgemeinschaften gepfercht, in denen sie danach ausgesucht werden, wie gut sie sich anpassen, und wie sie sich am besten gegenseitig fertig machen. die schallisolierten zellen haben eine gegensprechanlage, durch die die frauen jederzeit akustisch überwacht werden können. die stationsgänge sind mit kameras bestückt und der gruppenraum, wo sich die gefangenen in der freizeit treffen, ist verglast - kurz, die perfekte überwachung jeder lebensäusserung..." mit der lüge vom "humansten knast" wollte die justiz gefangene in anderen knästen auf deren verlegung nach weiterstadt einstimmen. jahrelang sind sie auf viele forderungen der gefangenen in frankfurt-preungesheim nicht eingegangen, mit dem verweis, es gäbe '93 den weiterstädter knast. was aber hat beispielsweise die forderung nach abbau der brutalen betonsichtblenden in preungesheim mit weiterstadt zu tun? nichts. nicht mal die behauptung, durch weiterstadt (wo die überbelegung von vornherein eingeplant war) würde sich die situation der überbelegung für die gefangenen in preungesheim verändern, entspricht der realität. sie hat den propagandistischen zweck, zu vertuschen, daß sie immer mehr knäste bauen (preungesheim soll nicht etwa geschlossen sondern neu aufgebaut werden), mehr haftplätze schaffen und immer mehr menschen einsperren, was ihre antwort auf die gesellschaftliche entwicklung ist. der bau von knästen ist keine lösung für die (preungesheimer) gefangenen. ihre forderungen müssen erfüllt werden - knäste müssen abgerissen werden.

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN
FREILASSUNG ALLER HIV-INFIZIERTEN
FREILASSUNG ALLER FLÜCHTLINGE, DIE IN ABSCHIEBEHAFT SIND
SCHLIESSUNG ALLER ISOLATIONSTRAKTE
WIR GRÜSSEN ALLE, DIE IN DEN KNÄSTEN FÜR IHRE MENSCHENWÜRDE KÄMPFEN - IN PREUNGESHEIM, SANTA FU, PLÖTZENSEE, RHEINBACH, STAMMHEIM, STRAUBING...
SOLIDARITÄT MIT DEN INTERNATIONALEN GEFANGENENKÄMPFEN
DER WEG ZUR BEFREIUNG FÜHRT ÜBER DEN SOZIALEN ANEIGNUNGSPROZESS, DER TEIL WIRD IN EINEM NEUEN INTERNATIONALEN KAMPF FÜR DIE UMWÄLZUNG
RASSISMUS VON STAAT UND NAZIS BEKÄMPFEN!
RASSISTISCHES BEWUßTSEIN IN DER GESELLSCHAFT IM KAMPF FÜR DAS SOZIALE UNTER DEN MENSCHEN AUFHEBEN - AUCH DAFÜR BRAUCHEN WIR EINE BASISBEWEGUNG VON UNTEN, DIE VON SOLIDARITÄT UND GERECHTIGKEIT, VOM KAMPF GEGEN SOZIALE KÄLTE, PERSPEKTIVLOSIGKEIT UND ARMUT BESTIMMT IST
FÜR EINE GESELLSCHAFT OHNE KNÄSTE

ps.: die behauptung, wir hätten das leben der wachleute und untersten justiztypen allein aus "derzeitigen taktischen" gründen geschützt oder sie hätten ihr leben ausgerechnet kinkel zu verdanken, ist natürlich eine lüge. die raf hat kein interesse daran, solche leute zu verletzen oder zu töten. diese lüge liegt auf der gleichen linie wie die tatsache, daß die baw die warnplakate, mit denen wir das Gelände um den knast weiträumig abgesperrt hatten, unter den tisch fallen läßt - wo sie doch sonst am liebsten jede haarnadel zur fahndung ausstellen.

Aus Mailbox, Europa/EG, Infoladen Omega, 20.5.93, Sparrstr. 21, 1000 Berlin 65, Presseerklärung der 'Initiative 18. Mai' zu den Kämpfen in Kopenhagen

Während der letzten Tage sind die Medien voll mit Lügen und Ausflüchten über das, was wirklich am 18.Mai passiert ist und warum. Das ist nichts Neues. Die Medien sind nie etwas anderes gewesen als das Sprachrohr der Polizei, der Politiker und der Bonzen. Deswegen ist es Selbsttäuschung zu glauben, die Medien der herrschenden Klassen würden die Ereignisse aus unserer Sicht beschreiben - daher diese Presseerklärung.

Kopenhagen nach der 2. Maastricht-Abstimmung

Das "Nein zu Maastricht" der revolutionären und außerparlamentarischen Opposition ist ein Nein zum Kapitalismus. Dies ist die Grundlage für einen Kampf, der die Regeln der imperialistischen Staaten zerstört und an ihre Stelle eine Gesellschaft von Menschen für Menschen aufbaut. Nur durch organisierten Widerstand, durch unsere Entschlossenheit und durch die Mobilisierung anderer Menschen können wir dieses Ziel erreichen. Unser 'Nein' ist kein nationalistisches Nein. Nein, wir legen es nicht darauf an, das zu erhalten, was als beste Demokratie der Welt deklariert wird. Unser 'Nein' ist ein internationalistisches Nein und deshalb rufen wir Menschen aus anderen Ländern dazu auf, mit uns gemeinsam gegen den EG-Gipfel am 21/22. Juni in Kopenhagen zu demonstrieren.

Der 18. Mai 1993 war der Tag der Volksabstimmung über das Edinburgh-Abkommen in Bezug auf die EG-Union. Auf dem Blagards-Platz im Stadtteil Norrebro in Kopenhagen gab es ein Anti-Unions-Konzert. Als um ca. 22 Uhr das Resultat, "Ja zur Union", feststand, ging der Großteil der Leute, ca. 500, zur naheliegenden Hauptstraße, um dort ein Happening zu machen. Ein Teil der Straße wurde mit Bauwagen und Mülleimern blockiert, um eine "unionsfreie Zone" zu errichten. Als die Bullen die Straße zu räumen versuchten, entwickelte sich ein Straßenkampf, der sich weiter zum St. Hans Torv verlagerte und bis ca. 4 Uhr andauerte. Barrikaden wurden gebaut, Steine flogen und bei Banken wurden Scheiben eingeschlagen und Inventar beschädigt. Die Bullen schossen Tränengas, Zivilbullen warfen Steine zurück und schließlich schossen Bullen in Zivil und Uniform mit Schußwaffen auf die Leute, obgleich diese laut Augenzeugen im Rückzug waren.

Hier zeigte die dänische Polizei unverhüllt ihr faschistisches Gesicht. Mindestens 100 Schüsse wurden in eine Menschenmenge gefeuert. Diese Form von Aufruhrbekämpfung (brutales Niederschießen) erweckt Assoziationen zu dem, was beispielsweise im besetzten Palästina Praxis ist. Es ist ein Wunder, daß es keine Toten gab, 11 Leute haben schwere Schußverletzungen erlitten und mehrere wurden oberflächlich getroffen. Die Schußwunden zeigen, daß bei dieser zynischen Handlung auf keine Art und Weise Rücksicht auf Menschenleben genommen wurde:

★ Einer wurde am Kiefer nahe der Halsschlagader getroffen

★ Eine Person wurde in den Rücken nahe der Wirbelsäule geschossen

★ Zwei haben Schußwunden im Bauch erlitten

★ Die anderen Verletzten wurden durch Schüsse an Armen und Beinen verletzt

Die Bereitschaftspolizei sagte, daß keine Schüsse in Panik abgegeben worden seien, sondern daß es Schießbefehl gab. Mit dem Resultat, daß den Leuten die Kugel um die Ohren schwirrten, auch um die Augen und die Oberkörper. Dies wird durch mehrere TV-Aufzeichnungen bestätigt. Wer getroffen wurde und wo, war purer Zufall. Einige, die getroffen wurden, standen 40 Meter von der Polizei entfernt.

Die Politiker, die Polizei und die Presse waren nur daran interessiert zu betonen, wie gefährlich die Situation für die Polizisten war und wieviele Polizisten ernsthaft verletzt wurden. Kurz nach den Riots wurde bekannt, daß die sogenannten "schwerverletzten" Polizisten tatsächlich nur blaue Flecken, blutige Nasen und überbeanspruchte Finger hatten. Alle Polizisten wurden am nächsten Tag aus dem Krankenhaus entlassen. Jetzt wurde ihnen psychologische Betreuung angeboten. Während diejenigen, die von der Polizei angeschossen worden sind und schwere psychische und physische Schäden erlitten haben, verhaftet und sich selbst überlassen wurden. Sogar Kontakte zu Familie und FreundInnen wurden verboten. Und nicht nur das:

★ die Polizei erklärte die Verwundeten für verhaftet, während sie noch im Krankenhaus waren.

★ sie verbietet den Verwundeten, BesucherInnen zu empfangen, ihre Verwandten anzurufen oder ihnen auch nur zu schreiben.

★ den Verwundeten wurde Kleidung, Geld und Besitztümer abgenommen, während sie noch medizinisch behandelt wurden.

★ den Verwundeten wurden Fingerabdrücke abgenommen und sie wurden photographiert, während sie noch unter Betäubung (Anästhesie)standen.

★ die Verwundeten wurden im Krankenhaus unter Haftbedingungen gehalten; sie sind wegen Brandstiftung, Gewalt gegen die Polizei, Vandalismus und Beteiligung an organisierten Aufständen angeklagt.

Am 20.5.93 waren von den 11 Leuten, die angeschossen wurden, noch 9 im Krankenhaus; eine Person davon wurde im Kopf getroffen, bei zwei gab es Verletzungen der Lunge und weitere zwei wurden in den Rücken geschossen. Von den 37 festgenommenen DemonstrantInnen saßen noch 18 im Knast. Weitere 4 Festnahmen folgten bei den riots am Mittwochabend im Kopenhagener Stadtteil Narbourgh. Solidaritätbekundungen gab es in Form von Anschlägen auf die dänischen Konsulate in Oslo und Trondheim.

Die Gründe für die zwei Tage andauernden Aufstände

Die Behauptungen der Polizei und der Presse, daß die Leute so wütend und furchtlos waren, weil sie unter Drogen standen, waren ein weiterer Versuch, uns als unmenschliche Psychopathen darzustellen, die vom Rest der Bevölkerung in Noerrebro und von allen Nein-WählerInnen isoliert sind. Ziel dieser Lügen ist, das zu verhindern, was die Herrschenden am meisten fürchten: daß mehr Menschen das moralische Recht auf militanten Widerstand gegen die Europäische Vereinigung wahrnehmen.

Aber wir sind nicht allein! Es war klar, daß sich viele verschiedene Menschen aktiv an den Aufständen beteiligten oder mit den Aufständischen sympathisierten. Der Grund dafür ist, daß viele Menschen die Schnauze von dem Müll voll haben, den die Politiker täglich von sich geben. Die Wut kommt daher, weil diejenigen von uns, die in den ärmsten ArbeiterInnenbezirken, wie z.B. Noerrebro, Vesterbro, den Ghettos von Kopenhagen leben, die schwachen und ausgegrenzten Menschen der Gesellschaft, immer den höchsten Preis für die Krisenpolitik der Regierung zahlen. Egal ob konservative Regierung oder die aktuelle sozialdemokratische Regierung, Tatsache ist, daß Europa schon vor langer Zeit Instrument des westeuropäischen Kapitalismus geworden ist. Dieser hat nur ein Ziel, nicht nur in Dänemark, sondern überall in Europa und dem Rest der Welt: die Reichen sollen noch reicher werden und die Armen noch ärmer! Die Tatsache, daß es in Europa mehr als 17 Millionen (registrierte) arbeitslose Menschen gibt, spricht für sich, und dies ist nur ein Anzeichen des Ausmasses von Ausbeutung. Inflation, Lohnkürzungen, Arbeitsstreß, Zunahme an Selbstmorden, Zunahme an psychischen Erkrankungen, mehr Gewalt gegen Frauen, mehr Vereinzelung ... sind andere Indikatoren, die nicht ignoriert werden dürfen. Wenn man von den jetzigen Ausschreitungen als den schlimmsten seit dem Zweiten Weltkrieg spricht, sollte man bedenken, daß diese die direkte Folge der aktuellen Krise in der dänischen Gesellschaft sind. Schlimmer war's noch nie. Die sogenannte 'parlamentarische Demokratie' sieht sich einer enormen politischen Krise gegenüber, in der kein Politiker dazu in der Lage ist, zu erklären, warum es immer Geld für den Brückenbau und für den Bau von Wolkenkratzern gibt, von dem nur die Wirtschaft profitiert, dagegen aber kein Geld für Lohnerhöhungen, bessere Arbeitsbedingungen, bessere Wohnungen, bessere Sozial-

Aus: Democratic Palestine, No.53, Jän./Feb./März 1993, Übersetzung Infoladen Jelka Graz

Krieg in Palästina

Es herrscht Krieg im besetzen Land Palästina. Zwei ungleiche Seiten stehen einander gegenüber, denn die Massen der Intifada können sich schwer gegen die systematische hochtechnologische Gewalt der Besatzungstruppen behaupten. Trotz alledem zeigen die militanten PalästinenserInnen in den besetzen Gebieten ungewöhnlichen Mut bei ihren Angriffen und auch die Massenbewegung ist dazu zurückgekehrt, sich mit den Besatzern täglich zu konfrontieren.

Raketenangriffe auf Nablus ... und Gaza

Schon in den 80er-Jahren, noch vor dem Beginn der Intifada, sagte Ariel Sharon voraus, daß es eines Tages für die israelische Armee notwendig sein würde, Nablus zu beschießen, um den palästinensischen Widerstand zu bezwingen. Während dem Erstarken der Intifada im Herbst beschloß Premierminister Rabin offensichtlich, daß dieser Tag nun gekommen sei. Panzerabwehrraketen wurden aufgestellt, um palästinensische Häuser zu beschießen. Rabin hatte zuvor versprochen, als eine "vertrauensbildende" Geste im "Friedensprozeß" die Zerstörung von Häusern zu beenden. Jetzt werden die Häuser im Zuge der Erfüllung des Auftrags an Armeekomandeure, "gesuchte" Intifada-AktivistInnen zu *verhaften*, zerstört. Die Armeeinheiten benützen Handgranaten, Bomben, Panzerabwehrraketen, scharfe Munition und auch Hubschrauber, um die Wohnungen palästinensischer Familien zu zerstören, in denen sich Verfolgte versteckt halten könnten.

Von Mitte November bis Mitte Februar gab es mindestens sechs Angriffe dieser Art, vor allem im Gazastreifen. Geschätzte 80 Häuser wurden zerstört oder schwerstens beschädigt. Mitte Dezember verloren 25 Personen ihr Zuhause, als Raketen zwei Häuser in der Nähe von Khan Yunis zerstörten. Nachdem die Armee ein Haus zerstört und sechs weitere auf diese Art beschädigt hatte, stellte sich am 22. Jänner heraus, daß sich in diesen Häusern gar keine gesuchten Personen aufgehalten hatten. Betrachtet frau/man die Zahl der Verhafteten bei diesen Aktionen, die nur einen Bruchteil derer darstellt, die nun obdachlos sind, wird ersichtlich, daß dieser Raketenbeschuß eine neue kriegsgleiche Form von Kollektivbestrafung darstellt. All das ist aber nur ein Beispiel dafür, wie Rabin's Regierung sogar den düsteren Menschenrechtsverletzungs-Rekord des Likuds überfügelt, während all dem sie für "Frieden" eintritt.

Kinder werden erschossen

So wie begonnen wurde, Panzerabwehrraketen für den Krieg der Besatzer gegen die Intifada vollkommen "inoffiziell" zu verwenden, so wurden ebenfalls, ohne offizielles Zugeständnis dieser Tatsache, die Bestimmungen, wann das Feuer eröffnet werden darf, drastisch gelokkert, um nicht zu sagen aufgehoben. Die in Ramallah beheimatete Menschenrechtsorganisation *Al Haq* warnte im November, daß die neuen Schießbefehle "es militärischem Personal erlauben, ohne Warnung auf die tödlich verletzbaren Stellen eines 'bewaffneten' Menschen zu schießen. Diese Bestimmung gilt vor oder auch nach einem Angreifen des 'bewaffneten' Menschens, sie gilt auch wenn die Gefahr vorbei ist, das heißt, die Person bereits ent'waffnet' ist, oder flieht." *Al Haq* beklagte, daß dies "auf eine anhaltende Politik der willkürlichen, gesetzlich geduldeten und von israelischen Handlangern ausgeführten Morde" hinausliefe.

Dazu muß gesagt werden, daß "Waffen" in diesem Fall auch Steine, Stöcke usw. miteinschließt, wobei viele der in letzter Zeit Ermordeten nicht einmal solche "Waffen" mit sich trugen. Der 19.Dezember war ein weiterer Meilenstein der Brutalität der Besatzungsarmee: 6 Tote und 30 Verletzte nach einem von der Besatzungsarmee angerichteten Blutbad bei einer wütenden Demonstration gegen die Deportation der 413 Menschen zwei Nächte zuvor. Die Ereignisse dieses Tages in Khan Yunis veranschaulichen die von der Armee betriebene Art des Ausradierens von Menschen, was auch immer mehr die Kinder trifft. Khan Yunis stand bereits unter Ausgangssperre. Nachdem sie aufgehoben worden war, wurde ein 10-jähriges Mädchen, das Milch für die Familie holen wollte, zweimal tödlich in den Rücken getroffen. Ein 19-jähriger, der das von einem nahen Balkon beobachtet hatte, rief um Hilfe. Ihm wurde sofort in den Kopf geschossen und er starb.

MenschenrechtsaktivistInnen berichten von einer furchtbaren Statistik. Im Jänner veröffentlichte B'tselem eine Studie, die die Morde der IDF (Israeli Defense Force; offizielle Bezeichnung der israelischen Besatzungstruppen, *Anm.*) an 79 PalästinenserInnen in den ersten 6 Monaten der Amtszeit Rabins dokumentiert. Verglichen mit den 63 Ermordeten in den letzen 6 Monaten unter Shamir bedeutet das eine 20%ige Steigerung. Unter den 79 waren 17 Menschen unter 16 Jahren - eine 180%ige Steigerung der Morde an Kindern verglichen mit der ersten Hälfte von 1992. Der Prozentsatz von ermordeten Kindern steigt weiter. Von 23 im Jänner durch die Besatzer erschossenen PalästinenserInnen waren 13 jünger als 16 Jahre. Fünf der bis zum 12. Februar getöteten 13 Menschen waren unter 16. Mitte Februar wurden in nur vier Tagen 10 PalästinenserInnen ermordet.

Klar zeigt sich, daß die andere Seite der Massendeportation vom 17. Dezember der Massenmord in den besetzten Gebieten ist. Beides zielt darauf ab, soviele PalästinenserInnen wie möglich zu vernichten und den Rest durch Angst zur Unterwerfung zu zwingen, um die Intifada zu beenden und den PalästinenserInnen den israelischen Selbstverwaltungsplan aufzuzwingen. Während der Übergangszeit in der US-Regierung (die Ablöse Bush's durch Clinton, *Anm.*) "verhandelte" Rabin auf dem Schlachtfeld mit den PalästinenserInnen. Wie der Standpunkt der Zionisten in den "Friedens"verhandlungen, so ist auch ihre Botschaft: gebt alle Hoffnung auf Freiheit und Unabhängigkeit und sogar die auf ein Leben in Würde und Sicherheit auf. Aber die zionistische Kriegstaktik ging ganz einfach nicht auf.

Die Militanz nimmt zu

1992 wurden 14 israelische Soldaten oder Grenzwachen von militanten PalästinenserInnen getötet - mehr als in jedem anderen Jahr der Intifada. Es wurde auch von vermehrtem Einsatz von Feuerwaffen gegen die Besatzungstruppen und Siedler berichtet. Im Oktober und November wurde mindestens 20mal auf israelische Soldaten und Wachen geschossen. Zur gleichen Zeit erstarkte die Massenbewegung im Zusammenhang mit dem Hungerstreik aller palästinensischen politischen Gefangenen im Oktober. Die Bewegung erreichte einen neuen Höhepunkt in der 4. Jahresfeier der Intifada und dauerte im wütenden Protest gegen die Deportation der

---

▶▶

leistungen oder Umweltschutz. Ihre Propaganda argumentiert immer damit, daß Investitionen in diese Infrasttruktur Arbeitsplätze schaffen würden, aber das ist eine Lüge! Das einzige, was sie schaffen, sind bessere Profitmöglichkeiten für die Reichen und die Aufrechterhaltung der herrschenden Machtverhältnisse.

Wen verteidigt die Polizei?

Die Polizei ist Teil der Verteidigungsstrategie der herrschenden Kräfte gegen die, die unzufrieden sind und gegen ein Leben, das durch die Europäische Vereinigung fremdbestimmt ist. Die Polizei schützt immer die Arbeitgeber, Streikbrecher, Banken, Staatsoberhäupter, Rassisten, Faschisten, Vergewaltiger... Diese können völlig frei streikende ArbeiterInnen, linksorientierte DemonstrantInnen, AusländerInnen, Flüchtlinge angreifen, sie kommen sogar bei einem Mord ungeschoren davon. Die Rolle der Polizei in der Gesellschaft ist offensichtlich. Die Mehrheit der Politiker war schnell dabei, die Schüsse der Polizei auf die Demonstranten zu rechtfertigen. Aber wer wird der nächste sein? Wir fordern jeden und jede dazu auf, zu protestieren und zu zeigen, daß wir uns nicht einschüchtern lassen. Weil genau das die Polizei will.

Der Kampf gegen die kapitalistische europäische Vereinigung geht weiter

413 palästinensischen Menschen an, der sich unter anderem in einem fünftägigen Generalstreik äußerte, der in manchen Gebieten sogar noch länger andauerte.

Die Situation in den Straßen des besetzen Staates Palästina ähnelt wieder der in der ersten Phase der Intifada: PalästinenserInnen jeden Alters, die sich den Besatzungstruppen entgegenstellen. Wie damals tragen die israelischen Truppen oft Verlezungen durch Steine davon - 11 Soldaten wurden so an einem einzigen Tag, dem 12. Dezember im Lager Jabalya verletzt, 6 Soldaten am nächsten Tag an anderen Orten des besetzen Gazastreifens. Durchschnittlich werden täglich zwei Molotovcocktails geworfen. Auch Messerangriffe auf israelische Soldaten, auch durch palästinensische Frauen, sind häufig. Mitte März wurden dadurch 4 Israelis in weniger als 48 Stunden bei 4 unabhängigen Ereignissen verletzt.

In den zwei Monaten nach der Massendeportation wurden 7 Israelis von PalästinenserInnen durch Messer oder Schußwaffen getötet. Durchschnittlich gibt es 3 Anschläge mit Schußwaffen auf zionistische Ziele wöchentlich. Eigentlich alle palästinensischen Kräfte waren Teil dieser Eskalation, besonders AktivistInnen von Hamas, Islamisch Jihad, PFLP und Teile von Fatah. Das alles trotz häufiger wenn nicht ständiger Ausgangssperren im Gazastreifen und trotz den nach israelischen Angaben über 14000 palästinensischen Gefangenen. Offensichtlich hat die Massendeportation vom 17.Dezember weder Israels "Sicherheit" verbessert noch das Volk in der Intifada eingeschüchtert.

Freiheit und Unabhängigkeit

Diejenigen Kräfte, die sich gegen die von den USA forcierten Verhandlungen richten, begannen diesen Winter mit der Organisierung von neuen Nationalen Volkskomitees zur Mobilisierung des Volkes gegen die Aufbürdung des "Selbstverwaltungs"-Plans und um für die Wiederaufnahme der palästinensischen Frage in der UNO zu agitieren. An vorderster Front dieser Initiative zur Bildung von Freiheits- und Unabhängigkeitskomitees standen AktivistInnen der PFLP und der DFLP. Im Dezember trafen sich über 200 Leute aus verschiedenen Gebieten der Westbank in Jerusalem. Ausgangssperren und die Abriegelung des Gazastreifens verhinderten die Anreise von dort lebenden Leuten. Im Treffen wurde beschlossen, mit der Bildung von Komitees zu beginnen und aus Respekt den Deportierten gegenüber den Namen zu erweitern, um auch die Rückkehr einzuschließen. Das erste Freiheits-Unabhängigkeits- und Rückkehrkomitee wurde in Ramallah gegründet, ein weiteres in Bethlehem. Im Dezember begannen auch Komitees in Jenin, Tulkarm und Al Kahlil mit ihrer Arbeit, die nicht nur die Städte, sondern auch die umliegenden Dörfer und Lager einschließt. Jetzt gibt es schon in den meisten Gebieten Komitees, auch im Gazastreifen. Obwohl die Hamas den "Friedensprozeß" ablehnt, hat sie sich nicht den Komitees angeschlossen, in manchen Gebieten nehmen jedoch ihre SympathisantInnen an den Aktivitäten der Komitees teil. Ende Februar riefen die Komitees zu einer Massenkundgebung in Bir Zeit auf, an der viele Menschen teilnahmen.

Die PalästinenserInnen schließen ihre Reihen

Die jetzige Situation half die Einheit des palästinensischen Volkes zu verstärken. Doch bleibt die Frage, ob die Führungen der verschiedenen politischen Richtungen politisch und organisatorisch fähig sind, die Einheit, die notwendig ist, um die derzeitige Stärke der Intifada in eine dauerhafte umzuwandeln, aufrechtzuerhalten. Diese Frage ist schwieriger zu lösen als es aussieht, denn die Probleme liegen auf zwei Ebenen.

Die erste Ebene betrifft die ernsthaften politischen Unterschiede zur Frage, überhaupt an den "Friedensverhandlungen" teilzunehmen. Dazu kommt die eher taktische Frage, an der nächsten Verhandlungsrunde teilzunehmen, unabhängig davon, ob die Deportierten zurück in ihre Heimat dürfen und Israel sich verpflichtet keine weiteren Deportationen durchzuführen.

Die zweite Ebene ist ein Konflikt zwischen den einzelnen Organisationen, hauptsächlich bezüglich der Bemühungen der Hamas, die Rolle der PLO als einzige legitimierte Vertretung des palästinensischen Volkes anzufechten und diese selbst einzunehmen.

Die Deportation vom 17. Dezember veranlaßte die Hamas, sich mit der Vereinigten Nationalen Führung der Intifada (1991 waren folgende Organisationen darin vertreten: Fatah, PFLP, KP Palästina, DFLP und die Jihad Islami, *Anm.*) zu treffen, was sie bis zu diesem Zeitpunkt verweigert hatte. Eine gemeinsame Erklärung, die Deportation durch Massenmilitanz zu bekämpfen, wurde verabschiedet. Es gab aber keine neuen politischen oder organisatorischen Vereinbarungen zur Lösung der früheren Probleme. Und das, obwohl sich die Zusammenarbeit im Kampf zwischen der PLO zugehörigen Gruppen und der Hamas etwas verbessert hatte. Es gab weiterhin Kontakte zwischen PLO- und Hamasführung außerhalb Palästinas, doch die Fortschritte waren zweifelhaft, da sich beide Seiten mehr um die Rivalität zwischen den Organisationen, als um die für die Intifada und die Deportierten wichtige Geschlossenheit zu kümmern schienen.

Die dominierende PLO-Führung verweigert es, die Teilnahme an den "Friedensverhandlungen" zu überdenken, obwohl es sich wiederholt bestätigte, daß Selbstverwaltung schon alles sei, was dort zu erreichen wäre. Einige einflußreiche Personen, wie zum Beispiel Arafats Berater Bassam Abu Sharif, haben sogar erklärt, daß die palästinensische Delegation auch ohne die Rückkehr der Deportierten zu den Verhandlungen zurückkehren könnte, was offenkundig im krassen Gegensatz zur Meinung des Volkes steht.

(Genau dies war der Fall: die palästinensische Delegation kehrte zur 9. Verhandlungsrunde Mitte April 93 nach Washington zurück trotz der Massendeportation. Seit Mitte Juni gibt es in Washington die 10. Runde, *Anm.*)

Was die Hamas betrifft, zeigt sich, daß sich ihre Opposition zur PLO-Linie eher aus organisatorischer Rivalität als aus prinzipiellen Positionen begründet. Unter dem Druck der Deportationskrise nahmen Hamas-Führungspersonen außerhalb Palästinas Kontakt mit Botschaften verschiedener westlicher Länder, unter anderem der USA, auf. Für den Kontakt zu den USA diente die US-Botschaft in Amman (Jordanien, *Anm.*) Obwohl das geschieht, um die Rückkehr der Deportierten zu erreichen, steht es in scharfem Gegensatz zu der harten Kritik der Hamas an der Diplomatie der PLO-Führung. Kürzlich erklärte Mohammed Nazzal, Hamas-Repräsentant in Amman, daß die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates im besetzen Gazastreifen und Westjordanland ein aktzeptables Zwischenziel sei, freilich ohne die Anerkennung des zionistischen Staates. Diese Position steht im Einklang mit dem PLO-Programm des nationalen Konsenses. Sie stimmt in groben Zügen mit der Position der PFLP und anderer der PLO zugehörigen Organisationen überein, die sich bemühen, die Einheit und Repräsentation der PLO aufrechtzuerhalten, obwohl sie in Opposition zur Linie der Führung gehen, besonders zu ihrer Bereitschaft, die Verhandlungen zum jetzigen Zeitpunkt weiterzuführen.

Es bleibt die Frage, ob dies einen neuen politischen Weg der Hamas markiert, oder einfach ein bequemer Vorteil in ihren Bemühungen, mehr Akzeptanz in offiziellen arabischen und internationalen politischen Kreisen zu gewinnen, ist. Ist letzeres der Fall, würde es den Wunsch der Hamas, lieber die PLO zu ersetzen, als ihr beizutreten, unterstreichen.

Entgegen diesem Hintergrund wurde am 10. März in Amman verkündet, daß PLO und Hamas zugestimmt hatten, ein gemeinsames Kommando zur Führung des Aufstandes, eines Komitees zur Weiterverfolgung der Situation der Deportierten und eines weiteren um Lösungen für den neuerlichen Konflikt zwischen PLO/Fatah und Hamas zu finden, zu leiten. In Hinblick auf die gerade grob umrissenen Vorbehalte und die Tatsache, daß die neue Vereinbarung weder die unterschiedlichen Positionen in Bezug auf den "Friedensprozeß" noch in Bezug auf die Führung der Intifada durch die Vereinigte Nationale Führung löst, kann dies nur als vorbereitender Schritt zur Stärkung der palästinensischen Einheit gesehen werden.

An der Basis ist Einheit in Aktionen und den wichtigen politischen Zielen auffallend größer, wie sich in den täglichen Konfrontationen mit den Besatzertruppen und in der öffentlichen Meinung zeigt. Ghassan Khatib, ein Mitglied der palästinensischen Delegation, sagte im Februar der Presse gegenüber, daß auf der Straße oft Leute an ihn herantreten würden, um

ihm zu sagen, daß sie gegen eine neue Gesprächsrunde in Washington vor der Rückkehr der Deportierten sind. Anfang März sagte der Verhandlungsleiter Haider Abdul Shafi einem Reporter der Associated Press gegenüber: "Die Stimmung unter den Leuten, die wir in den Verhandlungen vertreten, ist sehr wütend. Einige wollen, daß wir den Friedensprozeß überhaupt abbrechen." Dr. Abdul Shafi bekräftigte, daß die PalästinenserInnen von den Gesprächen fernbleiben werden, wenn es keine Lösung zur Deportationskrise und der Menschenrechtssituation in den Gebieten gäbe. Und das selbst wenn die anderen arabischen Delegationen an weiteren Gesprächen teilnehmen. Er sagte auch, daß über den Zeitpunkt der Rückkehr mit Israel verhandelt werden könne, doch nur wenn Israel "unter allen Umständen von weiteren Deportationen absehe".

Eine von Jerusalemer Medien und Kommunikationszentren zwischen 18. und 20. Februar durchgeführte Meinungsumfrage unter zufällig ausgewählten PalästinenserInnen von Gaza und Westjordanland zeigt, daß 83,7% strikt gegen eine Fortführung der Verhandlungen sind bis das Deportationsproblem entschieden ist, während 35% überhaupt gegen eine Rückkehr zu den Verhandlungen sind.

Es liegt an den Kräften, die für Rückkehr der Deportierten, Selbstbestimmung und Eigenstaatlichkeit kämpfen wollen, die Einheit und Strukturen der Intifada zu stärken und die Weiterführung des Kampfes unter Beteiligung des ganzen Volkes zu ermöglichen.

Democratic Palestine, No.53, Jän/Feb/März 1993, Übersetzung: Infoladen Jelka, Graz

Die Deportierten erzählen ihre Geschichte

Im Jänner besuchte Marwan Salameh, ein Photograph der Al Hadaf, die Deportierten im "Lager der Rückkehr" in Marj Al Zuhour im Südlibanon.

Im Folgenden wird anhand einiger Erzählungen, die er aufgenommen hat, berichtet, wie Palästinenser deportiert wurden und wie sie heute leben.

Hasan Abdulrauf ist verheiratet und hat acht Kinder. Er war schockiert, als er seinen jüngeren Bruder unter den Deportierten fand:

"Es war nach neun Uhr abends, als mein Name über den Lautsprecher von Ansar III aufgerufen wurde. Ich war überrascht,weil es nicht üblich ist für Gefangene nach der Sechs-Uhr-Abendkontrolle aufgerufen zu werden. Ich hoffte, daß dieser Aufruf etwas Gutes bedeuten würde.

Ein israelischer Offizier schrie mich an: "Nimm deine Sachen und komm schnell!" Viele Fragen schossen mir durch den Kopf: "Werden sie mich freilassen? Was werden sie mit mir machen? Werden sie die Ermittlungen über meinen Fall wiederaufnehmen?"

Es kam mir vor wie in einem Film, der mich durch sich auftürmende Fragen immer mehr verwirrte. Insbesonders, da ich von meiner 38 Monate dauernden Strafe schon 15 Monate hinter mir hatte.

Ich wußte nicht was sie untereinander sprachen. Nur leises Flüstern konnte ich hören, während sie mich zum Bus beförderten. Im Bus saß ich mit verbundenen Augen, gefesselten Händen und Füßen. "Hassan, du bist gefährlich", sagte ein Soldat zu mir. "Wir haben dich vor 15 Monaten verurteilt, als du drei Soldaten in Jaffa am Jahrestag von denen, die du Hamas nennst, umgebracht hast. Dann hast du die gleiche Aktion, in dem du einen Grenzsoldaten entführt und ermordet hast, wiederholt", fügte er hinzu. Ich wußte dann, wie schon zuvor, daß ich für etwas bestraft werde, was ich nicht getan habe. Es war ohne Zweifel kollektive Bestrafung. Aber was für eine Art der Bestrafung würde es diesmal sein? Ich habe überhaupt nicht damit gerechnet, daß es Deportation sein würde, da ich ja bereits ein Gefangener war und ich schon im Gefängnis war als die Ermordung des Soldaten stattgefunden hatte.

Der Bus fuhr viele Stunden und blieb immer kurz stehen um weitere Leute einzuladen. Wir hatten nichts zu essen und zu trinken. Wenn wir nach irgendetwas fragten, wurden wir mit den Gewehrkolben geschlagen. Sie befahlen uns, in unsere Kleider zu urinieren.

Es dauerte lange Zeit und das Wetter hatte total umgeschlagen. Es wurde sehr kalt und die Luft roch nach Schnee. Mir kam es so vor, als hätten sie die Busse in einen Eisschrank gestellt. Die immer fortwährenden Schläge waren unerträglich, wie in Nazi-Gefängnissen. Dreimal verlor ich das Bewußtsein und jedesmal schütteten sie mir kaltes Wasser über den Kopf. Nach jeder kurzen Schmerzerleichterung drehten sie ihre Hinterteile zu meiner Nase.



In der Tat das ist der Faschismus, über den wir schon gehört haben. Als ich einmal um Wasser bat, fragte mich ein Soldat: "Trinkt ihr Gläubige so wie andere Menschen, oder sendet euch Gott einen Engel mit Wasser?" Dann fuhr er fort, Gott und die Engel zu beleidigen, während ein anderer mein Gesicht gegen die Scheibe drückte und meinen Unterkiefer verletzte.

Als der Bus stoppte, nahmen sie mir die Augenbinde ab. Meine Augen fühlten sich an, als würden sie aus meinem Kopf platzen. Nach ein paar Sekunden konnte ich wieder etwas erkennen. Ich wußte nicht wo ich war. Da waren viele Soldaten die verschieden aussahen und verschiedene Sprachen sprachen. Hebräische und arabische mit der libanesischen Flagge auf ihrer Brust. "Nieder mit dir, du Tier!" hörte ich auf arabisch. Es war ein Offizier der Armee von Lahd, der SLA.

Dann zog er mich an meinem Bart und sagte: " Wenn du in diese Gegend zurückkommst, werde ich dich erschießen."

Wir waren eine große Menge von Leuten und sie zwangen uns in Lastwagen. 70 in jeden Lastwagen. Ich habe die anderen angeschaut, ob ich jemand erkenne.

Da waren ein Imam und ein Student die mich unterstützten bevor ich gefangen genommen wurde, als ich noch Verwalter der Islamischen Universität in Gaza gewesen bin. Ich grüßte sie mit den Worten: "Der Friede sei mit euch ." Sie erwiderten meinen Gruß mit Demut in ihren Stimmen.

Die LKWs fuhren bis zur Grenzstation Zamraya (der die besetzte Zone [von den Israelis besetztes Gebiet des Südlibanon, *Anm.*] von dem Rest Libanons trennt).

In der Gegend von Marj Al Zuhour stoppte uns eine Gruppe von Soldaten und sie sagten bestimmt, aber mit traurigen Worten: "Geht zurück, Freunde! Die libanesische Regierung verbietet eure Einreise in unser Gebiet. Bitte seid nicht verärgert. Das sind unsere Befehle, meine Herren", sagte der libanesische Offizier.

Aber als wir versuchten umzukehren sahen wir, daß die Grenze von den Israelischen Truppen und der SLA, die das Feuer gegen uns eröffnete, geschlossen worden war. Also kehrten wir an diesen Platz zurück,wo wir den Boden für unsere Bet-

ten gefunden hatten."

Marwan Muhamed Al Arbid arbeitet als Pförtner und steht nicht in Verbindung mit Hamas. Er wollte seit sieben Monaten heiraten, aber jedesmal wenn er den Hochzeitstermin festgesetzt hatte, wurde er verhaftet.

Er erzählt seine Geschichte:

"Ich ging nicht zur Schule, weil ich meinem Vater bei seiner Arbeit half. Alle Beschuldigungen gegen mich sind grundlos. Das einzige, was ich getan habe war, daß ich jeden Freitag in die heilige Moschee Al Aqsa ging um zu beten. Meine Mutter sagte mir immer, daß wer auch immer die meiste Zeit in Al Aqsa betet, wird gepriesen und gesegnet sein, so als ob er die Pilgerfahrt gemacht hätte.

Die Soldaten kannten keine Gnade. Sie stürmten wie wütende Ochsen in unser Haus und verprügelten mich und sagten zu mir: "Du hast einen Grenzsoldaten gekidnappt. Wir werden euch alle wie Mäuse in die Negev (Wüste in Palästina, *Anm.)* werfen, wo Schlangen und Skorpione euch töten werden."

Sie schmissen mich in das Militärfahrzeug wie einen Sack Kartoffel. Glaubt mir, wenn ich kein Fett auf meinem Körper gehabt hätte, hätten sie meine Knochen gebrochen...

Sie waren sehr verärgert, als ich nach Wasser verlangte, um zu trinken.

Einer von ihnen bat mir sein Urin an. Ich konnte es nicht sehen, weil meine Augen verbunden waren, aber der Geruch blieb bis wir in Marj Al Zuhour ankamen, wo ich mich sofort übergeben mußte. Solange, bis ich dachte mein Magen würde aus meinem Mund kommen...

Wenn Gott will, werde ich in meine Heimat zurückkehren. Ich vermisse meine Familie und meine Arbeit."

Sheikh Hamed Al Baitwai ist ein bekannter Prediger in der Al Aqsa Moschee. Er ist Führer der "League of Palestine's Ulama" (Religiöse Stipendiaten), Richter beim Tulkarm-Gericht und der stellvertretende Präsident beim Wohltätigkeitskomitee.

Er ist verheiratet und hat sieben Kinder. Er ist kein Mitglied der Hamas, hat aber furchtlos zum jihad *in der Al Aqa Moschee aufgerufen. Er ist viele Male verhaftet und unter Hausarrest gestellt worden. Die Besatzungsbehörde hat ihm nicht einmal erlaubt, seine Eltern, die im Nachbardorf Baita (zehn Kilometer von seinem Dorf Nablus) wohnen, zu besuchen. Einmal sperrten sie ihn und drei seiner Söhne für ein Jahr ein.*

"Sie respektierten weder mein Alter noch mein weißes Haar. Am Abend wurde ich verhaftet... Unter ihren Schlägen brach ich zusammen...Als sie mich zum Militärhauptquartier in Nablus brachten, regnete es so stark, wie wenn es auf eine große Gefahr hindeuten würde. Dort mußte ich vor dem Gebäude im Regen mit verbundenen Augen, gefesselten Händen und Füßen stehen. "Oh Gott, was für eine Prüfung ist das?" - fragte ich mich...

Die Soldaten beleidigten unsere Religion und ihren Worten folgten Schläge.

"Entspann dich und nimm es leicht, Sheikh!" Mit diesen Worten begann der Sicherheitsoffizier das Verhör.

"Weißt du, Sheikh Hamed, daß einige Leute den Staat Israel mit Raketen, andere mit Pistolen und wieder andere mit Steinen bekämpfen? Aber die Gefahr die du und Leute wie du darstellen liegt in ihren Worten.... Wörter sind zielführender als Schwerter und Raketen.

Deine Predigten bringen junge Menschen zur Revolte und dazu ohne Angst den Panzern gegenüberzutreten.Vor allem wenn du ihnen sagst, daß die Belohung für Märtyrertum von Gott groß ist. Darum werden wir Menschen wie dich für immer zum Schweigen bringen!"

Die Israelis glauben, daß sie sich schützen können indem sie uns deportieren. Aber sie wissen nicht, daß das palästinensische Volk für den Willen Gottes und für ihr Heimatland kämpfen wird.

Diejenigen Leute, die Izadan Al Qassam, Ghassan Kanafani, Abu Jihad, Abu Ali Iyad (Führer der Fatah, bis er in Jordanien 1971 einen Märtyrertod starb) und andere hervorgebracht haben, werden neue Prediger hervorbringen um unseren Platz einzunehmen und aufzurufen für die Verteidigung unseres Heimatlandes.Wir glauben noch immer daran, daß wir in unser Heimatland zurückkehren werden, um für den Terroristen Rabin ein Hindernis zu bleiben. Wenn Gott es so will."

Die Marj Al Zahour Universität

Khaled Khalil Ramaed, einer der Deportierten in Marj Al Zahour unterbreitete Professor Abdulfatah Owaisi den Vorschlag, daß die Studenten unter den Deportierten ihre Prüfungen und ihr Studium abschließen können. Khaled studierte seit 1986 an der Hebron Universität.

Die Idee gefiel Professor Owaisi, der dann vorschlug, eine Universität zu gründen, wenn genügend Studenten und Professoren unter den Deportierten waren, um einen Vorlesungssaal zu füllen.

Professor Owaisi stimmte also zu, die Prüfungen zu überwachen. Aber er warnte Khaled davor, daß die schwierigen Bedingungen der Deportation dabei nicht in Betracht gezogen werden. Wenn er durchkommt, würde das auf seiner Universität in Palästina vermerkt werden, aber auch dann, wenn er nicht besteht, würde das registriert werden. Khaled bestand sein Examen mit 45 von 50 Punkten.

Am nächsten Tag begannen beinahe 30 Studenten unter den Vertriebenen auf einem Hügel fleißig zu graben, um etwas ähnliches wie einen Lehrsaal zu errichten.

Sie nannten es die Marj Al Zuhour University (Ibn Taemia College für Deportierte).

Dr. Abdulfatah Owaisi absolvierte die Exter-Universität in England und lehrte an der Hebron Universität. Zu der Palästinafrage hat er einige wissenschaftliche Arbeiten veröffentlicht.

Er ist Vater von acht Kindern, das jüngste wurde zwei Tage nach seiner Vertreibung geboren.

Er erzählt uns über den neuen Universitätslehrplan:

"Wir lehren unsere Studenten alles über Palästina, das ist einer der Gegenstände der Universität in Palästina. Um ihnen bewußt zu machen was das Wesen des Feindes ist, und was um sie herum passiert.Wir werden keinen Studenten bevorzugen, angesichts der Bedingungen im Camp. Wir sind dabei, den Feind herauszufordern. Wer also den Erfolg verdient, soll ihn haben und umgekehrt. Wir, die 17 Professoren die deportiert wurden, haben uns dazu entschieden, zwei Semester auf ein Monat zu kürzen. Jeden Tag gibt es eine 45-minütige Einheit. Nach einem Monat müssen sie eine Prüfung ablegen, die wir der Presse darlegen werden. Danach werden die Ergebnisse in die besetzten Gebiete geschickt, wo sie an den Universitäten registriert werden. Wir sind fest dazu entschlossen, der Welt zu beweisen - daß wir uns selbst fortbilden können, und daß wir in unsere Heimat zurückkehren. Wenn Gott es so will.

Was für eine Rechtmäßigkeit, Demokratie und Menschlichkeit ist das, worüber sie in der entwickelten Welt sprechen, die dieses rassistischen Wesen [Israel] gegründet hat und nach wie vor beschützt... Sie kennen die Bedeutung von Menschlichkeit nicht und sie haben auch nie gute Absichten, was unsere Nation angeht. Unglücklicherweise sind die Führer unserer Nation in Einigkeit mit ihnen - in den sogenannten Friedensverhandlungen. Ich fordere Rabin dazu heraus, uns zu einem öffentlichen Prozeß zu bringen und diejenigen einzusperren die es verdienen. Aber er weiß, daß wir unschuldig sind, deswegen ignoriert er auch die UN-Resolutionen...War es nicht Israel, das die internationale Anerkennung erzwang? Hat Israel die Resolutionen 242 oder 338 des Sicherheitsrates erfüllt? Oder hat Israel sich von den 1967 besetzten Gebieten zurückgezogen?

Israel hat viele Resolutionen verletzt und wurde dabei von den USA und durch die Legitimität der mächtigen Staaten unterstützt.

Wir werden keine Alternative außer der Rückkehr in unser Heimatland akzeptieren, auch wenn das bedeutet, in die Gefängnisse zurückzukehren...

Das Schwierigste ist die demütigende Stille der Arabischen und Islamischen Nation. Als ob Verurteilungen und Bedauerungen die Rückkehr der Deportierten sichern würde...

Wir hoffen, daß sie aufwachen werden, ihr Schweigen brechen und diese grausame Spiel der "Friedens"-Verhandlungen beenden werden."

IGARA-AktivistInnen 21.6.93

HUMANIC-Streik beendet

Der Streik von 280 ArbeiterInnen, vor allem Frauen, im Humanic-Werk Çorlu/ Türkei ist beendet, nachdem die ArbeiterInnen die von der Gewerkschaftsführung ausgehandelten ca. 4000,- ÖS pro Person am Montag, 14. Juni 93 erhielten.

Bei den ca. 4000,- ÖS handelt es sich um eine nachträgliche Lohnerhöhung von 60 % für die Monate Februar bis Juni 1992 und eine "Abfertigung".

Ohne hier eine Einschätzung des Streiks zu geben, wollen wir feststellen, daß keine der ursprünglichen Streikforderungen durchgesetzt werden konnte. In einer Vereinbarung zwischen zentraler Gewerkschaftsführung und Humanic-Geschäftsführung wurden am 3. Mai die oben genannten Angebote der Humanic-Betriebsleitung akzeptiert, aber eine Fortsetzung des Streiks bis zur Auszahlung der Gelder Ende Mai beschlossen. Da die Humanic-Geschäftsführung vertragswidrig die Gelder erst Mitte Juni auszahlte, ging der Streik bis zum Auszahlungstag weiter.

Das Humanic-Werk ist derzeit geschlossen und die Eigentümer planen einen Verkauf.

Daß mit dem Ende des Streiks der Einflup der LederarbeiterInnengewerkschaft Deri Is keineswegs zurückgegangen ist, zeigt die Tatsache, daß im Mai/Juni im Industriegebiet Çorlu (nordwestlich von Istanbul) in acht Lederfabriken etwa 180 ArbeiterInnen die Arbeit niedergelegt haben. Hintergrund ist die Entlassung von gewerkschaftlich aktiven und organisierten ArbeiterInnen in diesen Betrieben, was zur Arbeitsniederlegung der gesamten Belegschaft dieser acht Firmen geführt hat.

Inzwischen wurden in zwei von den acht Betrieben die Forderungen der ArbeiterInnen akzeptiert, darunter die Rücknahme der Entlassungen, und darauf in beiden Werken der Ausstand beendet.

In den sechs anderen Betrieben geht die Arbeitsniederlegung (die kein "offizieller" Streik nach den türkischen Arbeitsgesetzen ist) weiter.

Die IGARA und die Solidaritätsgruppe Humanic-Streik haben alle bis Anfang Juni eingetroffenen Spenden ans Humanic-Streikkomitee in Çorlu überwiesen. Insgesamt wurden über die zwei Gruppen knapp über 30.000 ÖS an die Streikenden geschickt, über 10.000 Flugblätter auf deutsch, mehr als 1000 auf türkisch verteilt, tausende Plakate und Pickerl geklebt.

Im Namen der Streikenden danken wir allen UnterstützerInnen!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

(Eine Dokumentation über den Streik bei Humanic in Çorlu ist bei der IGARA, 1070 Stiftgasse 8 erhältlich)

Aus: Neues Deutschland, 26.2.1993

Iraks Kinder haben keine Lobby

"New York Times" bestätigt Enthüllung des ND: USA verschossen im Golfkrieg radioaktive Panzermunition

Mitte Juli 1992 hatte Neues Deutschland als erste deutsche Zeitung berichtet: Im Irak sind Kinder nach Kontakt mit radioaktiver Munition, die die US-Army während des Golfkrieges einsetzte, erkrankt. Diese Angaben hat unlängst der US-amerikanische Mediziner Eric Hoskins in einem aufsehenerregenden Beitrag in der New York Times bestätigt.

Der renommierte Kinderarzt Prof. Siegwart-Horst Günther hatte nach einer seiner zahlreichen Hilfsaktionen für irakische Kinder im ND festgestellt, daß seine kleinen Patienten nach dem Spielen mit bestimmten amerikanischen Geschoßhülsen typische Symptome von Strahlungskrankheiten erkennen ließen. Der erfahrene Mediziner, er hatte unter anderem an der Seite Albert Schweitzers in dessen Urwaldhospital in Lambarene gearbeitet, wollte sich Gewißheit verschaffen.

Bei seiner Rückkehr aus dem Irak ließ er ein Projektil im Klinikum Charlottenburg der Freien Universität Berlin untersuchen. Die Messungen bestätigten seinen Verdacht: Die panzerbrechenden Geschosse waren radioaktiv. Prof. Günther als Überbringer der schlechten Botschaft geriet allerdings erst einmal in die Fänge der Berliner Justiz. Die Untersuchungen am Klinikum Charlottenburg waren noch im Gange, als sieben Polizeibeamte mit Spezialausrüstung und schwerem Transportfahrzeug das corpus delicti beschlagnahmten. Gegen den Arzt wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet und, wie dieser Tage die Justizpressestelle gegenüber ND bestätigte, ein Strafbefehl ausgesprochen.

Was wie eine Justizposse anmutet - auch die New York Times berichtete vom Eifer Berliner Gesetzeshüter -, hat jedoch einen ernsten militärtechnischen Hintergrund. Schon im April 1991 stellte die britische Atomenergiebehörde in einem vertraulichen Bericht fest, daß die alliierten Streitkräfte bei ihren Kämpfen im Irak und in Kuweit mindestens 40 Tonnen uranhaltiger Munition verschossen haben. Das US-Verteidigungsministerium behauptete daraufhin bislang immer, die Strahlung dieser Geschosse sei derart schwach, daß sie nicht als radioaktive Waffen klassifiziert werden könnten. Zu keinem Zeitpunkt wurde allerdings bestritten, daß die während der Operation "Wüstensturm" verschossenen Granaten ihre panzerbrechenden Eigenschaften gehärtetem Uran verdanken. Dazu wird ein Abfallprodukt aus dem Uran-Anreicherungsprozeß verwendet.

Die Technologie für diese Art der Härtung von Geschossen, so fand der Hamburger Friedensforscher Götz Neuneck heraus, stammt aus Deutschland. Die Kanone des amerikanischen Panzers M-1 ist die selbe wie die des Leopard-2. Der Düsseldorfer Rheinmetall-Konzern, der die Kanone für den Leopard fertigt, besitzt auch die Lizenz für die amerikanische Kanonenfertigung. Was die Radioaktivität dieser Panzergeschosse anbetrifft, hatte der britische Geheimbericht klar festgestellt, daß bei längerem Kontakt mit dieser Munition Gesundheitsschädigungen eintreten. Das radioaktive Material drohe in die Nahrungskette und ins Trinkwasser einzudringen. Die überall im Irak herumliegenden Geschosse, so hatte Prof. Günther beobachtet, dienen den irakischen Kindern häufig als Spielzeug. Und der Arzt registrierte bei seinen Visiten in den Kinderkrankenhäusern in Bagdad und Basra eine auffällige Zunahme von lymphatischer Leukämie, aplastischer Anämie und Hodgkin, deutliche Indizien für radioaktive Verstrahlung. Der Arzt beobachtete bei diesen Kindern auch neuartige Symptome, die bisher nicht eindeutig geklärt werden konnten, jedoch von Prof. Günther ebenfalls auf Kontakt mit radioaktivem Material zurückgeführt wurden.

Diese These ist nun auch von dem Arzt Eric Hoskins aufgegriffen worden. Der Wissenschaftler leitete eine Untersuchung der Elite-Universität Harvard über die gesundheitliche Situation im Nachkriegsirak. Hoskins bestätigte die Beobachtung von Prof. Günther über abnorme Unterleibsschwellungen bei irakischen Kindern, die der US-Mediziner ebenfalls auf ein Nierenversagen infolge des Kontakts mit Panzergeschossen diagnostizierte. Nach Meinung von Eric Hoskins potenziert sich die radioaktive und toxische Wirkung der Granaten nach ihrem Abschuß. Die sich bildenden uranhaltigen Staubpartikel können sich relativ leicht in den menschlichen Organen absetzen. Immerhin sollen jetzt 35 GIs in einem mehrjährigen Langzeitprogramm betreut werden. Die von der Strahlung betroffenen Soldaten sind Opfer der eigenen Kriegsführung geworden.

Im Krieg gegen den Irak beschossen die Amerikaner mehrmals aus Flugzeugen irrtümlich eigene Panzer mit stahlbrechenden Granaten. Als die Fahrzeuge in Brand gerieten, atmeten die Besatzungen uranhaltige Dämpfe ein. Aber auch beim Abfeuern der Munition waren die Mannschaften radioaktiver Strahlung ausgesetzt. Das US-Verteidigungsministerium soll demnächst dazu einen Bericht an das amerikanische Parlament geben. Der Kongreß hat eine entsprechende Untersuchung in Auftrag gegeben.

Inzwischen wurde im mit den USA befreundeten Kuweit eine große Aufklärungskampagne gestartet, die vor der strahlenden Munition warnt. Die Masse der Geschosse liegt allerdings im Irak. Und das ist nach wie vor Feindesland. Da dürfen irakische Kinder in Washington keine Lobby erwarten. Dabei ist die Situation dort mehr als düster. Wie Eric Hoskins feststellte, stieg die Todesrate bei den irakischen Kindern unter 5 Jahren stark an. Allein in den ersten 8 Monaten des Jahres 1991 starben 50.000 von ihnen.

Aus: (1) Internationalismus-Rundbrief Nr.3 (abgedruckt im Info-Verteiler Nr.22/Oktober 1991); (2) Peru Bulletin, Nr.3, Jänner - März 1993 (Organ des "Committee for Defense of Revolution in Peru", London); (3) ND, 6.4.93; (4) ND, 7.4.93; (5) ND, 8.4.93; (6) ND, 13.4.93; (7) ND, 5.4.93; (8) Rede des Vorsitzenden Gonzalo vom 24.9.1992 in der Hauptkaserne der Antiterrorpolizei (abgedruckt im Info-Verteiler Nr. 32/Dezember 1992)

Peru

Landesdaten

Peru umfaßt ein Gebiet von 1.285.215 km² (16 mal so groß wie Österreich) und ist in drei Regionen aufgeteilt: Küste, Hochland und Amazonasgebiet. Das Land verfügt über reichhaltige Rohstoffe, die vor allem im Süden zu finden sind. Peru hat ca. 21 Millionen Einwohner (knapp 3 mal so viele wie Österreich), von denen 35% in der Hauptstadt Lima und 43% im Hochland leben.

Gesellschaft

Das gegenwärtige Peru ist eine halbfeudale und halbkoloniale Gesellschaft, in der sich ein bürokratischer Kapitalismus entwickelt. Ein verspäteter Kapitalismus, der an die Interessen der Großgrundbesitzer gebunden ist und der infolgedessen nicht die Zerstörung, sondern die Evolution der Halbfeudalität sucht. Es handelt sich - was noch wichtiger ist - um einen Kapitalismus, der vollständig dem Imperialismus unterworfen ist, und da hauptsächlich dem US-amerikanischen, und der daher nicht die großen produktiven Kräfte unseres Heimatlandes entwickelt, der sie behindert oder zerstört und der die Entwicklung der nationalen Ökonomie verhindert.

Die Zivil- oder Militärregierungen üben zum Vorteil der Großbourgeoisie, der Großgrundbesitzer und des Imperialismus eine Diktatur über das Volk, über das Proletariat, Bauern, Kleinbürgertum bis hin zur National- oder Mittelbourgeoisie aus. Sie haben das Volk in Hunger und Elend gestürzt. Sie haben es verfolgt, verhaftet, gefoltert und ermordet bis hin zu Massenmorden als Reaktion darauf, daß das Volk es gewagt hat, sich unter der Führung der Kommunistischen Partei Perus (PCP) im bewaffneten Kampf zu erheben. Dies wird so weitergehen, wenn die herrschende Ordnung nicht bis in ihre Fundamente zerstört wird. (1)

Die derzeitige Situation

Zehn Tage nach seinem Amtsantritt (28.7.1990) verfügte Präsident Fujimori die ersten Wirtschaftsmaßnahmen, die unter der Bezeichnung "Fujimori-Schock" bekannt wurden: Benzin wurde um 3200%, Milch, Brot, Zucker, Teigwaren, also Grundnahrungsmittel wurden um 500% bis 700% verteuert, die Kosten für öffentliche Verkehrsmittel stiegen um 2000%. Gleichzeitig sanken die Steuern für Großgrundbesitzer und Großunternehmer. Die Maßnahmen waren Teil der vom Internationalen Währungsfonds und anderen internationalen Organisationen verlangten Voraussetzungen für die Gewährung neuer Kredite. Ein Journalist aus Lima kommentierte dies so: "Wir haben europäische Preise und afrikanische Löhne." (1)

Am 5. April 1992 putschte der Präsident und jagte den Kongreß auseinander, feuerte in den darauffolgenden Wochen 700 Richter und 1000 Regierungsbeamte und räumte auch unter den Uniformierten auf, die ihn beim Putsch unterstützt hatten. Ein Jahr nach Fujimoris Putsch feiert die Korruption fröhliche Urständ, der illegale Drogenhandel blüht und gedeiht (1992 wurden von schätzungsweise 645 Tonnen Kokain lediglich 8 Tonnen beschlagnahmt) und die Wirtschaft steckt im Chaos, obgleich es gelang, die Inflationsrate durch drastische Sparmaßnahmen von 7650 auf 57 Prozent zu senken.(5)

Im Dezember 1992, während der Wahlen für den Scheinkongreß (das peruanische Parlament) und während das Regime jegliche Anstrengung unternahm, das Vertrauen in seine internationalen Hintermänner zu stützen, diese zu überreden, Investitionen in Peru zu riskieren, haben bewaffnete Streiks die Hauptstadt Lima praktisch lahmgelegt. Diese waren so effektiv, daß das Regime sich gezwungen sah, einen nationalen Feiertag auszurufen, um die starke Unterstützung des Streiks durch das Volk und die Tatsache, daß das Land zum Stillstand gekommen war, zu verschleiern. (2)

Nach den Wahlen begann das Regime, verstaatlichte Betriebe an internationale Konsortien zu verhökern, z.B. die nationale Fluggesellschaft, einige profitable Minen und Industrien, um Geld aufzutreiben und internationales Kapital anzuziehen. Der Wirtschaftsminister, ein enger Verbündeter Fujimoris, der den "Fujimori-Schock" und die "monetaristische" Politik des Regimes geleitet hatte, trat wegen Unstimmigkeiten mit seinem Präsident zurück. (2)

Im Jänner 1993 begann der neue Kongreß alle (über 300) Dekrete, die der Diktator seit seinem Putsch im April erlassen hatte, anzuerkennen, womit er klar zu erkennen gab, daß er nichts als ein Jasager-Parlament und verlängerter Arm der Diktatur ist. Während alle Oppositionsparteien die Wahlen boykottierten, besteht das Regime darauf, daß ein neuer, demokratischer Kongreß gewählt worden sei. Das ist eine neue Masche, um die öffentliche Meinung in den imperialistischen Ländern zu beruhigen, damit der neue Chef im Weißen Haus beginnen kann, Kredite zu vergeben und das bankrotte Regime in Ruhe zu stützen, ohne Fragen beantworten zu müssen und von der Wählerschaft belästigt zu werden. (2)

Für den Fall, daß das nicht genug war, um zu zeigen, daß das Regime stabil, demokratisch und moralisch gerechtfertigt ist, ging Herr Fujimori noch einen Schritt weiter. Er begann, seine homosexuellen Diplomaten zu entlassen, als ob die ökonomischen, politischen und sozialen Probleme Perus von ein paar schwulen Elementen auf der Lohnliste der Regierung verursacht wären. In Wirklichkeit ist Fujimoris Moral die, die typisch ist für die Bettgenossen der Drogenbarone und seiner imperialistischen Herren. (2)

Es gab auch einige fehlgeschlagene Putschversuche von unzufriedenen Generälen. Derselbe General, der den Führer der PCP, Dr. Guzman wegen Hochverrat zu lebenslang verurteilte, suchte in Argentinien um Asyl an, weil er um sein Leben fürchte, nachdem er das Fujimori-Regime wegen der falschen Behandlung der Putschisten kritisiert hatte. (2)

In Peru scheint der Staat ohne klare Richtung und kopfloser als je zuvor zu sein. Fujimoris beste Mitstreiter verlassen das sinkende Schiff, weil sie erkennen, daß ihr Kapitän unfähig ist und sie springen ab, bevor es zu spät ist. "Talk about stability." Das ist eher, als ob man an einem Felsen baumelt in der Hoffnung, daß einen der Strick um den eigenen Hals retten wird. Wenn das Stabilität bedeutet, dann wünschen wir Herrn Fujimori mehr davon. (2)

Volkskrieg

Das Jahr 1980 kann als das Jahr des Beginns des Volkskrieges bezeichnet werden. In den folgenden beiden Jahren begann die Entwicklung des Guerillakrieges durch die Kommunistische Partei Perus (PCP) unter Führung von Dr. Abimael Guzman (Gonzalo) und es wurden die ersten Volkskomitees gebildet. Der Volkskrieg wird in verschiedenen Formen geführt:

1. Die Agitation und bewaffnete Propaganda, d.h. Propaganda unter dem Schutz der Waffen bilden die öffentliche Meinung. 2. Die Sabotage zielt auf die Untergrabung der Ökonomie des Staates, besonders in Lima, wo der größte Teil der Industrie angesiedelt ist. 3. Die selektive Vernichtung, die gegen die Autoritäten und die Bürokratie gerichtet ist, erzeugt ein Machtvakuum und verschärft die Widersprüche zwischen Offizieren und Soldaten. 4. Die Guerillakämpfe entwickeln sich in Form von Überfällen und Angriffen, auch die bewaffneten Streiks werden als sehr wichtige Kampfform benutzt.

Ziel ist die Schaffung von "offenen Volkskomitees" (d.h. öffentlich bekannte Komitees, für alle sichtbar und charakterisiert durch Beflaggung). Die PCP organisiert durch die Guerilla-Volksarmee EGP "Volksschulen" und bildet Unterstützergruppen. Diese Politik führt auf dem Land dazu, daß sich dort eine neue Macht bildet, in den Städten führt sie zur Bildung der revolutionären Bewegung zur Verteidigung des Volkes, die auf die zukünftige Erhebung zielt. Diese Bewegung besteht aus Arbeitern, Bauern, Slumbewohnern und Kleinbürgern.

Die Revolution schreitet voran. Der von der Kommunistischen Partei Perus (PCP) geführte Volkskrieg hat eine neue Stufe erreicht. Die zu Jahresende veröffentlich-



ten Statistiken zeigen, daß 1992 die Aktivitäten der PGA stark angestiegen sind. Obwohl der Vorsitzende der PCP Gonzalo im September 1992 gefangengenommen wurde, überstieg die Anzahl der bewaffneten Streiks in den darauffolgenden vier Monaten die Anzahl aller Aktionen in den acht Monaten davor. In den zwölf Jahren des Volkskrieges wurde dies noch nie erreicht. Es ist eine Tatsache, daß die Verhaftung von Dr. Abimael Guzman das Volk noch entschlossener als je zuvor gemacht hat, den endgültigen Zusammenbruch dieses reaktionären Marionettenregimes näher zu bringen. Was kann besser sein, um das Leben Gonzalos zu retten? (2)

Nach der Verhaftung des Vorsitzenden Gonzalo bildete sich ein internationales "Komitee zur Rettung des Lebens des Vorsitzenden Gonzalo" mit Sitz der Leitung in London. Es kam zu Solidaritätsdemonstrationen in Ländern aller Kontinente, z.B. in Bangla Desh, Nepal, ...

An einem Treffen des Komitees in der BRD am 27. und 28.2.1993 nahmen ca. 1000 Menschen aus über 30 Ländern teil, darunter u.a. die Schwiegereltern von Dr. Guzman und Louis Arce Borja, der Direktor von "El Diario" (PCP-nahe Zeitung). (2)

"Im nächsten Jahr jährt sich der Geburtstag des Vorsitzenden Mao. Wir müssen dies feiern. Wir wollen eine unvergeßliche Feier durchführen. Mit der Feier sollten wir in diesem Jahr (1992) beginnen und im nächsten Jahr enden." (8) Peruanische Rebellen begrüßten den Jahreswechsel 1993 mit der Sprengung von Hochspannungsmasten, die weite Teile der Hauptstadt und der angrenzenden Küstenstädte in Dunkelheit hüllten. (...) Den Angriffen folgte eine Welle von Bombenanschlägen und Schüssen aus Autos auf Botschaften in Lima, darunter die diplomatischen Hauptquartiere von Japan, Österreich, Costa Rica, China, Ekuador und Chile. Die Angriffe, bei denen 30 Menschen verwundet wurden und großer Sachschaden entstand, fielen zusammen mit dem 100. Geburtstag von Mao Tse-Tung (26.12.). (2)

Laut einer Polizeimeldung töteten Guerillas der PCP am 5.2.1993 18 Polizisten und einen Zivilisten in einem Hinterhalt auf einer Landstraße im Norder Perus in der Nähe der Grenze zu Ekuador. Die Rebellen fingen drei Polizeioffiziere ab, die in einem Privatauto von Huarmaca, einer Stadt in der nördlichen Provinz Piura zurückkehrten, wo sie die Lohntüten für die örtliche Polizei abgegeben hatten. Die drei wurden von den Rebellen gefangengenommen, weggebracht und hingerichtet. Als die Nachricht von dem Angriff die Provinzhauptstadt von Huancabamba erreichte, wurde eine Patrouille ausgeschickt, um die Leichen zurückzuholen und die Rebellen zu suchen. Auch ein Privatwagen, gelenkt von einem Zivilisten, kam mit. Aber als die Patrouille die Szene betrat, geriet sie in einen Hinterhalt der Rebellen, die 15 Polizisten und den Zivilisten töteten. Die Guerilla requirierte Waffen und Munition der toten Polizisten und zog sich in die Berge zurück. (2)

Gegen Desinformation

Die bürgerlichen Medien bemühen sich, die PCP als einen Haufen von Kokaindealern und Terroristen darzustellen. Nicht einmal der tatsächliche Name der Bewegung, kommunistische Partei Perus, kommt in dieser "Berichterstattung" vor, es ist immer nur die Rede vom "Leuchtenden Pfad". Mit Greuelmärchen wie "die PCP ermordet Schwule" oder "die PCP ermordet fortschrittliche Sozialarbeiter" (siehe "Mutter Courage" weiter unten) wird suggeriert, daß die PCP gegen das Volk kämpft. Gegendarstellungen werden nie veröffentlicht. Das Märchen der Schwulenhetze basiert auf einem Bericht über die Hinrichtung eines Armeegenerals durch die Guerilla. In den Medien wurde geschrieben, die Guerilla hätte einen Schwulen ermordet, weil er schwul war. Die Wahrheit ist, daß ein General hingerichtet wurde, nicht weil er schwul, sondern weil er Teil des Unterdrückungsapparates war. Ähnlich war die Berichterstattung über die Hinrichtung von Elena Moyano:

Die Wahrheit über "Mutter Courage"

Letztes Jahr wurde Maria Elena Moyano von peruanischen Revolutionären wegen ihrer Aktivitäten zugunsten des Fujimori-Regimes hingerichtet. Frau Moyano, ehemalige Bürgermeisterin des Slums Villa El Salvador, wurde von den Leuten dort der Veruntreuung der Fondsgelder zur Unterstützung von Hungernden beschuldigt. Sie reagierte, indem sie jeden, der es wagte, sie zu kritisieren, der Mitgliedschaft in der PCP beschuldigte. Diese ihre Aktivitäten hatten zur Folge, daß hunderte Frauen, Männer und sogar Kinder verhaftet, gefoltert, ermordet wurden und in den Händen von Fujimoris Regierung "verschwanden". Mehr noch, sie organisierte eine Stadtmiliz, rekrutiert aus kriminellen Elementen und zum Zweck, die Interessen der herrschenden Elite Perus zu verteidigen, indem sie den Volksbefreiungskampf bekämpfen.

Als sie starb, verlieh ihr "Caretas", wohl die am meisten rechts stehende Zeitschrift Perus, den Titel "Mutter Courage" und schrieb, sie war "einer der besten Generäle im Krieg" (gegen das Volk).

Militärherrschaft

Trotz einer Dekade demokratischer Herrschaft stehen drei Viertel Perus unter militärischer, nicht unter ziviler Verwaltung, unter Ausnahmezustand zwecks Bekämpfung der PCP-Guerillas/os. Um diese zu bekämpfen, haben die peruanischen Streitkräfte die Bevölkerung selbst zu ihrer Zielscheibe gemacht. Laut Menschenrechtsorganisationen sind Massenhinrichtungen, Vergewaltigungen und Folterungen durch die Streitkräfte alltägliche Realität in den "Ausnahmezustandszonen". Jede/r mit dunkler Haut und einem ländlichen Akzent wird als potentieller "Subversiver" der PCP betrachtet.

Nach Berichten der Vereinten Nationen gibt es in Peru weltweit die meisten "Verschwundenen", die meisten der Opfer sind "cholos" - Leute mit spanisch-indianischer Abstammung auf der niedrigsten Stufe der peruanischen Gesellschaft. In den Wochen nach Fujimoris Wahl "verschwanden" 21 Menschen in der Stadt Ayacucho, die 1982 als erste zur Ausnahmezustandszone erklärt wurde. Ein Opfer war die Menschenrechtsaktivistin Guadalupe Ocallocunto, die am Morgen der Wahl von Männern in militärischen Uniformen aus ihrem Haus geholt wurde. Ein populärer Folk-Sänger "wurde verschwunden", weil er "Retama Flower" sang, eine sehr bekannte Ballade, die jetzt als subversiv gilt wegen ihrer offenen Hinweise auf Bauernmorde durch Polizisten. Jaime Carron, der stellvertretende Rektor der Provinzuniversität der Stadt Huancayo und sein Chauffeur wurden am Vatertag ermordet aufgefunden, ihre Körper waren brutal gefoltert worden. Zuletzt wurden sie von Zeugen gesehen, als sie von Soldaten angehalten wurden. Die Universität ist nun geschlossen, weil die Professoren und Studenten aus Angst um ihr Leben sie massenhaft verlassen haben. Arbeiter, die ein letztes Jahr von der Navy geräumtes Gebäude in der Bergstadt Huanta renovierten, fanden ein Massengrab unter dem Boden. Die vier bis jetzt exhumierten Leichen waren die von jungen Männern, schwerstens gefoltert, ihre Münder waren noch immer mit Papier vollgestopft. "Wir haben hier einen Ausdruck: "La tropa esta suelta" (die Truppe ist los)", sagt ein Menschenrechtsaktivist, der darum bittet, anonym zu bleiben. "Genau jetzt erleidet Peru seine schlimmste Periode der Gewalt in zehn Jahren." (2)

Fujimori will die Guerilla ausmerzen

Präsident Fujimori hat Anfang April die Streitkräfte aufgefordert, Überbleibsel der Guerilla-Bewegungen (außer der maoistischen PCP operieren in Peru die Guerillas/os der "Revolutionären Bewegung Tupac Amaru") des Landes "auszumerzen". Vor Soldaten und Polizisten erklärte er,

bisher seien die Operationen gegen die Rebellen ein voller Erfolg gewesen. Zuvor war der Chef der pro-kubanischen Tupac-Amaru-Bewegung wegen Hochverrats zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Der Prozeß fand unter Sondergesetzen statt. (3) Zu lebenslanger Haft hat ein peruanisches Gericht die Guerillachefin Cumpa verurteilt, die angeblich in Hamburg Asyl erhalten haben soll. Anderen Gerüchten zufolge soll sie bereits nach Peru zurückgekehrt sein. Die 30jährige gehört ebenfalls zur Organisation "Revolutionäre Bewegung Tupac Amaru". (4)

Zitat Fujimori: "1995 werden wir den völkermordenden terroristischen "Pfad" eliminiert haben." - "Wenn Sie den Papst und alle Bischöfe töten, ist dann die Kirche tot?" fragte Juan Jose Vizcarra, ein "law-and-order"-Kandidat für die Bürgermeisterwahl in Lima: "Die sozialen Bedingungen sind so schlecht, daß, gäbe es keinen Leuchtenden Pfad, eine andere Gruppe da wäre." (2)

PCP reorganisiert sich

Die PCP will sich zu einem "nationalen Befreiungsheer" umorganisieren. Das berichtete "El Diario" (PCP-nahe Zeitung). Nach Ansicht von Experten bedeutet dies eine zunehmend militärische Organisierung des "Leuchtenden Pfads". (6) Damit realisiert die PCP offenbar die Forderung ihres Vorsitzenden Gonzalo, die er in seiner Rede vor Journalisten nach seiner Verhaftung (eine halbe Stunde lang wurde der Gefangene in einem Eisenkäfig den Journalisten präsentiert) formuliert hat: "Wir müssen die Aufgaben, die in dem Dritten Plenum des Zentralkomitees festgelegt wurden, fortsetzen. (...) Wir werden den Sechsten Militärischen Plan weiterentwickeln. Dieses ist die Hauptaufgabe und wir werden sie zusammen mit dem Proletariat und dem Volk durchführen!" (8)

Die Angst der Herrschenden und ihrer Büttel zeigt sich auch daran, daß inzwischen selbst die Richter vermummt verhandeln und verurteilen. Vermummte Wächter überführten Anfang April Dr. Guzman einem Raubtier gleich von der Insel San Lorenzo in das Hochsicherheitsgefängnis von La Punta. Zu gleicher Zeit nahm der Chef der zweitgrößten Guerillabewegung des Landes, der MRTA, von Richtern in Kapuzen sein Urteil entgegen. Auch Polay bekam lebenslänglich. (7) Seit 1992 haben vermummte Richter in Militärgerichtshöfen 104 lebenslange Haftstrafen hauptsächlich gegen Mitglieder der PCP verhängt. Auch die Anwälte von Dr. Guzman, Dr. Crespo und Dr. Cartagena wurden im Februar 1993 zu lebenslanger Haft verurteilt, auch ihre Richter waren vermummt. Zehn demokratische, patriotische Peruaner wurden in Abwesenheit ohne Verteidiger und von unbekannten (vermummten) Richtern zu lebenslang verurteilt. Die zehn, die im Ausland gegen die Diktatur Fujimoris aufgetreten waren, prangerten die Urteile an und unterstrichen, daß "lebenslang" nicht mehr bedeute als die Lebenszeit von Fujimoris Regime. (2)

Aus: el diario internacional, Nr. 17, Jän. 93, S. 2., Übersetzung Info-Verteiler

Die Ermordung von Dr. Guzman und 2.479 Gefangenen verhindern!

Mit einem Massenmord an den Kriegsgefangenen versucht der Tyrann seine politische und militärische Schlappe zu vertuschen. Deshalb strebt er die sofortige Ermordung Dr. Abimael Guzmans an. Das liegt seit der "Legalisierung" der Diktatur, die durch die Wahl-Farce vom November erreicht worden ist, auf der Hand. Der Chef des Volkskrieges könnte ein Opfer des kriminellen Satrapen werden - die anderen 2.479 Kriegsgefangenen könnte das gleiche Los treffen.

Die Regierung insistiert, die Todesstrafe für Dr. A. Guzman Reynoso zu verhängen. In der letzten Dezemberwoche schlug der Tyrann seinen Ministern vor, ein "Gesetz" zu verabschieden, das die Ermordung "legalisieren" würde. Warum besteht der Diktator darauf den Chef der maoistischen Guerilla zu töten?

Es gibt zwei Fragen, die sich um dieses Problem drehen: 1. Jeden Tag wird es klarer, daß die Gefangennahme des obersten Führers den Volkskrieg nicht geschwächt hat, und daß von seinem unverrückbaren Weg, die Macht im ganzen Land zu übernehmen, nicht abgewichen worden ist. 2. Das Ansteigen des bewaffneten Kampfes, wie ihn auch die offiziellen Analysen bestätigen, spitzt die Krise und den Widerspruch innerhalb der Regierung zu, und einer dieser Effekte ist, daß die Reaktion im ganzen Land immer mehr ansteigt.

Unter diesem Blinkwinkel wird die Ermordung des Präsidenten Gonzalo als Strafmaßnahme, Rache und Revanche gegen die maoistischen Kräfte geplant. Man versucht, durch die physische Vernichtung des Chefs der kommunistischen Partei Perus (PCP) die Guerilla zu schlagen.

Wie man weiß, wurde die Gefangennahme von Dr. Guzman Reynoso (12.9.92) durch den Tyrannen und die Sprecher des nordamerikanischen Regimes als politischer Triumph der peruanischen Diktatur dargestellt. Der Satrap Fujimori präsentierte sich als erfolgreicher General. Man benützte diesen unerwarteten Tatbestand, um eine deutliche Stärkung des peruanischen Staates einerseits und eine extreme Schwächung der maoistischen Guerilla anderseits zu propagieren. Diese wahnsinnigen Behauptungen der Regierung stießen auf die brutale Realität. Der Staat macht sich selbst kaputt und der Krieg nimmt seinen siegreichen Lauf.

Sie foltern jeden Tag

Auf der andern Seite sind die Folterung und Ermordungen von Kriegsgefangenen seit 1980, wie es Plänen der Counterinsurgency-Strategie der Regierung entspricht, an der Tagesordung. Mittels des Genozids an den Gefangenen wird versucht den Befreiungskrieg aufzuhalten. Die Mitglieder der Delegation des internationalen Kommites "Emergencia para Defender la Vida del Presidente Gonzalo", die nach Peru eingeladen worden waren, machten öffentlich, wie die Militärdiktatur eine neue Vernichtungspolitik gegen die Kriegsgefangenen begonnen hat.

"*... die Gefangenen, die wegen Mitgliedschaft oder Unterstützung der PCP angeklagt sind, sind in ein kürzlich dafür eingerichtetes Gefängnis in der Luftwaffenbasis in Puno überstellt worden, einer Stadt nahe der Grenze zu Bolivien, wo die Temperaturen bis zu 10 Grad unter Null erreichen. Die Beschreibung der Lebensbedingungen in diesem Gefängnis, erstellt durch die Rechtsanwälte, sowie durch die Angehörigen der Gefangenen lassen sich als barbarisch und grausam qualifizieren und sie verletzen die grundlegendsten Menschenrechte: 23 Stunden am Tag Einschluß in der Zelle, nur eine Stunde Sonnenlicht pro Tag, die Gefangenen sind der Folter und Schlägen ausgesetzt, sie werden über lange Zeiträume gezwungen, nackt zu sein. Ihre Nahrung besteht aus einem Brot und einem Glas Wasser am Morgen und einer geschmacklosen Reissuppe am Nachmitttag. Die Tuberkulose und andere Krankheiten sind sehr verbreitet und die Gefangenen sind gezwungen auf kalten Betonsteinen zu schlafen. Es ist ihnen verboten ihre Anwälte zu sehen, sie dürfen nur 10 Minuten in unregelmäßigen Abständen ihre nächsten Verwandten sehen, die, um dort hin zu gelangen, mehrere Tagesreisen in Kauf nehmen müssen*". (Boletin de Emergencia 16)

Glas und Benzin in den Nahrungsmitteln

Für ihren Teil klagen die Angehörigen der Gefangenen an, daß diese ihrer elementarsten Rechte beraubt werden. Es werden ihnen weder medizinische Versorgung noch Medikamente gewährt. Es wird ihnen das Recht auf Nahrung abgesprochen, "*unverhältnismäßg mageres Essen einmal am Tag, vermischt mit Glas und Benzin; es wird verhindert, daß Verwandte und Freunde die Gefangenen mit Nahrungsmitteln oder anderen Dingen versorgen.*"

Noch nie gab es so harte Bedingungen für die Kriegsgefangenen wie jetzt. Es ist absolut lebensbedrohlich für den Präsidenten Gonzalo und die 2.479 Gefangenen, die der Zugehörigkeit zur maoistischen Guerilla angeklagt sind. Dieses Risiko wird immer größer, je näher sich der Fall des alten Staates ankündigt. Die Logik der Reaktionäre in solchen Fällen ist es, das zu töten, was man in der Hand hat. So gesehen, werden sie Gefangenen, die in verschiedenen Gefängnissen und Militärbasen des Landes gefangengehalten werden, langsam und mit äußerster Brutalität beseitigt.

Aus: New York News Transfer News Service, der Artikel ist eine Zusammenfassung von Kritiken in verschiedenen US-amerikanischen Zeitungen - Übersetzung: Info-Verteiler

Während im Dezember 1989 alle Welt nach Rumänien starrte, von wo Berichte über zig zehntausende von der Securitate ermordete Aufständische kamen - die Zahlen wurden später stark nach unten revidiert -, lief in Mittelamerika eine US-Militäraktion gegen Panama. Über die Opfer dieser Aktion hat man in den bürgerlichen Medien hier bisher kein Wort gelesen.

Die Panama-Täuschung - ein Video über die letzte US-Invasion in Panama

Das "Empowerment-Project" von Kalifornien hat unlängst einen 90 Minuten langen Film vöffentlicht, der die Operation "Gerechte Sache" (Just Cause), die Invasion in Panama untersucht und zeigt, wie die USA die Presse manipulierten und die internationale Staatengemeinschaft über die Gründe des Einmarsches belogen.

Die zentrale These des Films ist, daß Noriega in den amerikanischen Medien dämonisiert wurde, um die öffentliche Unterstützung zu bekommen für das, was in Wirklichkeit ein bewußter provokativer militärischer Eintritt in panamesisches Territorium war. Interviews mit Ramsey Clark, dem panamesischen Boxer Roberto Duran, einem pensionierten Admiral, einem früheren CIA-Analytiker und dem New Yorker Republikaner Charles Rangel unterstreichen die Argumentation.

Der Film erklärt die Beziehungen zwischen Noriega und der CIA, besonders die langfristigen Connections mit Bush als CIA-Direktor, Vize-Präsident und Präsident. Als Noriega immer lauter wurde mit seiner Kritik an der US-Politik, wurde er systematisch in einen Comic-Schurken verwandelt, dessen Verdrängung durch die Operation Gerechte Sache erfolgte.

Die offiziellen Erklärungen für die militärische Intervention - daß amerikanische Staatsbürger in Gefahr wären, daß Noriegas Drogengeschäfte zerstört werden müßten, daß die Demokratie in dieser Gegend wiederhergestellt werden müsse - werden vernichtend widerlegt. Diese vorgeblichen Gründe sind nicht verschwunden: Der Drogenfluß hat sich seit der Invasion verdoppelt und die von den USA akzeptierte Oligarchie, angeführt vom neuen Präsidenten Endara ist nicht gerade das exakte Modell einer Demokratie.

Zweck der Invasion war nicht die Befreiung Panamas aus Diktator Manuel Noriegas Kontrolle, sondern die Zurücknahme des Carter-Torrijos-Abkommens, das die Übernahme des Panama-Kanals durch Panama vorsah und die Schließung der US-Militärbasen bis zum Jahr 2000.

Die Regierung Endara (die von den okkupierenden US-Kräften installiert wurde) hat seit dem 20.12.1989 Entwicklungspläne zur strukturellen Entwicklung durchgeführt, die grundlegende Menschenrechte verletzen. Im März 1991 schlug Präsident Endara einen Zusatzartikel zur Verfassung vor, der für alle Zeiten Panamas Recht eine Armee zu haben aufhebt. Später in diesem Jahr beschloß der US-Kongreß ein Gesetz, das die Abkommen über den Panama-Kanal aufhob, um die fortwährende US-Militärpräsenz zu sichern.

Folgt man dem Film, so machten die Bombardements der US-Armee 20.000 Menschen obdachlos, 7000 wurden aus vagen Gründen festgehalten und rund 4000 sind "verschwunden", die meisten von ihnen wurden ermordet und unter US-Aufsicht in Massengräbern verscharrt. Einige Szenen zeigen Zivilisten, die in ihren Autos fliehen, wie sie von Panzern der Invasoren überfahren werden, die die Straßen runterkommen und alles zerstören, was ihnen im Weg steht. Ganze Häuserblocks wurden so zerstört. Der Film zitiert Generäle und Pentagon-Mitarbeiter, die die Existenz von Massengräbern und Hinrichtungen dementieren und zeigt gleichzeitig Panamesen, die die Gräber öffnen. Die Leichen vieler Zivilisten wurden einfach in riesige Gruben geworfen und mit Bulldozern eingegraben, ohne daß sie gezählt oder identifiziert worden wären. Über ihre Anzahl gibt es nur Spekulationen.

Die Produzenten der Dokumentation wollen die Debatte am Leben erhalten und nicht nur die Resultate der Invasion hinterfragen, sondern auch die Motive, die dahinter stecken, die Ausführung und die Rolle der US-Medien, die ohne Kritik die Version der US-Administration der Aktion an die amerikanische Öffentlichkeit weitergegeben haben.

Da ist George Bush - der, Mitte der 70er Jahre Chef der CIA und später Ober"spürhund" im "Drogenkrieg", Manuel Noriega auf seiner Gehaltsliste führte - plötzlich nennt er ihn einen bösartigen Verrückten (was selbstverständlich so ähnlich mit Saddam Hussein passierte).

Es gibt keine Pläne, das Video im Fernsehen zu zeigen, wo es hingehört. Es ist die Art von Produktion, die fast nie ein Massenpublikum erreicht, nicht weil sie niemand sehen wollte, sondern eher, weil sie niemand zeigen will.

Empowerment Project: 1653 18th St., Ste 3, Santa Monica, CA, U.S., 90404, Tel-310-828-8807, Fax-310-453-4347. Contact - Marjoleine Motz and Grahame Russell, AP 189-1002, San Francisco

Aus: New York Transfer News Collective, 2.4.1993, Übersetzung: Info-Verteiler

"Selbstmorde" in Gefängnissen in Mississippi sind Morde

"Tot durch Selbstmord." So liest sich die offizielle Version in 47 Befunden über Todesfälle von Jugendlichen, die durch Erhängen in Polizeihaft im US-Bundesstaat Mississippi seit 1987 umgekommen sind.

Die afro-amerikanische community im Süden sieht es aber als eine Epidemie von Lynchmorden. Der "Jackson Advocate", eine führende Zeitung der Schwarzen in Mississippi, nannte die Erhängungen "rassistische Exekutionen". Über die Hälfte der erhängten Jugendlichen waren Afro-Amerikaner. Nahezu jeder dritte war jünger als 25 Jahre. Zwei der Jugendlichen waren unter 16 Jahren, zwei weitere nur 14 Jahre alt.

"*There are smoking guns*. Wir haben den starken Verdacht, daß viele (der Erhängungen) Hinrichtungen waren", sagte Jim Evans, Mitglied einer Kommission gegen Menschenrechtsverletzungen. Familienangehörige und FreundInnen/Geliebte der jungen Männer, die in Polizeihaft starben, bezeugen das. Deanen Tyler sagte von ihrem Mann Tommy Tyler, daß "eine Autopsie ergab, daß er an Blutgerinnseln starb und feststellte, daß er geschlagen worden war."

David Campbells Vater sagte, sein Sohn "wurde von der Polizeiabteilung ermordet, weil er ein Rendezvous mit einem weißen Mädchen hatte." Der Vater von Campbells Freundin ist ein Polizeioffizier.

Nach der Untersuchung des Todes durch Erhängen von Andre Jones faßte der Pathologe Dr. James Bryant aus Chigaco zusammen, daß es "physikalisch unmöglich für eine Person (sei), sich selbst mit einem Schnürsenkel am Dachsparren einer Dusche aufzuhängen (...) ohne Zuhilfenahme eines Stuhls oder einer Leiter. (...) Ich interpretiere diesen Tod als Mord." Zeugenaussagen enthüllten, daß geschlagen wurde und Insassen mißbraucht (beschimpft?) wurden. "Die Schläge, deren Zeugen wir alle waren, könnten sehr leicht ... dazu eskaliert sein, daß jemand daran gestorben ist", sagte die frühere Gefängniswärterin Andrea Gibbs. Sie sagte, daß sie im Harrison County Youth Detention Center in Gulfport, Mississippi, 12 solche Schlägereien gesehen hat.

Die Anzahl der Todesfälle durch Erhängen hat sich in Mississippi seit 1986 verdoppelt. Mississippi ist einer der wenigen Staaten, die keine Gefangenenhausordnung (mandatory jail standards) oder Gefängnisinspektoren haben.

mitismus (IGARA), 1070 Stiftgasse 8, 28.6.1993 (Kto.Nr. Bank Austria 110 363 389)

Hört die Faschisierungsschritte, die immer lauter werden!

Am 21.11.1992 wurden die fünf Antifaschisten Musa Demir, Hidir Gelmez, Veli Yüce, Zeki Türkmen und Levent Etyemez festgenommen. Musa Demir ist der Obmann der ATIGF (Verein der Arbeiter und Jugendlichen aus der Türkei in Österreich), einer Organisation, die sich für demokratische Rechte einsetzt. Mit konstruierten und haltlosen Anschuldigungen wird den Verhafteten zur Last gelegt, "Schutzgelder erpreßt" zu haben. Sie befinden sich seit nunmehr über 6 Monaten in Untersuchungshaft. Die U-Richterin und FPÖ-Politikerin Partik-Pablé hatte nach der Festnahme der Antifaschisten und Antiimperialisten fünf Wochen lang jegliches Besuchsrecht und teilweise auch den Kontakt mit dem Anwalt verweigert, sie waren in Isolationshaft.

Dazu kam noch, daß sie von den Medien als "Schutzgeldmafia" dargestellt und diffamiert wurden. Das bedeutet, sie wurden noch vor dem Gerichtsverfahren in der Öffentlichkeit als "Bande" abgestempelt und vorverurteilt.

Bereits im Juli/August 1992 wurden in Innsbruck mit ähnlich konstruierten Vorwänden und Anschuldigungen zwei Kurden, Hasan Göksungur und Muharrem Aral, die mit dem kurdischen Befreiungskampf sympathisieren, verhaftet und zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Die "Beweisführung" des Gerichts geschah in Zusammenarbeit mit der türkischen Botschaft und faschistischen/fundamentalistischen Organisationen.

Unter dem Vorwand, ein "Jugoslawe" hätte eine Billakassa geplündert, gab es Anfang Jänner 1993 eine Razzia der Alarmabteilung gegen "AusländerInnen" im Ernst Kirchweger-Haus in Wien. Ein politischer Flüchting aus Nordkurdistan ohne Visum wurde festgenommen und in Schubhaft gesteckt. Das sind nur zwei der vielen Beispiele, die hier erwähnt werden sollten.

Nicht zufällig werden AntifaschistInnen, AntiimperialistInnen und SympathisantInnen mit verleumderischen Hetzkampagnen festgenommen, sobald sie sich mit dem Kampf gegen die Unterjochung und Ausbeutung der kurdischen Nation und anderer Minderheiten, mit dem Kampf gegen die Unterdrückung und Lohnsklaverei der ArbeiterInnen und Werktätigen in Türkei/Nordkurdistan solidarisieren und sich dabei auch gegen den Imperialismus und die Faschisierung in Österreich stellen.

In den letzten Jahren wurden die rassistischen Sondergesetze gegen ausländische Werktätige und Flüchtlinge ungeheuer verschärft: Mit dem neuen Asylgesetz wird ein Großteil der Flüchtlinge vom Asylrecht völlig ausgeschlossen. Mit dem neuen Fremdengesetz wird seit 1.1.1993 ein Großteil der ausländischen Werktätigen von wesentlichen "demokratischen Rechten" ausgeschlossen. Mit dem neuen Aufenthaltsgesetz wird ab 1.7.1993 ein Großteil der Arbeitssuchenden vom Aufenthalt in Österreich ausgeschlossen. Die Zahl der Schubhäftlinge und Deportierten hat drastisch zugenommen.

Diese ganze Entwicklung zeigt den Wunsch des österreichischen Imperialismus, einen "Rosengarten ohne Dornen" zu schaffen. Da österreichisches Kapital und seine Unternehmen verschiedenartig auch an der Ausplünderung von Türkei/Nordkurdistan teilhaben, liegt es im Interesse des österreichischen Staates, die fortschrittlichen Menschen, die gegen Ausbeutung und Unterdrückung international kämpfen, auszuschalten.

So ist es kein Wunder, daß die "AusländerInnen"gesetze in der Praxis speziell gegen die RevolutionärInnen und demokratischen Organisationen und Personen aus anderen Ländern auf barbarische Weise angewendet werden.

Die herrschende Klasse kann so bürgerlich-demokratisch erscheinen wie sie will, in Wirklichkeit sind ihr die revolutionären fortschrittlichen Organisationen und Personen ein Dorn im Auge. Sie bemüht sich daher mit allen Mitteln, sie zum schweigen zu bringen. Deswegen muß sich jeder fortschrittliche Mensch, jeder Antifaschist und jede Antifaschistin klar sein, welche Angriffe von Seiten der Herrschenden zu erwarten sind und sich darauf vorbereiten. Die notwendigen Regeln der Organisierung und Konspiration müssen ernst genommen und eingehalten werden, damit wir der zunehmenden Faschisierung standhalten und entgegentreten können.

Der einzige Weg, sich von der Barbarei der Imperialisten zu befreien, führt über die Vernichtung des Imperialismus!
Sofortige Freilassung der inhaftierten Antifaschisten und Antiimperialisten!
Weg mit allen rassistischen Sondergesetzen gegen "AusländerInnen"!
Für den aktiven Kampf gegen AusländerInnenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und innere Faschisierung!
Gegen Imperialismus, Faschismus, Patriarchat, die Reaktion und das Kapital!
Nieder mit dem österreichischen Imperialismus!

Prozeßtermin:
Do., 8.7.1993, 9 Uhr Landesgericht I

Aufbruch der Völkischen. Das braune Netzwerk

Wolfgang Purtscheller: Über Kontinuitäten und Neubeginne, alte Faschisten und Neue Rechte. Purtscheller benennt Ereignisse und Organisationen, Namen und Querverbindungen,Hintermänner und Hintergründe, Lügen und Wahrheiten, Siege und Niederlagen der rechtsextremen Szene im gesamten deutschen Sprachraum. (Picus-Verlag 1993) Ca. 480 Seiten.

Die Anden beben!

Dokumente der Kommunistischen Partei Perus (PCP). Der Vorsitzende Gonzalo spricht aus dem Untergrund. Berichte über den Volkskrieg in Peru. Zambon Verlag. Erste Auflage 1990. Ca.240 Seiten.

Internationalismus Rundbrief Nr.4

Krieg gegen Befreiungsbewegungen: Philippinen, Kurdistan, El Salvador, Tamil Eelam, Peru, Eritrea.

UNO

Eine Vertretung der Interessen der Völker? Oder Instrument für einen "Kolonialismus" neuen Typs? Internationalismus Gruppe Hamburg.

radikal 147 (2 Teile)

O.L.G.A., Rassismus, Antifa, Über den sicheren Umgang mit PCs, Kurdistan, RZ, Gegen das Vergessen, Medien, Jugoslawien, Das "Erlanger Experiment", Zwei Frauenaktionen, Knast.

Streik bei Humanic in Çorlu (Türkei)

Entwicklung des Streiks, Aktionen, Soli-Arbeit in Österreich, Geschichte von Humanic, Verhalten der Gewerkschaften in Österreich zum Streik. Broschüre der IGARA.

Offener Abend der IGARA
Rassismus in der
österreichischen Innen- und
Außenpolitik
(Die neuen Ausländergesetze, UNO-
Menschenrechtskonferenz, Österreichs
Beteiligung an den UNO-Truppen, ...)
Mi., 14.7.1993, 19 Uhr -
Amerlinghaus, 1. Stock, Teestube.
7., Stiftg 8.